

WILLIAM W. DOUGLAS

Vaterlandslos



"Teilabdruck aus der von der jüdisch-freimaurischen Zeitschrift **"Truth"** (**"Wahrheit"**), London, in der Weihnachtsnummer 1890 abgedruckten Karte. Sie wird mit erläuterndem Text wiedergegeben in der viersprachigen Broschüre **"The Kaisers Dream"**, U.-Bodung-Verlag, Erfurt (RM 1,50), deren Übereinstimmung mit dem Original der Verlag durch eine notarielle Urkunde bescheinigt.

Links oben: Die entthronten Monarchien nach den Revolten in Europa vor dem Arbeitshause.

Links unten: Stellt bildlich die erstrebte Isolierung Deutschlands in der europäischen Mächtekonstellation dar.

Mitte oben: Gibt eine Ansicht der angestrebten staatlichen Übergangsgebilde bis zur völligen Bolschewisierung Europas.

Mitte unten: Zeigt den Kaiser auf dem Feldzug in Rußland in einem hervorgerufenen Kriege.

Rechts oben: Zeigt die sorglos toastenden Monarchen, denen zugleich mit den Nationen selber

Rechts unten: der bewußt geleitete Marxismus das Ende bereiten soll in der von **Rathenau** beschriebenen sozialen Verwesungsstufe oder dem Bolschewismus."

Schon im 19. Jahrhundert haben maßgebende Hintergrundkräfte innerhalb der großen westlichen Imperialstaaten Deutschland nicht als Bedrohung anderer Völker oder gar Welteroberungsmacht gefürchtet, sondern als Spielball ihrer globalen Machtpolitik, das man isolieren, in Kriege verwickeln und hinterher aufteilen könne. Der erst viel später eingeführte Begriff eines "notwendigen Regimewechsels" war damals beschrieben mit dem Begriff des "notwendigen Umsturzes jeglicher Traditionen". Die auf Untersuchung speziellen Handelns konzentrierte Schuldfrage spielte dabei nicht die geringste Rolle.

WILLIAM W. DOUGLAS

Vaterlandslos

The First Amendment (Die erste Verbesserung, Ergänzung) zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Meinung unter Strafrecht

"Gerichte in der Bundesrepublik, die nicht etwa das Leugnen, was ein fehlgegriffener Ausdruck ist, sondern nur ein bloßes Nichtglaubenkönnen, das Vorbringen von Zweifeln an der Berechtigung dieser Zahl als Straftat werten und verfolgen, sind, zur Rede gestellt, nicht in der Lage, eine Antwort zu geben."

Dr. Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg 1941 - 1945", München 1995, S. 159.

Copyright
2005 by

THE BARNES REVIEW (TBR Co)
1433 Pennsylvania Ave. S.E.
Washington D.C. 20003 -- USA

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

The Barnes Review
P.O. Box 243
Uckfield
East Sussex TN 22 9AW
England

The Barnes Review
Apartado de correos 187
E 29649 Mijas Costa
Spanien

ISSN 0176 - 4144

Charaktergrößen?

"Da gestattete sich der Schweizer Theologe Karl Barth, der als deutscher Universitätslehrer künftiger deutscher Seelsorger zu seinem Namen kam, die Worte:

»Ein nationalsozialistischer Sieg wäre für uns die denkbar größte Niederlage, dann lieber ein verwüstetes Deutschland.«"

Hans Grimm, "Warum -- Woher -- aber Wohin?",
Lippoldsberg 1954, S. 417

Der ev. Theologe Dietrich Bonhoeffer:

"Aber das Bekenntnis muß gerettet werden,, auch wenn ein ganzes Volk dafür zugrunde geht."...

"Ich bete für die Niederlage meines Volkes."

Franz Josef Strauß, "Der Mensch und der Staatsmann",
München 1984, S. 55

INHALT

Hoch- und Landesverrat	3
Kaiserreich	
Weimarer Republik	
Drittes Reich	4
Der Alliierte Kontrollrat	5
Bundesrepublik Deutschland	5
Analyse der §§ 93, 94, 97 a, 100	8
Herrschaftsinstrument der Sieger	8
BVerfG: Das Reich besteht fort	9
Amtseid nicht justiziabel	10
Vaterlandslose Gesellen	11
Ehrenerklärung Dr. Adenauer für die deutsche Soldaten	18
Gesonderter Einfluß in Deutschland	19
Eingeständnis --- Opfer bedürfen des Schutzes	22
Auserwähltheit des jüdischen Volkes	22
Einzigartiges nicht vergleichbar.	23
Verlogene Kriegsschuld Begründung für alles	24
Pflicht zum Gedenken der "Befreiung"	28
"Rückkehr in die Zivilisationsgemeinschaft"	29
Pflicht zum Gedenken der anderen	33
Verfälschtes Gedenken	36
Rechtsbrüche und Verbrechen der Alliierten	36
Bundeskanzler stellte sich hinter die Benesch-Dekrete	37
Denkmale für Hochverräter, Deserteure und Attentäter	37
Verwendung gefälschter Dokumente ("Zigeunererlaß")	39

Hoch- und Landesverrat im Strafgesetzbuch

Kaiserreich

§ 80

Mord oder Mordversuch an einem Landesherrn wird als Hochverrat mit dem Tod bestraft.

§ 81

Hochverräterische Unternehmungen:

- a) Bundesfürsten zu töten oder an der Regierung zu hindern oder in Feindes Gewalt zu liefern,
- b) die Verfassung zu ändern,
- c) das Bundesgebiet ganz oder teilweise einem fremden Staat gewaltsam einzuverleiben oder einen Teil desselben vom Ganzen loszureißen.

§ 84

Bestraft wird auch, wer sich zur Vorbereitung eines Hoch-

verrats mit einer ausländischen Regierung einläßt oder die ihm von dem Reich oder einem Bundesland anvertraute Macht mißbraucht oder Mannschaften anwirbt oder in Waffen einübt.

§ 92

Diplomatischer Landesverrat:

- 1) Verrat von Staatsgeheimnissen,
- 2) Gefährdung der Rechte des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates im Verhältnis zu einer anderen Regierung,
- 3) oder der Staatsbeamte ihm auftragene Staatsgeschäfte zum Nachteil des Reiches führt.

Weimarer Republik

Hochverrat ab § 81

§ 86

Wer mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die Verfassung des Reichs oder eines der Länder außer Kraft setzt oder ein zum Reich oder zu einem Lande gehörendes Gebiet losreißt, wird mit lebenslangem Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter 10 Jahren bestraft. ...

§ 87

Wer öffentlich zu einem Hochverrat auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft.

§ 88

Vorbereitung und Förderung zum Hochverrat stehen ebenfalls unter Strafe.

Landesverrat

Landesverräterische Untreue

§ 90

Ein Beauftragter des Reiches oder Landes, der ein Staatsgeschäft mit einer ausländischen Regierung wissentlich zum Nachteil seines Auftraggebers führt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Landesverräterische Beweisvernichtung

§ 91

Wer ein Beweismittel über ein Rechtsverhältnis zwischen dem Reiche oder einem Lande und einem ausländischen Staate fälscht oder verfälscht, vernichtet, beschädigt, beseitigt oder unterdrückt und dadurch das Wohl des Reichs oder des Landes gefährdet, wird mit Zuchthaus bestraft.

§ 92

Wer ein Staatsgeheimnis an eine ausländische Regierung oder an jemanden, der für eine ausländische Regierung tätig ist, gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht, wird mit Zuchthaus bestraft.

§§ 95 - 98 befassen sich mit Kriegsunterstützern des Feindes. ...

Falsche Anschuldigungen

§ 192

Wer einen anderen bei einer Behörde oder bei einem zur

Entgegennahme von Anträgen zuständigen Amtsträger wider besseres Wissen einer strafbaren Handlung oder der Verletzung einer Amtspflicht in der Absicht verdächtigt, ein behördliches Verfahren gegen ihn herbeizuführen oder fort-dauern zu lassen, wird mit Gefängnis ... bestraft.

Dem Verletzten ist zu gestatten, die Verurteilung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntzumachen.

Wer ohne Verdächtigung eines anderen wider besseres Wissen einer Behörde die Begehung einer strafbaren Handlung vortäuscht, wird mit Gefängnis ... bestraft.

Fälschung von Beweismitteln

§ 193

Wer ... ein Beweismittel in der Absicht fälscht, daß davon in einem Rechtsverfahren vor einer Behörde oder einem Schiedsgericht Gebrauch gemacht werde, oder von einem falschen oder verfälschten Beweismittel in einem Rechtsverfahren vor einer Behörde oder vor einem Schiedsgericht Gebrauch macht, wird mit Gefängnis ... bestraft.

Unterdrückung von Beweismitteln

§ 194

Wer ... ein Beweismittel, das zur Verwendung in einem Rechtsverfahren vor einer Behörde oder einem Schiedsgericht bestimmt ist ..., in der Absicht vernichtet, beschädigt, beseitigt oder unterdrückt, um zu verhindern, daß davon in dem Verfahren Gebrauch gemacht werde, wird mit Gefängnis ... bestraft.

Urkundenmißbrauch

§ 270

Ihn begeht, wer von einer falschen oder verfälschten Urkunde zum Zwecke der Täuschung in Kenntnis der Fälschung Gebrauch macht. Es genügt, daß die Urkunde objektiv falsch ist.

§§ 268, 269, 270 stellen schon den Versuch einer schweren Urkundenfälschung zum Schaden anderer unter Strafe.

Drittes Reich

Die Änderungen des Strafrechts ab dem 30. Januar 1933 begannen mit einer Reihe von Verordnungen des Reichspräsidenten, deren wichtigste, Landes- und Hochverrat betreffend die folgenden waren:

Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe.

Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet.

1. Abschnitt

Verschärfung der Vorschriften gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse

§ 1

Wer Landesverrat oder Verrat oder Ausspähung militärischer Geheimnisse begeht, kann bestraft werden ... mit dem Tode oder bis zu lebenslangem Zuchthaus.

§ 2

(1) Wer durch Fälschung oder Verfälschung Gegenstände, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Echtheit für das Wohl des Reichs erforderlich wäre, in der Absicht herstellt, sie einer ausländischen Regierung bekanntzumachen oder öffentlich mitzuteilen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer Gegenstände oder Nachrichten, von denen er weiß, daß sie falsch sind, und deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Echtheit oder Wahrheit für das Wohl des Reichs erforderlich wäre, der ausländischen Regierung bekanntmacht oder öffentlich mitteilt, ohne sie als falsch zu bezeichnen.

2. Abschnitt

Bekämpfung hochverräterischer Umtriebe

§ 6

(1) Wer eine Druckschrift, deren Inhalt durch Aufforderung oder Anreizung zum gewaltsamen Kampf gegen die Staatsgewalt oder zu dessen Vorbereitung oder

durch Aufforderung oder Anreizung zu einem hochverräterischen Bestrebungen dienenden Streik in einem lebenswichtigen Betrieb, Generalstreik oder anderen Massenstreik oder in anderer Weise

den Tatbestand des Hochverrats (§§ 81 - 86 des Strafgesetzbuches) begründet, herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorrätig hält, ..."

Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung. Vom 21. März 1933

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Wer eine Uniform eines Verbandes, der hinter der Regierung der nationalen Erhebung steht, in Besitz hat,

ohne dazu ... befugt zu sein, wird ... bestraft.

§ 3

(1) Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reichs oder eines Landes oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter diesen Regierungen stehenden Parteien oder Verbände schwer zu schädigen, wird ... bestraft. ..."

Diese Verordnung wurde durch das **Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934** (RGBl. S. 341) ersetzt. Hiermit wurden §§ 80 - 86 StGB über Hochverrat und die §§ 88 - 93 a über Landesverrat neu gefaßt:

Unter Strafe gestellt sind hierin hochverräterische Unternehmungen gegen Gebietsabtretungen und den Bestand der Reichsverfassung (§ 80), Behinderungen von Regierungsrepräsentanten (§ 81), diesbezügliche Unternehmungen in Verbindung mit einer ausländischen Macht (§ 82), hochverräterische Unternehmungen anderer Art (§ 83). Die §§ 84 - 87 verweisen auf Strafmaße.

Unter Landesverrat ist zu verstehen die verbotene Preisgabe von Staatsgeheimnissen, "die für das Wohl des Reichs, insbesondere im Interesse der Landesverteidigung, erforderlich sind" (§ 88).

§ 90 a

Wer durch Fälschung oder durch Verfälschung Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, die im Falle der Echtheit Staatsgeheimnisse wären, herstellt, um sie zu verraten, wird mit Zuchthaus bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer Gegenstände, Tatsachen oder Nachrichten darüber, von denen er weiß, daß sie falsch, verfälscht oder unwahr sind und die im Falle der Echtheit oder Wahrheit Staatsgeheimnisse wären, verrät, ohne sie als falsch zu bezeichnen. ...

§ 90 f

Wer öffentlich oder als Deutscher im Ausland durch eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art eine schwere Gefahr für das Ansehen des deutschen Volkes herbeiführt, wird mit Zuchthaus bestraft."

Hiermit wird vorsätzliche Lügenhetze mit der Folge "einer schweren Gefahr für das Ansehen des deutschen Volkes" als Volksverrat geahndet. Bloße abfällige Werturteile über Zustände in Deutschland erfüllen die Voraussetzungen dieser Strafbestimmung nicht, es bedarf "Behauptungen tatsächlicher Art" und als Folge, wie gesagt, eine "schwere Gefahr für das Ansehen des deutschen Volkes". Diese Strafbestimmung des StGB ergänzt die schon in der Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933, in der bereits "gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art, die das Wohl

des Reiches oder eines Landes oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter diesen Regierungen stehenden Parteien oder Verbände schwer zu schädigen geeignet sind", unter Strafe gestellt hat. So wurden die nationale Ehre sowie Angriffe gegen Staat und Volksgemeinschaft unter gesetzlichen Schutz gestellt.

Der Alliierte Kontrollrat

Kontrollrat GESETZ Nr. 1 Aufhebung von Nazi-Gesetzen

Artikel I

1. Folgende Gesetze politischer Natur oder Ausnahme Gesetze, auf welchen das Nazi-Regime beruhte, werden hierdurch ausdrücklich aufgehoben, einschließlich aller zusätzlichen Gesetze, Durchführungsbestimmungen, Verordnungen und Erlasse:

a) Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933, RGBl. S. I/41.

b) Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, vom 7. April 1933, RGBl. I/175.

c) Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens, vom 24. April 1934, RGBl. I/341. ... x), y), z) ...

Artikel II ... Artikel III ..."

Militärregierung -- Deutschland Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers Verordnung Nr. 1

Verbrechen und andere strafbare Handlungen

Artikel I

Verbrechen, die mit dem Tode bestraft werden

1. Spionage ...

Unter Strafe stand weiterhin, vorsätzlich zum Nachteil des Reichs getätigte Staatsgeschäfte, Beweismittelfälschung oder -vernichtung "über ein Rechtsverhältnis zwischen dem Reich und einem ausländischen Staat", Annahme ausländischer Gelder für landesverräterische Aufträge, Widersätzlichkeiten gegen Maßnahmen der Reichsregierung zur Sicherung der Landesverteidigung.

2. Verbindungen mit feindlichen Streitkräften ...

3. Übermittlung von Nachrichten, welche die Sicherheit oder das Eigentum der Alliierten Streitkräfte gefährden ...

4. Bewaffneter Widerstand gegen die Alliierten Streitkräfte.

5. Handlungen und Unterlassungen in Mißachtung oder Verletzung von dem Deutschen Reich anlässlich seiner Niederlage oder Übergabe von den Alliierten auferlegten Bedingungen. ... - 20. ...

Artikel II

Sonstige strafbare Handlungen -- Artikel VIII"

Zahlreiche weitere Kontrollratsgesetze folgten, die nahezu alles eigenständige deutsche Handeln entweder verboten oder unter Kontrolle nahmen und der deutschen Verwaltung gesetzliche Handlungsverfügungen vorgaben.

Da wir uns hier auf das Thema "Landes- und Hochverrat" beschränken, sei nur noch das Kontrollratsgesetz Nr. 25 herausgegriffen, das unter dem Vorwand, die Kontrolle über die militär-wissenschaftliche Forschung sicherstellen zu müssen, praktisch indessen einen Zugriff auf nahezu jegliche wirtschafts-wissenschaftliche Forschung, damit auf sämtliche Betriebsgeheimnisse deutscher Firmen, den Raub der deutschen Patente sowie des deutschen Auslandsvermögens.

Bundesrepublik Deutschland

Ist auch nach der Währungsreform 1948, dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 und des "Überleitungsvertrages" vom 31. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 405 - 474) Vieles und auch Wesentliches aus den Gesetzen der Besatzungszeit aufgehoben worden, so blieben doch noch beachtliche Relikte an Vorbehaltsrechten, Strukturen, in bundesdeutsche Gesetze übergegangene Bestimmungen, während der Besatzungszeit geschaffene Eigentumsverhältnisse, Um-erziehungseinwirkungen auf das Geistesleben -- man denke auch an die Schulrichtlinien, an die die gesamte Lehrerschaft gebunden ist --, und Personalbesetzungen erhalten.¹⁾

Vor allem sei erinnert an:

(1)

den Art. 139 GG (Fortgeltung von Entnazifizierungsvorschriften):

"Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

Dieser Artikel hat -- ebenso wie Art. 25: Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind vorrangiges BRD-Recht -- sogar den "Zwei-plus-Vier-Vertrag" vom 12.9.1990 (BGBl. 1990 II, S. 1318) ¹⁾ überdauert. Der letztere hat unter der Regie der USA, Britanniens, Frankreichs und der Sowjetunion die sogenannte "Wiedervereinigung Deutschlands" besiegelt, die bekanntlich nur eine Teilvereinigung ohne das geraubte Ostdeutschland war. An diesen Sachverhalt ist zu erinnern, da die Bundesregierung den "Zwei-plus-Vier-Vertrag" zum Anlaß genommen hatte, im überhasteten Schnellverfahren das Grundgesetz (GG) in zahlreichen Bestimmungen zu ändern und das Wiedervereinigungsgebot zu streichen.

(2)

die Änderung des Gerichtsbeschlusses "Im Namen des deutschen Volkes" in "Im Namen des Volkes", wobei fraglich bleibt, im Namen welchen Volkes Gerichtsurteile in der BRD gesprochen werden. Das deutsche Volk wurde jedenfalls aus der Rechtsbindung entfernt.

Die Auswirkungen in 3 Kurzbeispielen:

a) Der eh. SS-General Karl Wolff, gegen Kriegsende Oberbefehlshaber in Italien (vergl. HT Nr. 84), wurde am 30.9.1964 nach 8-tägiger Beratung mit 1 Stimme Mehrheit zu

1) Vergl. Historische Tatsachen Nr. 67 S. 4 ff.

15 Jahren Gefängnis verurteilt mit der Begründung, er habe bei der Tötung von 300.000 Juden mitgewirkt. Da Landgerichtsdirektor **Jörka** trotz seiner suggestiven Einwirkungen auf den Angeklagten (*"Sie als Auge und Ohr Himmlers mußten gewußt haben ..."*) mitbekommen hatte, daß **Wolffs** unablässige und mit zahlreichen Beispielen belegten Beteuerungen, er habe von dem behaupteten Auschwitz-Geschehen und auch sonstigen Massakern an Juden nichts gewußt, auf die Geschworenen nachhaltigen Eindruck gemacht hatten und diese dazu neigten, ihn freizusprechen, nötigte er sie mit den Worten:

*"Dies ist ein politischer Prozeß. Die ganze Welt schaut auf das Gericht. Wolff muß verurteilt werden."*²⁾

Im Namen welchen Volkes? **Karl Wolff** wurde erst nach 12 Jahren Haft aus gesundheitlichen Gründen entlassen.

b) Der widerrechtlich in Italien inhaftierte ehemalige SS-Hauptsturmführer **Erich Priebke** verwahrte sich mit einer Strafanzeige gegen den (jüd.) Filmproduzenten **Arthur (Atze) Brauner** zwecks Unterlassung der verleumderischen Behauptung, er sei *"Kriegsverbrecher, der Zwanzigtausende auf dem Gewissen habe"*. -- Das Landgericht Nürnberg-Fürth verwarf den Strafantrag mit dem Vermerk, *"die Äußerung Brauners sei eine zulässige Meinungsäußerung."*³⁾

Im Namen welchen Volkes?

c) Von 1992 - Dez. 2004 hat die brd-Justiz 108.562 "Meinungsdelikt"-Urteile mit Geldstrafen und/oder Gefängnis gegen Deutsche verhängt, die kraft grundgesetzwidriger "Sondergesetze gegen die rechte Szene" strafrelevanterweise -- was vor "der Tat" keineswegs immer erkennbar sein konnte! -- etwas verharmlost, verunglimpft, geleugnet, mißbilligt, gefordert, verherrlicht, verwendet, propagiert, gesungen, untersucht haben, was *"nicht von der Meinungsfreiheit oder der Wissenschaftsfreiheit gedeckt"* ist.⁴⁾

Im Namen welchen Volkes?

(3)

Zwischen 1945 und 1949 sind im Auftrag der Besatzungsbehörden bundesdeutsche Gesetze und Einschübe ins Strafbuch (StGB) verfügt worden, die auch die §§ 80 - 100, den Hoch- und Landesverrat betreffen. Hat man sich bei diesen Änderungen auch weitgehend an frühere Formulierungen des deutschen StGB gehalten, so fällt doch auf, daß vom "deutschen Volk" keine Rede mehr ist und ausschließlich die "Bundesrepublik Deutschland" und ihre Verfassungsordnung Kernelemente sind, um die jegliche Strafbestimmungen über Hoch- und Landesverrat gerankt wurden. Im ursprünglichen Grundgesetz-§ 143 war der Text schon vorgegeben worden. Nirgendwo findet sich mehr ein Bezug auf Lebensrechte oder völkerrechtliche Grundsätze, auf die das deutsche Volk gemäß seinen jahrhundertealten Verwurzelungen in Europa Anspruch hätte. Die von den Siegermächten einseitig kraft Kriegsentscheidung und diktierten Nachkriegsbedingungen "veränderte Völkerrechtslage" von 1919 und 1945 wird ohne Diskussion als "rechtens" unterstellt und die Kodifizierung des "neuen Rechts" außen- wie innenpolitisch diesen Strukturen aufgepfropft.

2) *neue bildpost*, 21.4.1974.

3) *Nachrichten der HNG* (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.), Mainz, Juni 2001, S. 12.

4) *Nachrichten der HNG*, März 2005, S. 2.

So heißt es 1951 im § 80 und den folgenden des in Bonn herausgegebenen StGB:

"Am 30.8.1951 ist folgendes Gesetz in Kraft getreten:

Art. 1 Weder das deutsche Strafbuch noch andere strafrechtliche Bundes- oder Landesgesetze finden Anwendung in bezug auf:

a) Informationen jeder Art, die den Regierungen der Vereinigten Staaten, der Französischen Republik oder des Vereinigten Königreiches, deren Besatzungsbehörden oder deren Besatzungstreitkräften gegeben werden oder bestimmt sind, ihnen gegeben zu werden,

b) die Aufnahme oder Unterhaltung von Beziehungen zu den Regierungen der Vereinigten Staaten, der Französischen Republik oder des Vereinigten Königreiches, deren Besatzungsangehörige oder deren Besatzungstreitkräfte."

Im Kommentar hierzu heißt es:

"Gegenüber den Besatzungsmächten versagen die §§ 80 ff völlig. ... Während der Besatzungszeit ist allen »Informanten« der Besatzungsmächte Straffreiheit zugesichert."

Nach diesem Vorspann für die §§ 80 ff StGB folgen dann die Strafbestimmungen für das, was Hoch- und Landesverrat ist: Versuchte Veränderung der Grenzen oder der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland. -- Hochverräterischer Anschlag auf Leib und Leben oder das Ansehen des Bundespräsidenten. -- § 88: Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland. Als "Beeinträchtigung" gilt laut Kommentar eine Handlung,

"wenn sie darauf hinzielt, die Bundesrepublik Deutschland ganz oder teilweise unter fremde Botmäßigkeit zu bringen, ihre Selbständigkeit sonst zu beseitigen oder einen Teil des Bundesgebietes loszulösen."

Als Beeinträchtigung ... gilt nicht die Teilnahme an einer Staatengemeinschaft oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung, auf die die Bundesrepublik Deutschland Hoheitsrechte überträgt oder zu deren Gunsten sie Hoheitsrechte beschränkt. ... Gesetzlich zugelassene Handlungen können nicht strafbar sein."

§§ 96 und 97 schützen die Bundesrepublik Deutschland, eines ihrer Länder, ihre verfassungsmäßige Ordnung sowie ihre Herrschaftsorgane vor Beschimpfung, böswilliger Verunglimpfung und Herabsetzung ihres Ansehens.⁵⁾ --

Vom Schutz des deutschen Volkes vor böswilliger Verunglimpfung usw. ist keine Rede!

Es kam für Deutschland aber noch weiteres Bedeutsames hinzu: Die Fortschreibung des Art. 24 GG in Verbindung mit den inzwischen eingetretenen "unumkehrbaren" staatsrechtlichen Veränderungen, die sich aus den zunächst verfügbaren und dann von den Gesetzgebungsorganen genehmigten Rechten zur Übertragung von Hoheitsrechten auf "zwischenstaatliche Einrichtungen" ergeben haben. Die hiermit angesprochene Schaffung "supranationaler Gemeinschaften" bezieht sich in erster Linie auf die Europäische Union und ihre Exekutivorgane mit dem wünschbaren Endziel eines vereinigten

5) Dieter Hesselberger, "Das Grundgesetz -- Kommentar für die politische Bildung", Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2000. -- BVerfGE 75, 223/244 unter Hinweis auf BVerfGE 31, 173 ff.

Europa als einheitlichem Staat. So können bereits heute die europäischen Gemeinschaftsorgane auf deutschem Boden Handlungen mit Auswirkungen für deutsche Bürger vornehmen. Die Europäische Union kann also

"in dem ihr eingeräumten Umfang Recht setzen und sprechen sowie Verwaltungsakte erlassen.

Damit ist eine neue öffentliche Gewalt entstanden, die gegenüber der Staatsgewalt der einzelnen Mitgliederstaaten selbständig und unabhängig ist. Ihre Akte brauchen von den Mitgliederstaaten weder bestätigt zu werden, noch können sie aufgehoben werden. Der Gründungsvertrag stellt gewissermaßen ihre Verfassung dar.

Rechtsakten des Gemeinschaftsrechts kommt für den Fall eines Widerspruchs zu innerstaatlichem Gesetzesrecht auch vor deutschen Gerichten der Anwendungsvorrang zu." 5) S. 201

Die Bundesrepublik Deutschland hat zudem Hoheitsrechte auch im militärischen Sektor übertragen:

a) an die NATO, deren Oberkommando nahezu alle deutschen Streitkräfte unterstehen, und die mit integrierten Kommandostrukturen aufwartet,

b) an die USA mit Stationierungsrecht für amerikanische Truppen einschließlich deren Nachrichtenüberwachungs- und Nuklearpotential.

Daß der Bundestag ein Ablehnungsrecht für Einsätze in fremden Gebieten behalten hat, ist zwar öffentlichkeitswirksam, ändert jedoch an der Gesamtsituation kaum etwas, da das europäische Rechtssystem in Verbindung mit seinen ideologischen Umerziehungsstrukturen davon unberührt bleibt.

So fußt der fundamentale Konsens der europäischen Unionsmitglieder auf den von den alliierten Siegern 1945 geschaffenen staatsrechtlichen, ja als "Völkerrecht" deklarierten, von der behaupteten Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch beider Weltkriege, den Kriegsführungsmethoden und Folgen abgeleiteten Prämissen. Eine Berichtigung auf Grund unwiderlegbarer wissenschaftlicher Erkenntnisse wird nicht geduldet, sondern unisono publizistisch, staatsschutzmäßig und juristisch bekämpft.

Selbst die für die Gewährleistung eines einheitlichen eu-

ropäischen Rechtssystems notwendige Aufhebung verbrecherischer Enteignungs- und Vertreibungs-Dekrete nebst Amnestien für jegliche Verbrechen an deutschen Menschen werden von den Kommissaren in Brüssel abgeblockt, ihre weitere Gültigkeit den Deutschen mit Lügen über die geschichtlichen Zusammenhänge zugemutet.

Genau wie die Organisation der Vereinten Nationen bis zum 8. Mai 1945 nur alliierte Kriegsteilnehmer als Mitglieder zuließ und spätere Aspiranten sich mit allen bereits gültigen satzungsmäßigen Vorgaben solidarisch erklären mußten -- so z.B. auch mit den Feindstaatenklauseln (Art. 53 + 107), die den "Feindstaaten" eine gleiche Rechtsstellung verweigern und jegliches Unrecht der Alliierten sanktionieren --, so hat sich die Europäische Union nicht anders entwickelt.

Der **Zwei-plus-Vier-Vertrag** von 1990 machte erneut deutlich, daß sich Deutschland nicht wie andere Staaten auf allgemein gültige Völkerrechtsgrundsätze berufen kann, sondern als einziges Volk der Europäischen Union dem Entscheidungswillen sogar außereuropäischer Großmächte unterworfen ist, die sich ihrerseits nach wie vor willkürlich über Völkerrechtsgrundsätze hinwegsetzen bzw. frei weg ihre eigenen Völkerrechtspostulate verfügen nach dem Motto: Der Sieger darf alles! Er darf Kriege anzetteln und den Angegriffenen als Kriegsbrandstifter beschuldigen, bestrafen, sein Volk berauben, vertreiben, im nachhinein ihm seine Gesetze vorschreiben, ihn "umerziehen". Er darf seine staatliche Greuelpropaganda als einzig zu glaubende "wissenschaftliche Erkenntnisse" in Umlauf bringen, seine Verbrechen verschweigen oder den Besiegten als angeblichen "Urhebern" anlasten, seine Lizenzlinge veranlassen, die Kernfragen der gewünschten Meinung im "internationalen Konsens" mittels Strafgesetzen so abzusichern, daß keine wissenschaftlichen Zweifel, geschweige denn eine Alternativpartei in einer Wahl zum Zuge kommen kann -- die 5%-Hürde für Wählerrepräsentation ist demgegenüber nahezu unbedeutend --, wobei alle Abweichler unter ständigem Kriminalisierungsdruck gehalten werden. -- Derweil faseln alle Claqueure von "Befreiung".

Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit

Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland, 39.

Auflage 2004, Beck-Texte, Zweiter Abschnitt:

"§ 93 Begriff des Staatsgeheimnisses.

(1) Staatsgeheimnisse sind Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die nur einem bestimmten Personenkreis zugänglich sind und vor einer fremden Macht geheimgehalten werden müssen, um die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden.

(2) Tatsachen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder unter Geheimhaltung gegenüber den Vertragspartnern der Bundesrepublik Deutschland gegen zwischenstaatlich vereinbarte Rüstungsbeschränkungen verstoßen, sind keine Staatsgeheimnisse.

§ 94 Landesverrat.

(1) Wer ein Staatsgeheimnis

1. einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt oder

2. sonst an einen Unbefugten gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht, um die Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen, und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe ... bestraft. ...

§ 97 a Verrat illegaler Geheimnisse.

Wer ein Geheimnis, das wegen eines der in § 93 Abs. 2 bezeichneten Verstöße kein Staatsgeheimnis ist, einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird wie ein Landesverräter (§ 94) bestraft. ...

§ 100 a Landesverräterische Fälschung.

(1) Wer wider besseres Wissen gefälschte oder verfälschte Gegenstände, Nachrichten darüber oder unwahre Behauptungen tatsächlicher Art, die im Falle ihrer Echtheit oder Wahrheit für die äußere Sicherheit oder die Beziehun-

gen der Bundesrepublik Deutschland zu einer fremden Macht von Bedeutung wären, an einen anderen gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht, um einer fremden Macht vorzutäuschen, daß es sich um echte Gegenstände oder um Tatsachen handle, und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit oder die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu einer fremden Macht herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe ... bestraft. ..."

Das "Juristendeutsch" ist zuweilen schwer verständlich. Die §§ 95 (Offenbaren von Staatsgeheimnissen), 96 (Landesverräterische Ausspähung, Auskundschaften von Staatsgeheimnissen), 97 (Preisgabe von Staatsgeheimnissen), 97b (Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses), 98 (Landesverräterische Agententätigkeit), 99 (Geheimdienstliche Agententätigkeit), 100 (Friedensgefährdende Beziehungen) befassen sich mit Details und Strafmaß, nicht aber mit einer Begriffsbestimmung, was Hoch- und Landesverrat sind.

Analyse der §§ 93, 94, 97 a, 100

Vom deutschen Volk, dem Reich als Land der Deutschen ist keine Rede.

Verraten werden könnten allenfalls Staatsgeheimnisse, die mit der äußeren Sicherheit der BRD zu tun haben. Staatsgeheimnisse gibt es nur gegenüber fremden Mächten, die in keinem Vertragsverhältnis mit der BRD stehen. Gegenüber Vertragspartnerstaaten gibt es keine Staatsgeheimnisse, somit keinen Landesverrat. Ihnen kann somit straffrei alles an Informationen und Gegenständen übermittelt werden, was bei anderen Staaten als Landesverrat eingestuft ist. Dieser StGB-Text offenbart vollends das Ausmaß der BRD-Souveränität. Sie geht über das Volumen "0" nicht hinaus. Kein Wunder, wenn -- nach Aussagen von **Egon Bahr** -- jeder bisherige Bundeskanzler ein "informeller Mitarbeiter" (IM) des US-Geheimdienstes CIA war⁶⁾ (nach wie vor ist?) und in der Bundesrepublik "die Telefonate aller westdeutschen Politiker von der amerikanischen Besatzungsmacht abgehört wurden".⁷⁾ (nach wie vor werden?)

Der Begriff "Illegale Geheimnisse" (§ 97a) ist unverständlich. Er füllt lediglich den Paragraphen-Dschungel. Jedenfalls kann er auch die Vertragspartnerstaaten nicht tangieren, da es ihnen gegenüber nicht einmal Staatsgeheimnisse gibt.

Bleibt § 100 "Landesverräterische Fälschung".

Dieser Text ist so gefaßt, daß er nur greift bei "Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit oder die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland".

Die landesverräterische Fälschung der deutschen Geschichte -- oder die Mitwirkung daran -- und als

Folge davon die damit begründete Schuld-Diskriminierung, Deklassierung und Entrechtung mit der geforderten Akzeptanz eines "Kainsmals" für alle zukünftigen Generationen des deutschen Volkes fällt nicht unter diesen § 100 a.

Haben doch die Vertragspartnerstaaten gerade "die äußere Sicherheit und die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland" in ihre mit einem umfassenden Fälschungssystem -- von ihnen "Umerziehung" benannt -- ausgestattete Imperialpolitik eingebettet. So bestimmen sie die mittels bedingungsloser Kapitulation erzwungenen Voraussetzungen für die Existenzgrundlagen -- die "äußere Sicherheit", Grenzen und Beziehungen der BRD.

Landesverrat an der Bundesrepublik Deutschland wäre nicht die Mitwirkung an der Fälschung der deutschen Geschichte und der Diffamierung des deutschen Volkes, sondern allenfalls an ihrer Richtigstellung und der daraus zu folgernden Wiederherstellung deutscher Rechtsforderungen, sofern dadurch "Nachteile für die äußere Sicherheit und die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland entstehen" würden. -- Eine Perverstärkung des "Rechts"!

Insofern dient auch dieser StGB-§ 100a in erster Linie dazu, den "mündigen Bürger" irrezuführen und seine Bemühungen zu vereiteln, das wirkliche Lebensrecht seines Volkes durchzusetzen, das andere Völker selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen.

Herrschaftsinstrument der Sieger über das Deutsche Reich

Prof. Dr. Carlo Schmid erklärte als Justizminister von Württemberg-Hohenzollern (1947 - 1950) und Mitglied des SPD-Präsidiums in einer der Debatten um die Gestaltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland am 8.9.1948 vor dem Parlamentarischen Rat (Wiedergabe in Auszügen):

"... Man muß wissen, was man will, wenn man von Staat

6) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 86, S. 21.

7) *Freie Presse*, Bielefeld, 1. Juni 1965: unter Berufung auf die US-Zeitschrift *The Saturday Evening Post* und den Mitarbeiter des Office of Special Investigation (OSI), **Robert Glenn Thompson**: "Jedermann in irgendeiner verantwortlichen Position hatte eine Abhörvorrichtung am Telefon."

spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat, der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann, oder eine lebende Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selbst gefügte Demokratie. Ich glaube, daß man in einem demokratischen Zeitalter von einem Staat im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten konstitutiven Gesamtaktes eines souveränen Volkes handelt. Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert er sich nicht -- es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst --, sondern er organisiert sich lediglich, vielleicht staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn. ...

Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimer Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist, als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft. ...

Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.

Wo das nicht der Fall ist, wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges. Dieser Organismus mag alle normalen, ich möchte sagen »inneren« Staatsfunktionen haben: wenn ihm die Möglichkeit genommen ist, sich die Formen seiner Wirksamkeit und Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, fehlt ihm, was den Staat ausmacht, nämlich die Kompetenz der Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit der letzten Verantwortung. Das alles hindert nicht, daß dieser Organismus nach innen in höchstwirksamer Weise obrigkeitliche Gewalt auszuüben vermag.

Was ist nun die Lage Deutschlands heute?

Am 8. Mai 1945 hat die Deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert.

Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkung ausschließlich auf militärischem Gebiet. Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, son-

dern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der Deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. ...

Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. ... Zur Vernichtung der Staatlichkeit gibt es nur 2 Möglichkeiten:

Die Annexion und die Verknechtung des besiegten Volkes.

Die Sieger haben nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß

1.) kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll und

2.) daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll.

Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat. ..."

Um Carlo Schmid's Ausführungen abzukürzen:

Die Haager Landkriegsordnung verbietet interventionistische Maßnahmen als Dauererscheinung, also die Einmischung der Siegermächte in die inneren Angelegenheiten des Besiegten.

Nur das gesamte Deutsche Volk kann »volkssouverän« handeln und nicht eine Partikel davon.

Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine Deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit gewählt werden kann.

Die Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, der zudem eine Fülle von Vorbehalten und Einschränkungen verfügt, ist keine Verfassung.

Die künftige Verfassung Deutschlands

"darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen, sondern muß originär entstehen können".⁸⁾

Bundesverfassungsgericht: Das Reich besteht fort

Entscheidung vom 31.7.1973 (Az: 2vF 173) -- mit Beschluß vom 21.10.1987 bestätigt

"Das Grundgesetz -- nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! -- geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte, noch später untergegangen ist; ...

Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...

Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die BRD ist also nicht »Rechtsnachfolger« des Deutschen Reiches. ... Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den »Geltungsbereich des Grundgesetzes«.

Diese Rechtslage gilt zweifellos auch nach der Teilvereinigung mit Mitteldeutschland, für die damit gleichzeitig veränderten Teile des Grundgesetzes sowie die Klauseln des "2 + 4 Vertrages" von 1990, den völkerrechtlichen Status des teilvereinigten Deutschland betreffend. Zu den dort verfügbaren Bedingungen über die Fortgeltung gewisser Teile des Überleitungsvertrages vom 31.3.1955 und geänderten GG-Artikeln -- auch hiermit wurde keine "Verfassung" geschaffen -- vergl. hier S. 27 sowie **Historische Tatsachen** Nr. 67 S. 4 ff.

Gehandelt wurde seit Mai 1945 in allen diesen Zeitfolgen, auch im Zusammenhang mit der Preisgabe von Hoheitsrechten an die Europäische Union, unter Ausschluß des Volkes seitens der über das politische Machtmonopol verfügbaren Lizenzetablierten. Volksabstimmungen waren seit 1945 für das deutsche Volk nicht mehr vorgesehen, im Gegensatz zu den Zeiten des Dritten Reiches.

8) Deutscher Bundestag + Bundesarchiv (Hrsg.), "Der Parlamentarische Rat 1948 - 1949, Akten und Protokolle" Bd. 9, München, Harald Boldt Verlag 1996, S. 20 ff.

Nur so dahingesagt

Mit einem Jahr Gefängnis (nicht unter einem Jahr, § 154 StGB) muß rechnen, wer falsch schwört. Gilt das auch für Bundeskanzler und Minister?

"Fünfmal hat Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag feierlich die Hand gehoben und geschworen,

'daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.'

Fünfmal bestand Kohl auf dem Zusatz:

'So wahr mir Gott helfe.'

Und fünfmal, so viel ist nach der CDU-Spendenaffäre gewiß, hat er diesen Eid gebrochen.

Unangenehme Folgen muß der CDU-Patriarch deshalb

allerdings nicht befürchten. Denn ein Amtseid, so die erstaunliche Expertise von Staatsanwaltschaft, Landesjustizministerium Nordrhein-Westfalen und Bundestagsverwaltung ist gar kein richtiger Eid – und auf den Wahrheitsgehalt kommt es auch nicht an. ... Der Amtseid eines Kanzlers – wie seiner Minister – 'sei nur ein politisches Versprechen und kein Eid in einem gerichtlichen Verfahren'.

*Das bekam jedenfalls ein Neusser Unternehmensberater im Ruhestand höchststrichterlich bescheinigt, der Kohl und Bundesinnenminister Manfred Kanther wegen Verletzung des Amtseids verklagen wollte."*⁹⁾

Amtseid "nicht justiziabel"

In den **Historischen Tatsachen** ist zwar über dieses Thema bereits berichtet worden (Nr. 67, S. 12), doch der historischen Bedeutung wegen sollten die hierzu 1992 in den **Unabhängigen Nachrichten (UN)** veröffentlichten amtlichen Schriftwechsel nicht der Vergessenheit anheimgegeben sein.¹⁰⁾

Kreisrat **Carl-Wolfgang Holzapfel**, Vorsitzender der Bürger-Union in Fürstenfeldbruck, stellte Mitte 1991 gegen Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** Strafantrag wegen Verletzung seines Amtseides sowie möglicher anderer Gesetze zum Schaden der Bundesrepublik Deutschland. In seiner



Horst Köhler (geb. 1943) leistete am 1.7.2004 seinen Amtseid als Bundespräsident, seine Kraft zum Wohle des deutschen Volkes einzusetzen. Er weiß, daß dieser Amtseid nicht justiziabel ist. Dennoch scheint ihm dabei nicht ganz wohl zu sein. Sein ihm von so vielen ausländischen Freunden aufgeschwatztes Kainsmal als Deutscher verpflichtet ihn zur Erfüllung der in ihn gesetzten Erwartungen.

Begründung führte er aus: Presseberichten sei zu entnehmen gewesen, daß 2 hochrangige Vertreter des Moskauer Präsidialrates im Bonner Auswärtigen Amt vorgeschlagen hätten, das seit 1945 unter russischer Verwaltung stehende Nordostpreußen Deutschland gegen Zahlung eines Kaufpreises wieder zurückzugeben. Außenminister **Genscher** (geb. 1927, FDP) habe sich sogleich "prinzipiell" dagegen ausgesprochen, "das Problem der deutschen Ostgebiete über-

haupt anzurühren", und geäußert,

"Deutschland wolle Ostpreußen nicht einmal geschenkt bekommen, geschweige denn hohe Zahlungen dafür leisten."

Laut Amtseid ist jeder Abgeordnete und Minister verpflichtet, "den Nutzen zu mehren und Schaden vom deutschen Volk abzuwenden". Mit seinem Verhalten habe Außenminister **Genscher** dem deutschen Volk unzweideutig Schaden zugefügt, um das mindeste zu sagen.

Die Antwort des Bonner Oberstaatsanwalts **Irsfeld**:

"Der vom Bundeskanzler und den Bundesministern nach Artikel 64 Abs. 2 des Grundgesetzes bei Amtsübernahme zu leistende Eid ist kein gerichtlicher Eid. Er wird nicht von der Strafvorschrift des § 154 StGB erfaßt. Daher könne es auch dahinstehen, ob das Vorbringen des Anzeigenerstatters in tatsächlicher Hinsicht zutreffe. Für weitere Ermittlungen sei kein Anlaß."

Der damals noch verblüffte, ebenfalls vereidigte Kreisrat bemühte sich nun, um nicht, wie er meinte, "dieses volksverdummende Theater" abzuschaffen, doch wenigstens für eine schnellstmögliche gesetzliche Verbindlichkeit zu sorgen. In diesem Sinne schrieb er an die Präsidentin des Bundestages, Frau **Rita Süßmuth**.

Die Antwort bestätigte:

"Der Minister-Eid ist gerichtlich nicht verfolgbar. ...

Der Kommentar zum Grundgesetz (Bd. III, Art. 38 - 91) bewerte den Eid »als ethische Selbstbindung des Schwörenden«, verneine aber eine »materiell-rechtliche Bindung«."

Zu der Frage, ob dies auch für den Eid als Kreisrat gelte, stellte der Fachbereich VII (Zivil- und Strafrecht) des Bundestages fest:

"Die Rechtslage für einen Kreisrat in Bayern kann von hier aus nicht beurteilt werden; es spricht aber sehr viel dafür, daß dort ähnliche Überlegungen gelten."

9) *Der Spiegel*, Nr. 44, 30. Oktober 2000, S. 49.

10) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, 46017 Oberhausen Postfach 101706, Nr. 3/1992, S. 4 - 5.

Entdeutschung strafwürdiger als Hochverrat!

"Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger.

Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können."

Dr. Otto Uhlitz,

Staatsrechtler und Berliner Staatssekretär a.D., in seinem Buch "Aspekte der Souveränität", Kiel 1987.

Vaterlandslose Gesellen

Einer österreichisch-jüdischen Familie entstammend machte sich **Dr. med. Rudolf Hilferding** schon 1914 im sozialdemokratischen **Vorwärts** als politischer Redakteur einen Namen, stimmte am 4.8.1914 gegen die Bewilligung der Militärkredite, erhielt 1918 die deutsche Staatsbürgerschaft und übernahm im Zuge der Revolution die Leitung des Nachrichtenblattes der Unabhängigen Sozialisten **Freiheit**. Auf dem Parteitag der marxistischen französischen "Schwesterpartei" in Lille, an dem er auch als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) teilnahm, sagte er den Franzosen nicht nur die geforderten Reparationen zu, sondern wünschte sie auch zu garantieren. Dieser Mann wurde schließlich Reichsfinanzminister und zeichnete für die horrenden Inflation von 1923 mitverantwortlich, die das deutsche Volk in den totalen wirtschaftlichen Ruin führte.

SPD-MdL **Ströbel** am 18.2.1915 im Preußischen Landtag:

*"Ich bekenne ganz offen, daß ein Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entspricht."*¹¹⁾

Der Marxist **Arthur Crispian** erklärte am 11. Januar 1922 als Reichstagsabgeordneter (1920 - 1933) auf einem Parteitag der USPD:

"Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt."

Nach Vereinigung der USPD mit den Mehrheitssozialisten im September 1922 rückte er zum 2. Vorsitzenden der SPD auf.¹²⁾

Auf dem SPD-Parteitag in Magdeburg im Mai 1929 erklärte SPD-Mitglied **Eckstein** genau das, was einen Monat später, am 13. Juni 1929, auch SPD-Abgeordneter des Reichstags **Sendewitz** in Berlin vor Schülern postulierte:

"Der Vorwurf des Landesverrats ist uns ein Ehrentitel. In diesem Sinn gilt es, die Jugend planmäßig zu erziehen."^{11) + 13)}

Herbert Frahm, der sich 1933 zwecks Spurenverwischung den Namen **Willy Brandt** zugelegt hatte, war Angehöriger der den Kommunisten nahestehenden Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und als solcher aus Deutschland geflohen, weil er offensichtlich in einen politischen Mord verwickelt war.¹⁴⁾ Im Exil kämpfte er "als Schüler von Marx und Lenin" weiter:

11) Loseblattsammlung aus der Weimarer Zeit für Politische Informationen.

12) Alfred Rosenberg, "Novemberköpfe", München 1939, S. 5 + 306.

13) *Deutschland-Magazin*, Nov./Dez. 1971, Nr. 6.

*"Das Ziel dieser Arbeit ist es, in Deutschland eine wahrhaft kommunistische Partei und in der Welt eine wahrhaft kommunistische Internationale zu schaffen."*¹⁴⁾

In "proletarischer Pflichterfüllung zum Schutz der Sowjetunion" verfaßte er zugunsten des rot-spanischen Bürgerkrieges 1936 - 1938 "anti-faschistische", sprich anti-deutsche, Schriften sowie das den Partisanenkrieg verherrlichende Buch "Guerilla-Krieg".

Vor Kriegsende riet er als Korrespondent aus Norwegen für den amerikanischen Geheimdienst zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien und dem Sudetenland sowie zur Auslieferung dieser Provinzen an die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei.¹⁵⁾ Nach Kriegsende 1945 trat er als norwegischer Major in Berlin auf und wurde bald dortiger SPD-Vorsitzender und Regierender Bürgermeister (1957 - 1966), später Bundesaußenminister und im Oktober 1969 Bundeskanzler.

In seinem Buch "Verbrecher und andere Deutsche", das 1946 erschien, bekundete er:

"Ich habe mich nie zu einer Begeisterung für Todesurteile aufraffen können, aber so wie die Welt, in der wir leben, nun einmal ist, rechnete ich damit, daß es notwendig sein werde, eine ganz große Anzahl von wertlosen nazistischen Leben auszulöschen."

Er stellte sich damit in eine Frontlinie mit **Theodore Nathan Kaufman** in den USA, der das ganze deutsche Volk sterilisieren lassen wollte, seinem Präsidenten **F.D. Roosevelt**, der dieses Ansinnen auch übernahm und zusätzlich auf der Konferenz in Jalta 1943 **Stalin** die Erschießung von 50.000 deutschen Offizieren empfahl, allerdings noch übertroffen wurde von dem Schreibtischmörder in London **Sebastian Haffner** (alias Raimund Pretzel), der im August 1942 in der Monatszeitschrift *World Review* die Ermordung von 500.000 SS-Männern als Mindestforderung für die "Wiedereingliederung Deutschlands in Europa" aufgestellt hatte.¹⁶⁾

Willy Brandt/Frahm in einem Interview der Dänischen Zeitung *Politiken* am 26.3.1957:

"Das deutsche Volk leidet darunter, daß es nie eine echte Revolution gehabt hat. Die Chance gab es 1945, aber die Alliierten verdarben sie. Es herrschte unter Hunderttausenden, ja Millionen von Deutschen eine rasende Wut gegen die Nazisten und den SS-Staat. Deutschland würde, historisch gesehen, gut daran getan haben, wenn -- lassen Sie uns sagen --

14) Heinz Scholz, "Der falsche Messias -- Aufstieg und Fall des Willy Brandt", Euskirchen 1974, S. 33 ff.

15) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 11, S. 40.

eine Million Schurken, nun, auch einige tausend Kreisleiter und darüber von ihren eigenen Landsleuten ins Jenseits expediert worden wären. Statt dessen kam Gerechtigkeit, Ordnung, Abrechnung und Entnazifizierung zu uns von draußen. Deshalb hatte der Nürnberger Prozeß niemals eine heilende Wirkung. Viel vom Gerechtigkeitsgefühl wurde auch verdorben, weil vie-



Der berühmte Kniefall des Bundeskanzlers Willy Brandt am 7.12.1970 vor seinen gefallenen polnischen Partisanen-Kampfgefährten in Warschau. -- Vergl. Kommentar zum gleichartigen Gedenken seines SPD-Nachfolgers Gerhard Schröder an derselben Stelle Jahre später (S. 26).

le der großen Nazis losgelassen wurden, während ungezählte kleine wegen unansehnlicher Sünden bestraft wurden."

Eine Begründung für sein Massenmord-Ansinnen, das die Gesinnung des deutschen Volkes ins Gegenteil verkehrte, aber vor allem die nahezu 7 Millionen alliierten Nachkriegsmorde an Deutschen verschwieg, indessen in Millionenhöhe noch darüber hinausgehen sollte, brauchte dieser spätere Sühne-Bundeskanzler nicht. Als 250%iger Eiferer im alliierten Sinne hat er seine Karriere als SPD-Politiker und schließlich Bundeskanzler bereitet.

Wie "harmlos" nimmt sich demgegenüber der "Kommissarbefehl" aus, den **Adolf Hitler** zu Beginn des Rußlandfeldzuges (1941) erteilt hatte, nachdem ihm Beweise dafür vorlagen, daß die der Roten Armee zugeordneten Kommissare Befehl hatten, alle deutschen Gefangenen, vornehmlich Offiziere und Polizeiangehörige, unverzüglich zu erschießen!

Grüßte **Willy Brandt** auch mit **Erich Ollenhauer** und **Herbert Wehner** die Schlesier anlässlich ihres Treffens in Köln am 7. + 8. Juni 1963 mit dem Aufruf "**Verzicht ist Verrat**", so diente dieser nur der SPD-Machtkonsolidierung, nicht etwa der Sicherung deutscher Heimatrechte. Seinen Taten zufolge haben ihm diese weder vorher noch nachher etwas gegolten. Alle seine Bekenntnisse zur deutschen Kriegsschuld und zu deutschen Kriegsverbrechen -- unter Ausklammerung aller historischen Zusammenhänge, dafür kritikloser Übernahme alliierter Kriegsgreuelmeldungen --, und die außenpolitischen Verträge, die er als Bundeskanzler "für Deutschland" abgeschlossen hat, besiegelten den "verwirkten Anspruch", den Verzicht auf die deutschen Heimatrechte jen-

seits von Oder und Neiße.

Die Presse der Vertriebenen kommentierte die "Ost-Verträge" vom 12./13. August 1970 in Moskau und vom 18. November 1970 in Warschau als Verrat an Deutschland. Der Bundestag sei nicht befugt, die Hälfte Deutschlands zu verschenken. Der **Brandt/Scheel**-Vertrag sichere dem Kreml die Vorherrschaft in ganz Europa.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises im Oktober 1971 an **Willy Brandt** mußte den Millionen Menschen in Ost- und Mitteleuropa als eine Auszeichnung für Unterstützung und Heroisierung bolschewistischer Unterdrückungs- und Raubpolitik, für Völkerrechtsbruch, für Verachtung jeglicher Menschenrechtskonventionen sowie für Landesverrat an Deutschland erscheinen.

"Er litt, wenn das Deutschlandlied erklang."

So (1966 - 1969 Bundesjustizminister, 1969 - 1974 Bundespräsident) **Dr. Gustav Heinemann** (schließlich SPD), leidenschaftlicher Verfechter der deutschen Alleinkriegs- und sonstiger Schuld, ohne jemals sachliche Einzelheiten der wirklichen historischen Vorgänge zu respektieren.

"Seine Fürsorge galt Kommunisten, Wehrdienstverweigerern, Zigeunern ... doch Lebensrechte und -interessen der eigenen Nation blieben dem Staatsoberhaupt fremd. Nach eigenem Bekenntnis litt er, wenn das Deutschlandlied gespielt wurde."

Zum Vorbild erklärte er den Deutschen den schwerkriminellen Anführer des Hamburger kommunistischen Aufstands während der Weimarer Republik, **Fiete Schulze**. ... **Heinemann** hat dem deutschen Volk einen Mörder als Vorbild empfohlen." ¹⁷⁾

Anfang Juni 1978 entspann sich im Bonner Bundestag eine würdelose Debatte um die deutsche Nationalhymne. Der Berliner Bundestagsabgeordnete **Dr. Diederich** (SPD), der den Schulkindern beigebracht wissen wollte, daß das Deutschlandlied ein "Symbol deutschen Weltherrschaftsstrebens" sei,



Während der eine (links: Nahum Goldmann, langjähriger Präsident des Jüdischen Weltkongresses) sich darauf verstand, "im Umgang mit den Deutschen" Millionen zu verdienen, indem er Geschichten erzählte ("Das jüdische Paradox": Kapitel: "Wie verdient man Millionen, indem man Geschichten erzählt" Köln - Frankfurt/M 1978, S. 180), war der andere (rechts: Dr. Gustav Heinemann) skrupellos genug, seinem Volk ungeprüft jegliche Schuld und Sühne anzulasten, die man im Ausland vorformuliert hat.

16) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 27, S. 17 + Nr. 86, S. 11. -- Der *Völkische Beobachter* hatte am 11. Dezember 1942 die Mordtiraden von Sebastian Haffner auf S. 1 in Deutschland bekanntgemacht.

forderte von der Bundesregierung Auskunft, welche Initiative sie zu ergreifen gedenke, um das mißbräuchliche und das Ansehen der Bundesrepublik als antifaschistisch-demokratisches Gemeinwesen im Ausland schädigende Singen der 1. und 2. Strophe "des sogenannten Deutschlandliedes" in Schulen und sonstwo durch "reaktionäre und revanchistische Kräfte" zu unterbinden.

Für die Regierung antwortete der parlamentarische Staatssekretär **Andreas v. Schoeller** (FDP):

"Herr Kollege. Die Bundesregierung bedauert unzeitgemäße Versuche, die 1. und 2. Strophe des Deutschlandliedes wiederzubeleben. Sie geht davon aus, daß die Landesregierungen den unerwünschten Gebrauch in Schul- und Bildungseinrichtungen der Länder zu verhindern wissen."

Gleichzeitig stellte der Berliner Justizsenator **Jürgen Baumann** (FDP) in Frage, ob das Deutschlandlied als Nationalhymne für die Berliner überhaupt bindend sei. Sein (in Rußland geborener) Akademikerkollege **Ossip Flechtheim**, Bürochef des Nürnberger US-Hauptanklägers, dann Dozent der westberliner Deutschen Hochschule für Politik und Mitbegründer der Freien Universität, plädierte für die Hymne der französischen Besatzungsmacht, die "Marseillaise".¹⁷⁾

Baden-Württembergs Ministerpräsident **Lothar Späth** (CDU):

*"Ich würde meine Kinder ohrfeigen, wenn sie die erste Strophe des Deutschlandliedes singen."*¹⁸⁾

Herbert Wehner, der den größten Teil seines Lebens Moskau-treuer Kommunist war und als solcher den Zweiten Weltkrieg überlebte, von 1949 - 1983 MdB, 1958 - 1973 stellvertretender SPD-Vorsitzender, 1966 - 1969 Minister für Gesamtdeutsche Fragen, dann bis 1983 Bundestags-Fraktionsvorsitzender der SPD, hat nicht nur die Verzichtspolitik der SPD auf die deutschen Ostgebiete kräftig unterstützt, sondern auch dafür gesorgt, daß die zur Bekämpfung der Pornographie eingerichtete Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zur Indizierung der national-historischen Literatur mißbräuchlich eingesetzt und darüber hinaus mittels Denunzierungsanweisungen an alle Parteimitglieder die gesamte Zeitgeschichtsschreibung -- damit die Revision unhaltbarer historischer Legenden -- kriminalisiert wurde.

Oscar Lafontaine, der seine Nerven schon durch die ihm allerorten begegnende "Deutschtümerei" überstrapaziert sah, bekannte als Ministerpräsident des Saarlandes und SPD-Vorsitzender:

*"Aufs Vaterland kann ich eher verzichten, als auf die Fremde"*¹⁹⁾

Im April 1990 brachte er in Warschau vor erlesener Tischrunde offiziell einen Toast mit den Worten aus:

*"Für mich ist Vaterland ebenso Paris, Madrid und Rom, und in Zukunft soll es auch Warschau, Budapest und Prag sein."*¹⁹⁾

Am 14.11.990 machte sich Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher** in Warschau um Polen verdient:

17) *Deutsche Nationalzeitung*, 16.7.1976, S. 3 + 16.6.1978, S.2..

18) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. März 1988, *Filder Zeitung* (Baden-Württemberg), 10. März 1988.

19) *Deutsche Nationalzeitung*, 29.7.2005, S. 3 + 18. März 1988.

"Die Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße entspringt einem Gebot des Friedens. ... Die Bestätigung der bestehenden Grenze ist die freie Entscheidung der Deutschen. Sie ist uns von niemandem aufgezwungen worden."

Wenig später erhielt dieser Mann aus Halle, der gar nicht zu den Vertriebenen gehörte, aber auf deren Heimat "großzügig" verzichtete, unter der lobenden Laudatio, "der herausragendste deutsche Politiker des 20. Jahrhunderts zu sein", das "Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Republik Polen".

Bundeskanzler **Helmut Kohl** (geb. 1930) verfiel die Ansicht, dem deutschen Volk sei wegen der jüngeren Zeitgeschichte ein »Kainsmal« eingebrannt.

Das hinderte ihn aber nicht, von jenen Tätern aus alliierten Staaten und Logen allerorten höchste Ehrungen entgegenzunehmen und sich sogar am 18.2.1998 als Ehrenbürger Londons feiern zu lassen.

Deshalb müsse in Berlin auch das gigantische Holocaust-Mahnmal gebaut werden, andernfalls "uns die Welt verfluchen würde".

"CDU-Bundespräsident von **Weizsäcker** bezeichnet den 8. Mai 1945 als »Tag der Befreiung«.

Minister **Norbert Blüm** (geb. 1935), der auch stellvertretender CDU-Vorsitzender ist, schob den an der Front kämpfenden Soldaten der Deutschen Wehrmacht eine Mitverantwortung für die Auschwitz-Verbrechen zu.

Stuttgarts CDU-Oberbürgermeister **Rommel** betonte mehrfach, darüber glücklich zu sein, daß sein Vater, der Generalfeldmarschall, im Kriege verloren hat.

Rheinland-Pfalz' CDU-Ministerpräsident **Bernhard Vogel** (CDU) äußerte öffentlich Dank dafür, daß Britanniens Premier **Churchill** so viele Flugzeuge zur Bekämpfung Deutschlands bauen ließ.

Kanzler-Berater **Professor Stürmer** bezeichnet die deutsche Einheit als »Skandal für Europa«.

Kanzleramtsminister **Dr. Wolfgang Schäuble** (geb. 1942) empfiehlt, noch mehr Ausländer hereinzulassen als Ersatz für die infolge des Geburtenrückganges fehlenden Deutschen. Usw. usw.¹⁹⁾

Zur Ratifizierung des Vertragswerkes von Maastricht am 2.12.1992 hat in hilfloser Trauer ein deutscher Volksgenosse den CDU/CSU-, SPD- und FDP-Bundestagsfraktionen aktenkundig gemacht, daß eine 0,00069% kleine Allianz von Parteipolitikern, denen für 4 Jahre die Vertretung ihres Volkes anvertraut war, unter verweigerter Volksbefragung, somit Hintergehung dieses Volkes "das über 1.000 Jahre alte Deutschland fremden Mächten preisgegeben und den Zerfall und die Auflösung des deutschen Volkes vorbereitet hat!"²⁰⁾ Diese Allianz hatte nicht einmal erwogen, vor Einbindung in die Europäische Union die Rechte einer gleichberechtigten Nation einzufordern.

Am 20.12.1996 hatte die Bundesregierung unter Bundeskanzler **Helmut Kohl** (CDU, geb. 1930) und Außenminister **Klaus Kinkel** (FDP, geb. 1936) in Prag die sog. "Deutsch-tschechische Versöhnungserklärung" unterzeichnet, in dessen Ziffer 2 es heißt:

20) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, 8/1993, S. 4.

"Die deutsche Seite bekennt sich zur Verantwortung Deutschlands für seine Rolle in einer historischen Entwicklung, die zum Münchener Abkommen von 1938, der Flucht und Vertreibung von Menschen aus dem tschechoslowakischen Grenzgebiet, zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik geführt hat.

Sie bedauert das Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen angetan worden ist. Die deutsche Seite würdigt die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und diejenigen, die dieser Gewalt-herrschaft Widerstand geleistet haben.

Die deutsche Seite ist sich auch bewußt, daß die deutsche Gewaltpolitik gegenüber dem tschechischen Volk dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten. ...

Ziffer 7

Die deutsche Seite bekennt sich zu ihrer Verpflichtung und Verantwortung gegenüber all jenen, die Opfer nationalsozialistischer Gewalt geworden sind. Daher sollen die dafür in Frage kommenden Projekte (des gemeinsamen Zukunftsfonds, den Deutschland mit 140 Millionen Mark finanziert, die tschechische Seite mit 20 - 25 Millionen Mark) insbesondere Opfern nationalsozialistischer Gewalt zugute kommen."

Zwar "bedauert die tschechische Seite" auch Unrecht, das 1945 und danach geschah, doch sie übernimmt dafür weder Verantwortung, noch Entschädigungsleistungen, noch sorgt sie für Aufhebung der Enteignungs- und Vertreibungs-Dekrete von **Eduard Benesch**. "Die deutsche Seite" erwartete das auch gar nicht, empfahl dagegen in

Ziffer 8,

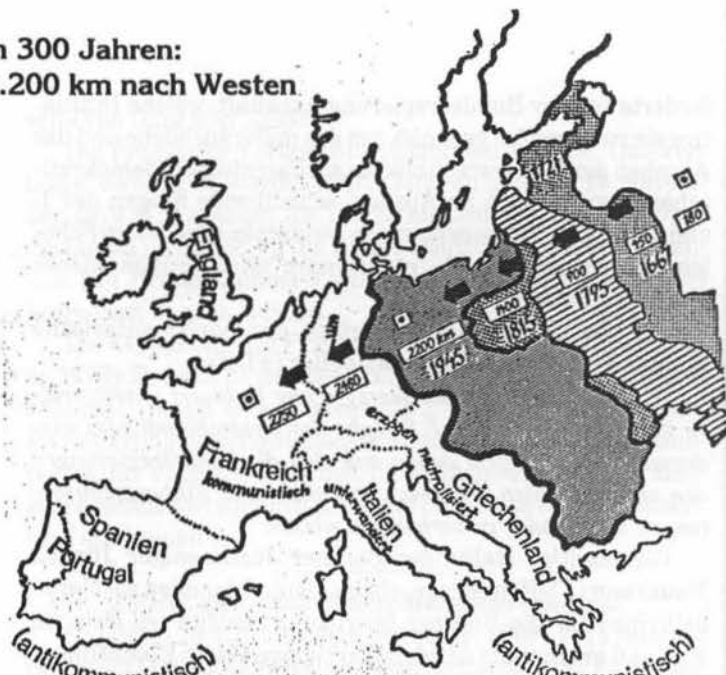
"die bisher erfolgreiche Arbeit der deutsch-tschechischen Historikerkommission zur gemeinsamen Erforschung der deutsch-tschechischen Beziehungen im 20. Jahrhundert fortzusetzen".

Wie "erfolgreich" diese bisherige Arbeit war, ergibt sich aus den hier publizierten Ziffern. Das Ergebnis ist eine grundsätzliche Verfälschung der historischen Zusammenhänge und hätte die hieran beteiligten deutschen Vertreter mit den Strafrechts- §§ 80 ff vom Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem Dritten Reich, den Landesverrat betreffend, in Konflikt gebracht, -- gleichermaßen aber auch mit den Strafparagrafen anderer Länder, hätten sie als deren Staatsangehörige in deren Namen analog gehandelt! ²¹⁾

Das verbrecherische Sowjetsystem, das bereits 1917 allen "kapitalistischen" Staaten den Krieg erklärt hatte, hatte schon in der Weimarer Republik vielerorts blutige Unruhen hervorgerufen. Seine Terrorjustiz, Ideologie, Arbeits-Konzentrationslagersysteme kontinentaler Ausmaße (Gulag) und Welteroberungszielsetzung, seine politischen Mordopfer -- 1935 bereits 6 - 8 Millionen, sie sollten bis zum Ende des Kommunismus auf 100 Millionen ansteigen²²⁾ -- waren weltweit bekannt. Ebenso die Aufrufe zur Tötung aller Deut-

21) Vergl. die historische Entwicklung mit dort angegebenen Nachweisquellen in *Historische Tatsachen* Nr. 85. -- Der Text dieser "Deutsch-tschechischen Versöhnungserklärung" ist abgedruckt in *Deutsche Nationalzeitung*, München 24.1.1997, S. 5.

In 300 Jahren:
2.200 km nach Westen



Verfügte die UdSSR noch 1937 über ein Staatsgebiet von 21,176 Mio qkm, so dehnte sie es bis 1940 auf 21,572, bis 1957 auf 22,403 Mio qkm aus.

Seit 1939 hat sie allein in Europa 472.000 qkm fremdes Land mit einer Bevölkerung von 23,9 Millionen Einwohnern ihrem Staatsgebiet einverleibt. Das entspricht dem Deutschen Reichsgebiet von 1934. Insgesamt haben die Sowjets nach dem Zweiten Weltkrieg einschließlich ihrer Satelliten 574,8 Millionen Menschen unterworfen und sich ein Gebiet von 12,2 Mio qkm angeeignet.

Der Vorstoß Moskaus ins Herz Europas erzielte im Jahr 1667 einen Geländegewinn in westlicher Richtung von 450 km, 1795 von 900 km, 1815 von 1.400 km, 1945 von 2.200 km.

Hitler hatte den Expansionswillen des zum Weltbolschewismus drängenden Stalin nicht verhindern können. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23.8.1939, abgeschlossen unter dem Druck britisch-französischer Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland und angesichts zu diesem Zweck bereits in Moskau tagender britisch-französischer Militärdelegationen, hatte den Sowjets keine Grenzveränderungen gestattet, sondern nur Interessensphären zugestanden. Der bereits am 19.8.1939 zur Eroberung Europas entschlossene Kremlchef erpreßte das übrige.

An der Unterwerfung Osteuropas unter die bolschewistische Terrorherrschaft haben alle jene mitgewirkt, die sich gegen die einzige zum Widerstand befähigte und gewillte Macht im Herzen Europas -- das Deutsche Reich -- gestellt, es verraten, bekämpft und niedergedrückt haben.

schen -- nicht nur von **Ilja Ehrenburg**, sondern auch von den sowjetischen Marschällen -- mit den daraufhin erfolgenden Blutbädern und Massenvergewaltigungen im Frühjahr 1945.

Dennoch wurde dieses Regime als vorbildliche humane, "von Deutschland überfallene" Friedensmacht, als Bundesgenosse, "Befreier", Richter seitens der westlichen Imperialstaaten zwecks Zerstückelung Deutschlands begrüßt.

Da drängte MdB und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD **Otto Schily** am 13.3.1997 im Bundestag anläßlich der Debatte um die fälschungsdurchgesetzte Anti-Wehrmacht-Ausstellung zum Rednerpult und erklärte unter Beifall der Abgeordneten aller Parteien außer der FDP:

"Der Vater meiner Frau, **Jindrich Chajmovic** ... hat als

22) Stéphane Courtois u.a., "Das Schwarzbuch des Kommunismus", München - Zürich 1998 (900 Seiten).



Jutta Limbach (re.), Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, ließ sich dazu herab, an der Eröffnung der schon vorher als verlogen und fälschungsdurchsetzt angeprangerten Verunglimpfungs-Ausstellung "Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht" des Philipp Reemtsma in Karlsruhe teilzunehmen. Der altkommunistische Ausstellungsleiter Hannes Heer "klärte sie über das böse Tun der deutschen Soldaten", nicht aber über die Herkunft und Zuverlässigkeit seiner Quellen und Kommentare auf.

"Im Dezember 1997 wurde den Ausstellungsmachern die »Carl v. Ossietzky-Medaille« der "Internationalen Liga für Menschenrechte" verliehen. Die Spitzen von Staat und Gesellschaft überhäufte die Aussteller mit Lob und Ehrungen, und die Schulen werden aufgefordert, die Ausstellung mit Klassen und Kursen geschlossen zu besuchen." ²³⁾

Erst ein polnischer Historiker, Dr. Bodgan Musial, brachte den ganzen Schwindel zu Fall, nachdem er nachgewiesen hatte, daß etliche Fotografien in Wirklichkeit NKWD-Verbrechen darstellen und vieles andere ebenfalls manipuliert war.

jüdischer Partisan in Rußland gegen die deutsche Wehrmacht gekämpft. Nun sage ich einen Satz, der in seiner Härte und Klarheit von uns allen angenommen werden muß: Der einzige von allen vier genannten Personen (Schily hatte 4 ihm persönlich verbundene ehemalige höhere deutsche Offiziere genannt, -- d. Verf.), der für eine gerechte Sache sein Leben eingesetzt hat, war Jindrich Chajmovic. Denn er kämpfte gegen eine Armee, in deren Rücken sich die Gaskammern befanden, in denen seine Eltern und seine gesamte Familie ermordet wurden. Er kämpfte gegen eine Armee, die einen Ausrottungs- und Vernichtungskrieg führte, die die Massenmorde der berüchtigten Einsatzgruppen unterstützte oder diese jedenfalls gewähren ließ. Er kämpfte, damit nicht weitere Tausende von Frauen, Kindern und Greisen auf brutale Weise umgebracht wurden. Er kämpfte gegen eine deutsche Wehrmacht, die sich zum Vollstrecker des Rassenwahns, der Unmenschlichkeit des Hitler-Regimes erniedrigt und damit ihre Ehre verloren hatte." ²⁴⁾

Otto Schily war, da am 20.7.1932 geboren, am 8. Mai 1945 = 12 Jahre alt. Er hat Jura, nicht Geschichte studiert, betätigte sich als Rechtsanwalt und rückte später, von den "Grünen" zur SPD wechselnd, zum Bundesinnenminister auf. Seine Karriere konnte ihm nur mit anti-fa-Umerziehungsparolen gelingen. So lobte er das menschenverachtende kommunisti-

23) Unabhängige Nachrichten (UN) 3/1999, S. 5 - 8.

24) Deutsche Nationalzeitung, München 28.3.1997.

sche Terrorsystem mit seinen millionenfachen politischen Massenmorden an seinen eigenen Völkern von 1918 - 1940, mit seinem kriegsrechtswidrigen bestialischen Kampfmethoden gegen Truppen und Zivilisten seines eigenen -- deutschen -- Volkes bei gleichzeitiger Verfälschung historischer Sachlagen! Kein moralloser Volksverhetzer?

Auf die im Jahr 1994 verschärften mea-culpa-Maulkorbgesetze konnte Schily 1997 zurückgreifen, als er den Bundestag noch einmal darauf festlegte:

"Der Satz muß von allen angenommen werden!"

Für Deutschland waren nur Schuld und Verbrechen übriggeblieben, alle anderen kämpften ihm zufolge für Frieden, Humanität und Demokratie. Einwände werden auf keiner Ebene öffentlicher Kommunikation zugelassen. Für Wissenschaftler und sonstige Zweifler hat er die §§ 86, 130 und weitere parat, und Gefängnisplätze für Tausende. (108.562 politische Meinungsdelikt-Verfahren von 1993 - 2005 gegen mationale Deutsche).⁴⁾

Bundespräsident Roman Herzog hatte bereits seit seiner Amtsübernahme am 1.7.1994 angedroht, "alle demokratiefeindlichen Bestrebungen im Keim zu ersticken", also alle politischen Gruppierungen, die seinen Worten zufolge für "Rattenfänger" anfällig seien, bzw. von seiner Meinung abweichen sollten. Am 29.4.1997 stellte er nun in Prag ebenfalls die Vertreibung der Sudetendeutschen, ohne die Größenordnung von über 3 Millionen sowie 250.000 Ermordeten oder die grauenvollen Benesch-Dekrete vom Mai 1945 - 1949 zu erwähnen, als "Folge deutscher Greuel" dar.

Die in dieser Formulierung enthaltenen Verlogenheiten sind hiermit der Weltöffentlichkeit sogleich in doppelter Ausfertigung unterbreitet:

1.) Tschechische Vertreibungspläne gab es schon 1919 und erneut 1938, als der tschechische Staatspräsident mit dieser Zielsetzung sogar einen europäischen Krieg gegen Deutschland erzwingen wollte,

2.) die Tschechen sind während des Krieges von der Reichsführung so gut behandelt worden, daß die britische Regierung eigens zur Aufstachelung der Tschechen gegen die Deutschen per Flugzeug ein Mordkommando in Böhmen absetzte, um den Protektor Reinhard Heydrich umzubringen.²¹⁾ Die nachfolgenden Repressalien in Lidice, dem Hort geheimer Waffenlager und Guerillakämpfer der von London aus gegen Deutschland Krieg führenden exiltschechischen Regierung, sind Kriegsfolgen, die nach Kriegsrecht jede andere Kriegspartei ähnlich zu handhaben pflegte.

"Völkisches Denken" sei zu bekämpfen: Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Multikulti-Ideologe, Heiner Geißler (geb. 1930), "warnte" vor einer "Renaissance des völkischen Denkens", allerdings nur in der Bundesrepublik. Ein eindeutiger Beleg dafür, daß er Politik gegen sein eigenes Volk betreibt und in die Rubrik der "Vaterlandslosen Gesellen" einzureihen ist.²⁵⁾

Nach Inkrafttreten einer Änderung des Bundesversorgungsgesetzes vom 21.1.1998 vereinbarte die Regierung Helmut Kohl Anfang März 1998 mit dem Simon-Wiesenthal-Centrum (SWC) in Israel, dieses möge 996.000 deutsche Kriegsofferrenten hinsichtlich möglicher "NS-Verbrechens-

25) Evangelischer Pressedienst, 17.12.1997.

beteiligter" überprüfen. Die Israelis hatten die Streichung solcher Personen, die -- gemessen an den Nachkriegskriterien -- gegen die "Menschlichkeit" und "Rechtsstaatlichkeit" verstoßen hätten, aus der Liste der deutschen Rentenbezieher verlangt. Zuerst sollten, so Arbeitsminister **Blüm** (CDU) am 9.3.1998, die Renten von 437.000 noch lebenden Versicherten überprüft werden. Zur Kostendeckung für diese Ermittlungsarbeit überwies die Bundesregierung vorab schon mal 200.000 DM.

"Ferner werden 15 bis 20 Juristen und Sachbearbeiter zur Verstärkung der Zentralstelle der Länderjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Unrecht in Ludwigsburg abgestellt. ...

Wie Shimon Samuels als Europa-Direktor des SWC erklärte, fahndet seine Organisation in 60 Ländern nach NS-Verbrechern." ²⁶⁾

In ein bis maximal 2 Jahren wollten die Israelis "mit der Rentner-Liste durch sein".

Der Datenschutzbeauftragte in Bonn hatte die ganze Angelegenheit auch Jahre später noch verschlafen und anschließend offensichtlich die Sprache verloren, denn er kam nie darauf zu sprechen.



Was brd-Politiker dem deutschen Volke zumuten: Diese Inschrift am altherwürdigen Reichstag soll fallen!?

Am 2. November 1999 beschloß der aus 12 MdBs zusammengesetzte Kunstbeirat des Deutschen Bundestages unter Leitung des Bundestagspräsidenten **Wolfgang Thierse** (geb. 1943) auf Anregung des aus New York angereisten "Prozeßkünstlers" **Hans Haacke** (geb. 1936) mit 11 gegen 1 Stimme, die über dem Portal des Reichstages eingemeißelte, weithin sichtbare und verpflichtende Inschrift "Dem Deutschen Volke" gegen die Bezeichnung "Der Bevölkerung" auszutauschen. Zur "Einleitung dieses künstlerischen Prozesses" einigten sich diese volksentfremdeten vaterlandslosen Gesellen aus CDU, SPD, FDP, PDS und Grünen (darunter 7 Frauen) in diskret-exklusiver -- der öffentlichen Resonanz nach zu urteilen --, nahezu geheim durchgeführter Sitzung darauf, einen 20,8 m langen, 6,8 m breiten und 30 cm hohen Holztrög im Nordhof des Reichstages aufzustellen, mit Erde aus den Wahlkreisen der Bundestagsabgeordneten zu füllen und die In-

26) *Die Welt*, 10.3.1998 + *Unabhängige Nachrichten (UN)* 5/1998, S. 12.

schrift "**Der Bevölkerung**" zunächst dort aufzulegen. Dabei ließen sie keinen Zweifel daran, den nächsten Akt folgen zu lassen, waren sie doch von den Argumenten ihres US-Gastes, dem sie zudem 300.000 DM Honorar zubilligten, geradezu aufgewühlt:

◆ Die Begriffe "deutsch" und "Volk" hätten im 20. Jahrhundert eine zwiespältige und unheilvolle Rolle gespielt.

◆ Die Widmung "Dem Deutschen Volke" sei von Anfang an nationalistisch aufgeladen gewesen.

◆ Sie diskriminiere Millionen Einwanderer der vergangenen Jahrhunderte bis in die Gegenwart. Es dürfe jedoch nicht sein, daß ihr Ahnenpaß sie für die Zulassung zum deutschen Volk diskriminiere.

◆ Die Beschlüsse des Bundestages beträfen alle Bewohner der BRD, gleichgültig, ob sie auf Grund irgendeiner Begriffsbestimmung zum deutschen Volk gehören oder nicht.

◆ Deshalb könnten die Deutschen nicht länger die Exklusivität für sich in Anspruch nehmen, wie sie in der bisherigen Widmung am Portal des Reichstages zum Ausdruck komme.

◆ Alle Bundestagsabgeordneten müßten sich dazu bekennen, daß die nationalistische Parole an der Fassade des Reichstages -- des heutigen Bundestages -- endlich korrigiert werde.

Der Konsens zwischen dem ungebetenen ausländischen, durch niemanden legitimierten "Künstler" und den Künstler-Beirats-Vertretern der br-"Bevölkerungsparteien" war mit einer Gegenstimme flugs hergestellt.²⁷⁾

Fehlt jetzt noch der Hygieniker von der anderen Küste des Atlantik, der aus Gründen der "politischen Hygiene" -- ähnlich wie einzelne Banken kürzlich ihre Kontokündigungen gegenüber rechten Parteien und Organisationen begründeten -- sich um die Reinigung des Amtseides für brd-Politiker bemüht und ihnen anrät, ihre Kraft nicht mehr "dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm abzuwenden", sondern -- zumal sich sowieso kaum ein Eidleister daran hält -- "**der Bevölkerung**". Aus selbigen Gründen der "politischen Hygiene" wäre dann auch der Art. 56 des Grundgesetzes progressiv aufzubessern. Weiterhin wäre die Staatsbürgerschaft in "**Bevölkerungsmitbürger -- Bevömibü -- im ehemaligen Deutschland**", und das Gelöbnis der Bundeswehrsoldaten zu ändern, dahingehend, nicht mehr "**das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen**", sondern jene der Bevömibü auch am Hindukusch und im Sudan. Der Strafparagraph 130 "Volksverhetzung" verlöre ebenso an Bedeutung wie das Richterpostulat "Im Namen des Volkes" -- "des deutschen Volkes" war sowieso schon längst gestrichen worden -- Recht sprechen zu sollen. Die "Bevölkerung" sei jetzt Maßstab für alles.

Solange im übrigen "das Volk" den Art. 20, Abs. 2 GG "**Alle Macht geht vom Volke aus**" nicht selbst abgeschafft hat, bleibt alles wichtig, was von einer "Multikulti-Bevölkerung" Gewählte in deutschen Belangen entscheiden.

Diesen "Parlamentariern" empfehlen wir allerdings nicht, andere Völker mit analogen Ratschlägen zu behelligen. Ihnen würde es gewiß übel ergehen. Ihr Betrug, sich selbst als Vertreter von "Volksparteien" auszugeben, die sich in Wirklichkeit alle zusammen allenfalls auf 3% der Bevölkerung als Parteimitglieder stützen können, ist dort längst bekannt.

Der Spiegel warf Bundesaußenminister **Joschka Fischer** bereits im Jahr 2000 Volksverrat vor, ohne allerdings diesen

27) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, Oberhausen 1/2000. -- Dort Namen und Fotos der Abstimmungsbeteiligten.

hierfür zuständigen Begriff zu verwenden und auch ohne den für "die Richtlinien der Politik" verantwortlichen Bundeskanzler **Gerhard Schröder** mit einzubeziehen:

"Friedrich Merz hat mit seiner »deutschen Leitkultur« Unruhe in alle Parteien getragen, auch in die eigene CDU. Die Regierung sieht die Union auf dem Marsch nach rechts.

Als es ums Volk ging, ums Deutschsein und um eine blühende Nation, kriegte der Streit in der Partei eine selbstzerstörerische Qualität.

'Ich liebe Deutschland', bekannte mit fester Stimme die aus der ehemaligen DDR stammende Vorsitzende Angelika Merkel. Worauf ihr ein westdeutscher Parteifreund wütend 'Deuschtümelei' vorwarf. Die 'völkische Diktion' seiner Parteichefin erbitterte ihn zutiefst. ...

Bundespräsident Johannes Rau empörte sich über die Merz-Forderung, die suggeriere, daß die Deutschen 'die höchste Kultur' hätten ...

Einst hatte der schnoddrige Ex-Sponti Joschka Fischer im Bundestag die Rechten aller Parteien zur Weißglut gereizt mit seinen Attacken gegen den »alten nationalistischen Dreck«. Jetzt ärgert sich der Außenminister, ... daß Merz 'nach Stammtischen schielt', während überall im Lande wieder Synagogen von der Polizei gegen neonazistische Anschläge geschützt werden müssen. ...

Der Ex-Straßenkämpfer Joschka Fischer verkörpert jene deutschen Linken, die sich als wahre Sachwalter des aufgeklärten Antifaschismus empfinden. ...

Der CDU-Politiker vermittelte ein 'einwanderungsfeindliches Bild von Deutschland', polterte Fischer. ...

Bei diesem Thema »Leitkultur« 'gehe ihm das Maul über', gibt Fischer freimütig zu. ...

Hat nicht seine (Schröders) Regierung mit einem 'modernen' Staatsangehörigkeitsrecht bereits das Deutsche auf eine völlig neue Grundlage gestellt? Die Abkehr vom 'wilhelminischen' Abstammungsrecht gilt den regierenden 68ern von SPD und Grünen als ein zentrales Signal der Integrationsbereitschaft.

Und hat Gerhard Schröder nicht die Green Card für Deutschland erfunden und durchgesetzt, damit sich die neuen Firmen mit ausländischen Fachkräften versorgen können? ...

Ginge es nach Fischer, tauchte die Bezeichnung »deutsch« in der Außenpolitik am besten gar nicht auf. Er weigert sich, ein nationales Interesse in der Außenpolitik zu definieren. Wenn es überhaupt ein solches deutsches Interesse gäbe, dann sei es am besten aufgehoben in der politischen Praxis internationaler Verbände wie der EU, der Nato oder den Vereinten Nationen." ²⁸⁾

Prof. Dr. Robert Hepp prangert in seinem Buch "Die Endlö-

28) *Der Spiegel* Nr. 44, 30.10.2000, S. 30 - 32.

Nach Rinderwahnsinn BSE die neue Seuche: BuV*!

Neuester Höhepunkt der Verseuchung:



Der sogenannte
BRD-Kulturminister
Naumann
beschimpft die
Wehrmacht
als
»marschierendes
Schlachthaus«
und
»Retungsmaschine«.

*) Beleidigung Unserer Väter, Beschimpfung Unseres Volkes

Michael Naumann, von Bundeskanzler Gerhard Schröder aus den USA herangeholter Bonner Staatsminister. Aussage im Februar 1999 anlßlich der Berliner Filmfestspiele.

sung der deutschen Frage" nicht nur die Überfremdungspolitiker aller Systemparteien als solche an, sondern auch ihre trotz Demokratie und Pluralismus durchgesetzten Geheimhaltungsmethoden:

"Die Altparteienkoalition der Ausländerpolitiker ist sich darin einig, daß die »unpopulären Maßnahmen«, die sie für erforderlich hält, unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne Rücksicht auf die nichtveröffentlichte Volksmeinung beschlossen werden müssen. Über die Zukunftsfragen der deutschen Nation wird daher von sorgfältig ausgelesenen »Experten« hinter verschlossenen Türen verhandelt. ... Wo sich eine Opposition formiert, wird mit Polizeistaatsmethoden durchgegriffen. Mit einem massiven Propagandafeldzug, dem sich die Medien

bereitwillig anschließen, bemüht sich das Establishment, jeden möglichen Widerstand schon im Keim zu ersticken und die Bevölkerungsmehrheit zu schweigendem Gehorsam zu zwingen." ²⁹⁾

Wer die ethnische und kulturelle Homogenität seines Heimatlandes hintertreibt, ist, um das mindeste zu sagen, ein "vaterlandsloser Geselle". Er erfüllt die in den Strafparagraphen 81 - 92 erwähnten Tatbestände der Strafgesetzbücher des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des Dritten Reiches!

"Da die EU-Verfassung in das Grundgesetz tief eingreife sowie seine Basis verändern würde und die Grenzen endgültig überschreite, welche das Grundgesetz für die Integrationspolitik der staatlichen Organe in die Europäische Union zieht",

hat der bayerische CSU-Politiker **Dr. Peter Gauweiler** im Frühjahr 2005 mit einer Verfassungsbeschwerde per Einstweiliger Verfügung versucht, für diese gravierende Entscheidung eine Volksabstimmung zu erzwingen. Das nach parteipolitischen "Proporz" zusammengesetzte Bundesverfassungsgericht verwehrte dem Volk diese Mitbestimmung und begründete (sinngemäß):

"Die im parlamentarischen Binnenrecht vorgesehenen Voraussetzungen eines ordnungsgemäßen Gesetzgebungsverfahrens seien auch dann einzuhalten, wenn dem deutschen Volk eine Abstimmung über die Annahme der EU-Verfassung verweigert wird." ³⁰⁾

Da die EU-Verfassung in nahezu allen Bereichen der Politik die Kompetenzen der nationalen Parlamente und Regierungen entscheidend einschränkt, ohne daß vorher die Unrechtsstrukturen von 1945 für das deutsche Volk revidiert worden sind, wurde mit Zustimmung der brd-Politiker das deutsche Volk in eine neu formulierte Unrechtskonstruktion gezwungen und entmündigt gehalten.

29) Robert Hepp, "Die Endlösung der deutschen Frage", Tübingen 1988.

30) *Deutsche Nationalzeitung*, München, 5. Mai 2005, S. 2.

Ehrenerklärung Dr. Adenauers für die deutschen Soldaten

Wie anders nehmen sich demgegenüber noch die Aussagen des "Bundeskanzlers der Alliierten"³¹⁾ Konrad Adenauer aus, der am 5. April 1951 vor dem Bundestag erklärte:

*"Der Prozentsatz derjenigen, die wirklich schuldig sind, ist so außerordentlich gering und so außerordentlich klein, daß damit der Ehre der früheren deutschen Wehrmacht kein Abbruch geschieht."*³²⁾

Und am 3. Dezember 1952 vor dem Bundestag:

"Wir möchten heute und vor diesem Hohen Hause im Namen der Regierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Rahmen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, zu Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Wir sind überzeugt, daß der gute Ruf und die große Leistung des deutschen Soldaten in unserem Volk noch lebendig geblieben sind und auch bleiben werden. Es muß auch gemeinsame Aufgabe sein, und ich bin sicher, wir werden sie lösen, die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen."

Dr. Adenauer ergänzte diese Aussage wenige Tage später, am 17.12.1952, noch in einem Brief an den Senior der Waffen-SS und Sprecher der Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG), Paul Hausser, mit den Worten:

"Sehr geehrter Herr Generaloberst! Einer Anregung nachkommend teile ich mit, daß die von mir in meiner Rede am 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben."

*Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr Adenauer."*³³⁾

Der Bundesminister der Justiz

Bonn, den 2. Januar 1961
Postfach
Tel. 20171
Hausruf 225

- 9250/1 II - 25 244/60 -

Betr.: Rechtswirkung des Urteils im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß gegen die Waffen-SS

Besugi: a) Ihre Schreiben vom 14. Juni und 30. September 1960
b) mein Schreiben vom 19. November 1960

Das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg vom 1. Oktober 1946, durch das die SS einschließlich der Waffen-SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt worden ist, hat nach dem Recht der Bundesrepublik keine Rechtswirkungen für die ehemaligen Angehörigen der SS und der Waffen-SS. Das Urteil hat nur deklaratorische Bedeutung. Niemand kann auf Grund dieses Urteils wegen seiner bloßen Mitgliedschaft in der SS strafrechtlich verfolgt werden. Eine Strafverfolgung ist nach den in der Bundesrepublik geltenden Gesetzen nur möglich, wenn sich ein Mitglied der SS persönlich einer Straftat schuldig gemacht hat.

Ich darf Sie weiter darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik - aus hier nicht näher zu erörternden Erwägungen - eine ausdrückliche, vertragliche Anerkennung der von alliierten Militärgerichten in Deutschland gefällten "Kriegsverbrecherurteile" - dazu gehört auch das Urteil des IMT vom 1. Oktober 1946 - vermieden hat. Dies ergibt sich aus §§ 6 und 7 des Überleitungsvertrages in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (Bundesgesetzbl. II, S. 405).

Nach internationalem Recht, d.h. nach Völkerrecht, ist die Rechtslage nicht anders. Wie die Frage nach dem Recht der sowjetisch besetzten Zone zu beurteilen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Mir ist jedoch nicht bekannt geworden, daß in der sowjetisch besetzten Zone jemand allein deshalb Verfolgungen oder Nachteilen ausgesetzt ist, weil der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg die SS als verbrecherische Organisation erklärt hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag
Schätzi

Beglaubigt
SA

Das nebenstehende Schreiben des Bundesjustizministers vom 2. Januar 1961 sei hier in seinem Inhalt nicht bestritten. Dennoch verwundert es angesichts der brd-Verpflichtungen im sog. Überleitungsvertrag vom 31. März 1955, in dem jegliche alliierten Besatzungsgesetze und Gerichtsurteile deutscherseits mit rückwirkender Kraft vollinhaltlich anerkannt werden mußten und die Bundesrepublik sich zu verpflichten hatte, auch in Zukunft sich an die dort praktizierten Rechtsgrundsätze zu halten.

Der Öffentlichkeit ist bisher nicht bekannt geworden, in welchem Maße im Verlauf der nachfolgenden Jahre Ausnahmeregelungen vereinbart worden sind. Um eine solche scheint es sich hier zu handeln.

Über die Grundsatzverdikte der Alliierten gegen Deutschland, nämlich die einseitig diktierte Kriegsschuld der Reichsführung mit allen daraus zu ziehenden Konsequenzen, scheint den Bundesbehörden jedoch nach wie vor keine abweichende Meinung erlaubt zu sein, denn zu unverständlich für einen normal gebildeten Menschen sind die geistlose Bekämpfung aller Sachargumente und ebenso die unaufhörlichen geistlosen Beschwörungsrituale über die deutsche Schuld an den Weltkriegen.

31) Aussage des damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher.

32) Das Lexikon der antideutschen Fälschungen, FZ Verlag München 2003, S. 108.

33) Erich Kern, "Verheimlichte Dokumente", München 1988, S. 369 + Adolph Auffenberg-Komarow, "Die besten Soldaten der Welt", München 1994, S. 31.

Gesonderter Einfluß in Deutschland

Europäischer Karlspreisträger

Winston Churchill,

dessen kriegstreiberische Tätigkeit seit Versailles 1919, an deren Konferenz er bereits als britischer Kriegsminister teilgenommen, aber dort den Krieg gegen Deutschland nicht beendet hatte (von ihm stammt das Wort vom "30-jährigen Krieg gegen deutschen Angriff, beginnend 1914"),

der alle Friedensbemühungen **Hitlers** hintertrieb ("dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands", "1940 hätten wir mit Leichtigkeit Frieden schließen können ohne Einbuße für das britische Empire, aber wir wollten nicht"),³⁴⁾

der den grauenhaften zivilen Luftkrieg "gegen die Arbeitsviertel der deutschen Großstädte" schon ab 1925 geplant und ab 1940 in immer größere Dimensionen ausgeweitet hatte,

-- dieser Mann erhielt 1953 den Nobel-Preis für Literatur und 1956 "für seine Verdienste um Europa" den "europäischen Karlspreis" in Aachen.

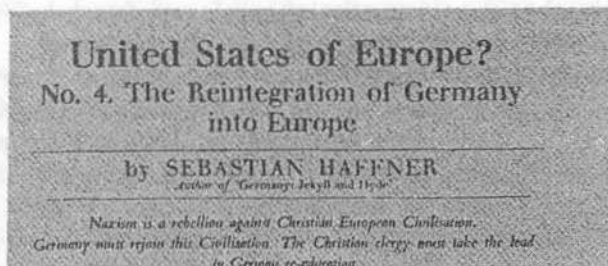
Volksverleumder geehrt

Hans Habe, früher Janos Bekessy, u.a. Ungar, 1940 als "internationaler Korrespondent aus Europa" bereits zum "bestseller"-Autor hochstilisiert, bevor er überhaupt die englische Sprache beherrschte und Maßgebliches geschrieben hatte, kehrte 1945 als US-Offizier nach Deutschland zurück und begründete und leitete im amerikanischen Besatzungsgebiet die ersten Lizenzzeitungen. Er bekannte, kaum in den USA eingebürgert, ab 1940 mitgeholfen zu haben, "das großenteils ungebildete amerikanische Volk, dem der Unterschied zwischen deutschem Volk und Nazis" nicht beizubringen war, kraft "unserer Propaganda zum Kampf gegen das ganze deutsche Volk und seiner Vernichtung gefügig gemacht zu haben".³⁵⁾

Im Jahr 1977 erhielt **Hans Habe** den "Konrad Adenauer-Preis" der "Deutschland-Stiftung e.V."

Mordpropagandist beglückwünscht

Sebastian Haffner, ursprünglich **Dr. Raimund Pretzel**, von 1936 bis 1938 als freier jüdischer Journalist in Berlin tätig, hatte in der britischen **World Review** im August 1942 auf S. 13 unter der Überschrift "United States of Europe -- The Reintegration of Germany into Europe" als "Voraussetzung einer



Wiederaufnahme Deutschlands in die europäische Zivilisationsgemeinschaft die Ermordung von mindestens 500.000 jungen SS-Männern" gefordert bzw. diese Forderung anderen "Führungsdemokraten der Zivilisationsmächte" unterlegt

und als "normal" anzusehende Kriegszielerwartung dargestellt. Der **Völkische Beobachter** hatte im Dezember 1942 diese amtlich geduldete Zielvorstellung der USA und Großbritannien in Deutschland wiedergegeben. Es handelte sich um eine neue Variante der bereits bekannten Pläne von **Theodore Nathan Kaufman** und **Louis Nizer** aus den USA.

Im **Bulletin** des Presse- und Informationsamtes vom 3.1.1983 steht es: dieser Mann erhielt von Bundespräsident **Karl Carstens** zu seinem 75. Geburtstag Glückwünsche. Ein Jahr später -- 1984 -- beschwor **Haffner** die Deutschen, ja auf die Wiedervereinigung zu verzichten, da dieses Bestreben "unweigerlich zum Krieg führen würde".

Verbrechensbeteiligter an Deutschen geehrt

Marcel Reich-Ranicki, 1920 geborener Sohn polnisch-jüdischer Eltern, erhielt zur Jahreswende 2001/2002 "für seine Verdienste für Deutschland" als "ehrvoller deutscher Literaturkritiker" das Große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland.

Seine "Verdienste" begründete er 1945 als polnisch-kommunistischer Geheimdienst-Kapitan im soeben erst von russischen Truppen "befreiten" Kattowitz. Dort war er Leiter der Operativen Abteilung der berüchtigten UB, des polnisch-kommunistischen Geheimdienstes. Diese betrieb in Oberschlesien 227 Gefängnisse, Arbeits- und Konzentrationslager für Deutsche. Den Untersuchungen des jüdisch-polnisch-us-amerikanischen Historikers **John Sack** zufolge war **Reich-Ranicki** verantwortlich für die bestialische Ermordung von 80.000 - 100.000 wehrlosen deutschen Zivilisten einschließlich Frauen und Kindern. Ihm unterstand seinerzeit auch der massenmordende jüdische Lagerkommandant von Schwientochlowitz, **Schlomo Morel**, der sich späterer Verfolgung durch Flucht nach Israel entzogen hat.³⁶⁾



34) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 47 ff, 261 ff, 330 ff + HT Nr. 19.

35) Vergl. **Historische Tatsachen** Nr. 27, S. 19 ff.

Ein gegen **Marcel Reich-Ranicki**, früher Marcell Reich, 1995 angestregtes Strafverfahren wegen Völkermord u.a. mit Beweisangebot von 7 Zeugen, wurde seitens der Staatsanwaltschaft Frankfurt/M zunächst hinausgezögert, dann wegen behaupteter "Verjährung" eingestellt. Für solche Leute gibt es "Amnestie" und "Verjährung"! Im Berufungswege hat dann der hessische Justizminister das Verfahren "an sich gezogen", ohne je zu einem Ergebnis zu führen. Der Beschuldigte brauchte sich über seine damaligen Tätigkeiten nicht zu äußern.³⁷⁾

1948 übernahm **Reich-Ranicki** im Auftrag seines Geheimdienstes das Generalkonsulat Polens in London und denunzierte mit seinen 50 Agenten "verdienstvoll" bis 1950 nationalgesinnte Polen an seine kommunistischen Instanzen in Warschau. War er schon vor seiner Londoner Zeit bei der Polnischen Kontroll- und Militärmission in Berlin tätig, so übersiedelte er im Februar 1957 -- offenbar in gleicher Geheimdienstmission -- in die Bundesrepublik Deutschland. Seine anfängliche Nebenbeschäftigung scheint er später zur Haupttätigkeit entwickelt zu haben: Kritik zu üben an der "Meinung der Deutschen". Zur Schützenhilfe standen ihm genügend schon Etablierte der *Zeit*, *Frankfurter Allgemeine*, des *Spiegel* und im Fernsehen zur Seite.

Betrug vom Staat bezahlt

Der langjährige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Werner Nachmann**, hat, wie sich nach seinem Tod herausstellte, Wiedergutmachungszahlungen in Höhe von mehreren Millionen DM veruntreut. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, **Lothar Späth** (CDU), sagte sogleich zu, aus deutschen Steuergeldern mit rund 7 Millionen Ersatz zu liefern. Die Bundesregierung übernahm der Öffentlichkeit gegenüber verschleiert den Rest:

*"Man sei sich im Grundsatz einig, daß die durch Nachmanns Millionen-Schiebereien geschädigten Personen auf gar keinen Fall unter den Verfehlungen eines einzelnen leiden dürfen."*³⁸⁾

So können die nachfolgenden Repräsentanten dieser etwa 0,001 %igen Bevölkerungsminderheit dann entsprechend weitermachen. Und **Ignatz Bubis** tat es. Sein mysteriöser Tod steht mutmaßlich im Zusammenhang mit dem Verschwinden von "über 2 Milliarden DM Wiedergutmachungsgelder", das der Jewish Claims Conference, deren Vizepräsident **Bubis** inzwischen geworden war, im Spätsommer 1999 aufgefallen war. Dem deutschen Fernsehen verweigerte **Bubis** kurz vor seinem Tod bohrende Fragen.³⁹⁾

Kurz vorher hatte Bundespräsident **Richard v. Weizsäcker** **Werner Nachmann** zu seinem 60. Geburtstag noch mit den Worten gratuliert:

"Ihr ganzes Leben ist ein überzeugendes Bekenntnis zum Friedensgeist Ihrer Religion, deren Kinder auch wir Christen sind, und das Zeugnis eines großen menschlichen Herzens. Stets haben Sie nach vorne geblickt und uns gemahnt, um der Zukunft willen, die Vergangenheit nicht zu vergessen. Was Sie zum inneren Frieden der Deutschen, dies Wort in seiner tiefen

36) John Sack, "Auge um Auge", Hamburg 1995.

37) Hennecke Kardel, "Marcel Reich-Ranicki", Hamburg 1998, S. 6 + f.

38) *Deutsche Nationalzeitung*, München, 17.2.1989.

39) Hennecke Kardel, "Bubis Republik Deutschland", Hamburg 1998 + Informations- und Dokumentationsdienst, Verlag für ganzheitliche Forschung, Viöl, Nr. 23/2000, Folge 1/1270.

*Bedeutung genommen, beigetragen haben, ist kaum zu beschreiben."*⁴⁰⁾

Bundeskanzler **Helmut Kohl** hatte aus gleichem Anlaß **Werner Nachmann** gratuliert und ihm u.a. bescheinigt, er habe "das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik nachhaltig mitgestaltet". Die *Jüdische Allgemeine* bestätigte hierzu eine Einzelheit, als sie darauf verwies, daß **Werner Nachmann** vom Bundesfinanzminister verlangte, die steuerliche Behandlung der deutschen Traditionsverbände nachzuprüfen und Begünstigungen zu eliminieren. Das Bundesfinanzministerium hat sich beeilt, mitzuteilen, daß per Erlaß vom 23. Mai 1983

*"keinem Traditionsverband von Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS die steuerliche Gemeinnützigkeit zuerkannt wird."*⁴⁰⁾

Etwa zur gleichen Zeit erschien mit Vorspann "BONN (dpa)" ein Zeitungsartikel folgenden Inhalts:

"Das wöchentlich erscheinende Vertriebenenblatt »Der Schlesier« hat im Zusammenhang mit dem Gedenken in der Bundesrepublik an die mit der »Kristallnacht« vor 50 Jahren eingeleiteten antijüdischen Ausschreitungen Kritik an Repräsentanten des Staates und führenden Politikern geübt. ..

»Da sitzen sie alle friedlich beisammen, Weizsäcker, Honecker, Diepgen, Sindermann, Willy Brandt, Kohl, protestantische und katholische Bischöfe, Gewerkschafter und Arbeitgeberführer, verkleiden sich als Juden und dreschen einmütig auf ihr Volk herunter.«"

Da war wohl jemandem "der Kragen geplatzt". Der Bund der Vertriebenen hat sich von dem Beitrag distanziert.

Deutscher Verein zur Förderung des Israel-Museums gegründet

"Bundespräsident Richard von Weizsäcker gab in der vergangenen Woche in seinem Berliner Amtssitz Schloß Bellevue einen Empfang für den neugegründeten Deutschen Verein zur Förderung des Israel-Museums in Jerusalem, das 1965 vom Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek gegründet worden war. Kollek bedankte sich bei diesem Empfang bei den Vereinsmitgliedern und dem Bundespräsidenten für die Unterstützung und überreichte von Weizsäcker eine 1560 in Hannover gedruckte Weltkarte mit Jerusalem im Zentrum.

Der Vorsitzende des Fördervereins mit Sitz in Berlin, der frühere Intendant der Hamburgischen Staatsoper, Rolf Liebermann, schenkte dem Bundespräsidenten einen etwa 3.000 Jahre alten elfenbeinernen Granatapfel aus dem Ersten Tempel Salomons, der seinerzeit von dem babylonischen König Nebukadnezar völlig zerstört worden war.

Von Weizsäcker bezeichnete das Israel-Museum in Jerusalem als »ein Museum, wie ich es kein zweites Mal auf der Welt kenne«. Das Museum mache deutlich, »welche prägende, tragende Rolle die Kultur für das Zusammenleben der Menschen spielt«.

Er erinnerte daran, daß 1929 im Berliner Hotel Kaiserhof ein Jüdischer Museumsverein mit dem Ehrenvorsitzenden Professor Max Liebermann gegründet wurde. Das Jüdische Museum in Berlin blieb damals bis zum November 1938 geöffnet. Nach dem Novemberpogrom wurden die

40) *Deutsche Nationalzeitung*, München, 30.8.1985.

Ausstellungsstücke von der Gestapo konfisziert." 41)

Lothar de Maizière am 8.5.1990 in seiner Ansprache vor dem Jüdischen Weltkongreß in Ostberlin:

Toleranzpreis für Wiesenthal

Simon Wiesenthal (Bild), Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums Wien, hat den Ehrenpreis des österreichischen Buchhandels für Toleranz im Denken und Handeln erhalten. Der 86jährige hat seit 1945 über 1100 Kriegsverbrecher aufgespürt; er trug maßgeblich zur Ausforschung des später in Israel hingerichteten Adolf Eichmann bei. (dpa)



»Westdeutsche Allgemeine«, 8. November 1995

"Deutschland gibt es nur mit seinen Juden, oder es wird Deutschland nicht geben. ...

Ein künftiges Deutschland soll ein gastliches Land für Ausländer sein. ...

Die Vergangenheit lastet auf uns Deutschen... Deutsche Geistesgeschichte, deutsche Kulturgeschichte ist ohne die Deutschen jüdischer Abstammung oder jüdischen Glaubens gar nicht vorstellbar." 45)

Hört man den Mann so reden, so hätte das deutsche Volk kulturelle und zivilisatorische Leistungen aus eigener Kraft noch nie zuwege gebracht.

Mordhetzer geehrt

Im Jahr 2005 gibt es immer noch eine nach dem jüdisch-russisch-kommunistischen Mordhetzer gegen das deutsche Volk benannte **Ilja-Ehrenburg-Straße**; an der ehemaligen **Stalinalee** in Berlin (jetzt **Karl-Marx-Allee**) noch ein **Ilja-Ehrenburg-Cafe**. 46) S. 2

Da gibt es wirklich seltsame Verhältnisse bei gewissen Menschen, die sich per Rasse, Mentalität und Glauben nicht nur über alle staatlichen Grenzen und Gesetze hinweg verbunden, sich zur "Loyalität verpflichtet" fühlen, sondern sich darüber hinaus noch als sonderberechtigt gegenüber allen anderen wähnen.

Einige Kurzzitate aus dem offiziellen **Talmud** machen hier einiges deutlich:

"Auch in der Gegenwart bildet der Talmud die Grundlage für die Lebensführung von Juden, die in traditioneller Weise dem Glauben ihrer Väter anhängen. ..." 42) S. 51

Das jeweilige Landesgesetz wird anerkannt, soweit es der Weisung nicht widerspricht. ...

Aber selbst bei einem liberalen Judentum in seinen verschiedenen Ausprägungen reißt die lebendige Kontinuität nicht ab, die Mose und die Propheten über die Meister und Märtyrer des Talmud und des Mittelalters mit denen der neuesten Zeit verbindet. ... Gerade liberale Juden bejahen seinen Geist. ... 42) S. 52 - 53

Was bedeutet der »Berg Sinai«? Das ist ein Berg auf den der Haß gegen die Völker der Welt herabgestiegen ist. ...

Warum aber wird der Berg Horeb genannt? Weil dort für die Völker der Welt Zerstörung herabgestiegen ist." 42) S. 214

Was also sind das für "Weisungen", die gestatten, die Landesgesetze zu mißachten, und wer erteilt sie -- über nationale Grenzen hinweg? Obgleich es längst überfällig ist, sich von solch religiösen Bindungen zu lösen, und den auf ihn begründeten Rassenhochmut abzulegen, finden wir beim Überblick über die Weltpolitik kaum Einsicht in diese Notwendigkeit. Zur Zeit werden hemmungslos, d.h. ohne Rücksicht auf konkrete Sachverhalte des "Rassenwahns", des "biologischen Rassismus", des "Herrenrassentums", der "ns-Rassenvernichtungsideologie" 43) stets nur andere bezichtigt, die zwar Rassenunterschiede für real existierend erkannt und respektiert haben bzw. erkennen und respektieren, doch daraus keine Sonderstellung über andere Völker abgeleitet haben.

Prof. Dr. Israel Shahak -- emeritierter Professor für organische Chemie der Hebräischen Universität in Jerusalem --, der langjährig in Israel die Verhältnisse vor Ort in den jüngst vergangenen Jahren persönlich erlebt hat prangerte in seinem Buch "Jüdische Geschichte, jüdische Religion" 44) an Hand einer Fülle von konkreten Beispielen die noch heute religionsverwurzelten "Auserwähltheitsdogmen" als Ursache für die nie enden wollenden Gegensätze mit den anderen Völkern an. Solange Juden sich auf eine religiös begründete Sonderstellung unter den Völkern der Welt berufen, den anderen Völkern und Menschen somit die Gleichberechtigung verweigern, ihnen gegenüber also auch keine gleichberechtigten Sachargumente und somit Wahrheitsbezüge gelten lassen, solange ist kein Friede mit diesen Herrenrassen-Denkern möglich. In Israel erneuerte er die »Liga für Menschenrechte«; "die Menschenrechte sollten für alle in gleicher Weise gelten, nicht nur für Juden". 44) S. 14

Der eh. Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Ignatz Bubis** hatte sich einer Pressemeldung zufolge bemüht, dieses Hindernis zur Verständigung auch mit den Deutschen aus dem Wege zu räumen, doch er gestand ein, daß er nichts habe bewegen können:

"Ich habe nichts oder fast nichts bewirkt. ...

Ich wollte diese Ausgrenzerei, hier Deutsche, dort Juden, weghaben. Ich habe gedacht, vielleicht schaffst du es, daß die Menschen anders übereinander denken, anders miteinander umgehen. Aber nein, ich habe fast nichts bewegt. ...

Wir sind fremd geblieben; sicher auch, weil sich die Juden in diesem Land teilweise selbst ausgrenzen." 47)

41) *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 17.3.1989, S. 1.

42) "Der Babylonische Talmud", München, Goldmann Verlag 1963.

43) *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 24.3.1994, S. 1.

44) Israel Shahak, "Jüdische Geschichte, jüdische Religion -- Der Einfluß von 3.000 Jahren", Süderbrarup 1998 (Lühe Verlag, Postfach 1245); Originalausgabe London 1994.

45) *Deutsche Nationalzeitung*, München 22.6.1990 S. 2.

46) *Der Schlesier*, Recklinghausen 4. März 2005, S. 2.

47) *Stern*, Nr. 31 vom 29.7.1999, S. 58.

Eingeständnis

Israel Shamir, Einwanderer aus Rußland, schrieb unter dem Titel "The Handwriting on the Wall" in der Jerusalemer, russisch-sprachigen Zeitung "*Klare Sprache*" am 23. Januar 2001 zur Klarstellung der Begriffe und der Lage:

Er habe hunderte von russischen Juden über ihre Gefühle gegenüber den Palästinensern befragt. Als typische Antworten bekam er zu hören:

- " »Ich würde alle Araber umbringen«,
- »Alle Araber müssen eliminiert werden«,
- »Die Araber müssen vertrieben werden«,
- »Ein Araber ist ein Araber. Sie müssen eliminiert werden.«

Ich bin mir nicht sicher, ob sie bessere Resultate im Deutschland von 1938 erzielt hätten. Sogar die Nazis hatten vor 1941 nicht die Absicht, ihre jüdischen Feinde umzubringen. Laßt es uns sagen, wie es ist: wir waren gegen Rassismus, solange es jemandes anderen Rassismus war. Wir waren gegen die Todeskommandos und Sonderkommandos, solange sie gegen uns arbeiteten. Unsere eigenen Mörder, unser jüdisches Sonderkommando ist der Gegenstand unserer zärtlichen Bewunderung. Der jüdische Staat ist die einzige Stelle der Welt, die rechtmäßig Mordtruppen besitzt, die Politik von Meuchelmord gutheißt und Folterungen in mittelalterlichem Ausmaß praktiziert. Fürchten Sie sich nicht, liebe jüdischen Leser, wir foltern und meucheln nur Nichtjuden."

Israel benachteiligt nichtjüdische Staatsbürger

"Der Staat Israel benachteiligt offiziell Nichtjuden in vielen Lebensbereichen zu Gunsten von Juden, von denen ich drei für besonders wichtig erachte: das Wohnrecht, das Recht auf Arbeit und das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz." 44) S. 27

Die Würde der Opfer bedarf des Schutzes

Kein normaler Mensch bestreitet diese Forderung.

Nur: **Dieser Schutz muß für alle Toten gleichermaßen gelten!**

Dürfen historische Tatbestände zum Schutz der Würde der Opfer nicht verzerrt, verharmlost, verschwiegen oder geleugnet werden, so hat sich dies auszuwirken auf den Schutz der Würde der Gefallenen, Toten, Ermordeten aller Völker während des Friedens oder des Krieges!

Während Politiker und Justiz der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich die Würde der Toten bestimmter Minderheiten mittels gesonderter Straf-§§ für nicht anzuzweifelnde historische Sachverhalte schützten -- nicht einmal die Russen, Amerikaner, Briten oder Franzosen haben solches für ihre Toten erwartet, geschweige denn gefordert --, ließen sie die Toten des deutschen Volkes würdelos in jedweder Form diffamieren. Jederman darf sie tagein, tagaus entwürdigen, verunglimpfen, Dokumente und Sachverhalte fälschen, wie immer es ihm gefällt. Die Justiz sichert Meinungsfreiheit dieser Art ab.

Daß solches nicht in Ordnung ist, mit Ethik und Moral nichts zu tun hat, ist so offensichtlich, daß kein Politiker und Jurist sich damit herausreden kann, er habe diese unmoralische Handlungsbasis nicht erkannt!

Eine wesentliche Voraussetzung für würdevollen Umgang mit dem Opfergedenken ist eine von keinerlei Strafbestimmungen eingeschränkte Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung sowie Gewährleistung des Gleichheitsgrundsatzes für jeden Bürger. Grundgesetz Art. 3 schreibt diese Grundsätze zwar vor, doch Nachfolgegesetze haben sie rechtswidrig wieder aufgehoben!

Frankfurter Allgemeine Zeitung

- Seite 2 / Montag, 21. März 1994, Nr. 67

Juden verlangen Gesetzesänderung

BONN, 20. März (AP). Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat das Urteil des Bundesgerichtshofs zur Leugnung der Ermordung von Millionen Juden "mit allergrößtem Nachdruck" kritisiert und eine Gesetzesänderung gefordert. "Die bis jetzt bekanntgewordene mündliche Begründung erweckt den Eindruck einer Gebrauchsanweisung, wie man die Bestrafung wegen der Verbreitung der Auschwitz-Lüge entgegen kann, erklärte die Organisation. Das Karlsruher Gericht hatte die Verurteilung des NPD-Vorsitzenden Dekkert mit der Begründung aufgehoben, die Leugnung des Holocausts allein erfülle nicht den Tatbestand der Volksverhetzung.

Bekenntnis zur Auserwähltheit des jüdischen Volkes

Der mit zahlreichen jüdischen Orden dekorierte Bundeskanzler **Helmut Kohl** (geb. 1930),⁴⁸⁾ zwar mit "der Gnade der späten Geburt" ausgestattet, dennoch auch als deutscher Nachfahre mit einem "Kainsmal" versehen, muß für Israel schon sehr viel getan haben, um (1995) an der Hebräischen Universität in Jerusalem das Institut für Europa-Forschungen mit seinem Namen ausgestattet zu erhalten. Ohne permanente Schuldbelastung Deutschlands war das nicht zu erreichen.

Der höchstrangige us-jüdische Politiker **Henry Kissinger** hat ihn in einer Laudatio mit den Worten gekennzeichnet: *"Ich habe ihn nie als ausländischen Staatsmann betrachtet."*⁴⁸⁾

Zu der Zeit war **Helmut Kohl** Bundeskanzler der Bun-

desrepublik Deutschland!

Für Israel hatte **Kohl** im Jahr 2002 "einen privilegierten Status in seinen Beziehungen zur Europäischen Union durchgesetzt." ⁴⁸⁾ Die vielfältige Privilegierung in der Bundesrepublik besteht seit 1945.

In seiner Eigenschaft als "rheinischer Synofale" schrieb der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und spätere Bundespräsident **Johannes Rau** (geb. 1931, SPD) am 3.3.1980 in **Die Welt**:

"Wir bekennen klar, daß die Erkenntnis christlicher Mitverantwortung und Schuld am 'Holocaust' unser wichtigster Impuls zur Erneuerung unseres Verhältnisses zum jüdischen Volk gewesen ist. ... Die Kirchen sind bis in die Gegenwart hinein blind gegenüber der eindeutigen und klaren Botschaft des Neuen Testaments von der bleibenden Erwählung des jüdischen Volkes. ... Weil die Christenheit, die im jüdischen Volk entstand, sich von diesem getrennt hat und es verachtet, diskriminiert und verfolgt hat, muß sie u. E. heute 'Buße tun', d.h. sie muß 'umkehren', zurückkehren zu diesem Volke, das ihre 'Wurzel' ist. Sie muß die Juden bitten, daß sie uns als 'ihre jüngeren Brüder und Schwestern im Glauben' annehmen. Dies impliziert allerdings den Verzicht auf die Judenmission und verpflichtet uns zu brüderlicher Solidarität gegenüber den

Juden. ..." ⁴⁹⁾

1991 erhielt **Johannes Rau** wegen "seiner Verdienste um die jüdische Gemeinschaft" von der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf als erster die »**Josef-Neuberger-Medaille**«, benannt nach dem SPD-Justizminister von Nordrhein-Westfalen der Jahre 1966 - 1972, der gleichzeitig führender Zionist auch beim Jüdischen Weltkongreß war. ^{49a)}

Lothar de Maizière (geb. 1940), letzter DDR-Ministerpräsident, im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses im Juni 1990:

"Die Vergangenheit lastet auf uns Deutschen. ...

Deutsche Geistesgeschichte, deutsche Kulturgeschichte ist ohne die Deutschen jüdischer Abstammung oder jüdischen Glaubens gar nicht vorstellbar. ...

Wir sind heute noch stolz auf alle. Aber auf diese fruchtbare Symbiose fällt immer wieder der braune Schatten des Holocaust. ...

Ich habe Verständnis dafür, daß viele jüdische Bürger Sorgen vor einem vereinten Deutschland haben. Aber das vereinte Deutschland wird international verknüpft und verbunden sein, und nicht die nationale, sondern die europäische Dimension gibt den Rahmen für dieses vereinte Deutschland vor." ⁵⁰⁾

Einzigartiges nicht vergleichbar

Sprüche

Bundesjustizminister **Hans Engelhard** am 6.4.1984:

"Wenn jedoch in enger Anlehnung an Propagandamethoden des Nazi-Regimes mit scheinheiligen Pamphleten versucht wird, das NS-Regime von der historischen Tatsache der systematischen Judenvernichtung reinzuwaschen, so sind damit die demokratische Grundordnung und der öffentliche Friede angegriffen. ...

Da ist der immer wieder zu hörende Hinweis, daß das Gesetzesvorhaben in der 'zivilisierten Welt' einzig sei; aber auch Auschwitz, Buchenwald, Treblinka waren in der zivilisierten

Welt einzig. ... Angesichts des unglaublichen Unrechts, das mit dem Namen Auschwitz auf immer verbunden ist, kann das Gesetz ohnehin keineswegs der Sühne einzelner Völkermordhandlungen dienen. ...

Auch der Vorwurf der 'Einäugigkeit' geht fehl. Man kann nicht Unvergleichbares gleich behandeln -- die systematische, ja verwaltungsmäßig organisierte Eliminierung von Millionen von Menschen stand mit Kriegsverbrechen in keinem Zusammenhang. Die Judenvernichtung unter dem Nazi-Regime hatte eine Dimension, die sich mit dem Hinweis auf Verbrechen anderer Art weder vergleichen noch gar entschuldigen läßt. ..." ⁵¹⁾



"In der Kölner Synagoge (von rechts): Bundespräsident Scheel, Werner Nachmann, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Bundeskanzler Schmidt, Alexander Ginsburg, Generalsekretär des Zentralrats."

Die Welt vom 10. November 1978 vergaß für die deutschen Politiker die Vornamen: **Walter** Scheel, **Helmut** Schmidt. -- Ein Unterschied muß halt sein.

Fakten

Die Bolschewisten haben, beginnend mit ihrem Terrorssystem im Jahr 1917, nach übereinstimmendem Urteil vieler Sachkenner bis zum Ende ihrer Herrschaft in Rußland rund 67 Millionen Menschen aus politischen Motiven umgebracht, nicht nur im Krieg, sondern vor allem im Frieden.

Die chinesischen Kommunisten standen mit rund 60 Millionen politischen Mordopfern an zweiter Stelle.

Es folgten die USA mit der Ermordung von 20 - 50 Millionen Indianern.

Spanier und Portugiesen hatten in Südamerika 10 - 15 Millionen Indianer ums Leben gebracht. Britische, französische und holländische Kolonialherren zeichne-

49) Die Welt, 3. März 1980.

49a) Deutsche Wochenzeitung, 12.7.1991.

50) Deutsche Nationalzeitung, München 22. Juni 1990.

51) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.4.1984.

ten sich durch vielfache Millionen an Mordopfern aus. Allein von 30 Millionen gefangenen afrikanischen Sklaven sind rund 20 Millionen ermordet worden. Zu ergänzen sind die Opfer ihrer Opiumkriege in Millionenhöhe.

Die mittelalterlichen Glaubensverfolgungen und Hexenprozesse mit Todesfolgen werden mit 20 - 30 Millionen Menschen veranschlagt.

Der Bomben- und Vertreibungs-Holocaust 1943 - 1947 einschließlich der Hunger- und Arbeitslager für die gefangenen Soldaten, also in Kriegs- und Friedenszeiten, hat über 7 Millionen Deutsche das Leben gekostet, wobei Verwundungen und Existenzvernichtungen sowie unbegrenzte Prozesse mit ihren Opfern nicht einmal mitgeraucht sind.

-- Was also ist "singulär"? --

Der zivile Bombenkrieg der Briten und Amerikaner mit über 1

Millionen Ermordeten zivilen Deutschen und einer zusätzlichen Million Japaner, Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki sowie die Feuerstürme in Dresden, Tokio und vielen anderen Städten waren weltweit dokumentiert singuläre, nicht vergleichbare Verbrechen. Sie wurden begangen an bereits militärisch besiegten Völkern.

Zur Beweisführung bedurfte es keiner zweifelhaften Erlebniszeugen, keiner gefälschten oder geheimgehaltenen Dokumente, keiner Foltergeständnisse von Gefangenen, keiner "Geheimreden" führender Gegner, keiner Rechtskodifizierungen und/oder Prozeßstrategien der Sieger in eigener Sache. Die Beweislage bleibt ohne solche Manipulationen in bezug auf Urheber, Motive, Mitwisser, Zeitpunkt, Tathergang, Ausmaß und Folgewirkungen unbestreitbar zeitlos offenkundig!

Verlogene deutsche Kriegsschuld als Begründung für alles

Die Behauptung der Siegermächte, Deutschland sei am Ausbruch der beiden Weltkriege allein schuld, gehörte von Anfang an zu den Grundsatzaussagen sämtlicher Lizenzparteien und -Organisationen, die sie sogleich in Schulrichtlinien für alle Lehrer, in der politischen Bildung, in Amtsblättern und den "demokratischen Bekenntnisritualen" verankert haben.

Folgt man den täglichen Betroffenheits-Beteuerungen der brd-Politiker, so gab es im Europa des 20. Jahrhunderts neben Kaiser Wilhelm II. nur einen einzigen "Täter": Adolf Hitler, natürlich dann das zugehörige "Tätervolk", die Deutschen. Alle anderen waren "Opfer", vor ihrem Verhängnis friedliebend, zurückhaltend, schwach, tatenlos, nur auf Humanität bedacht, ohne politische Ambitionen, so unbedeutend, daß man sie gar nicht erst zu erwähnen braucht. Alle Reibungen und Konflikte "gingen von Deutschland aus", -- wegen eines "Wahnsinnigen", "Aggressionslüsternen", "Massenwahn erzeugenden Hassers"! Dabei

"fehlte **Hitlers** Weltanschauung jeder originäre Gedanke. Alles war schon vor ihm da: der zum biologischen Rassismus gesteigerte Judenhaß, ebenso wie der Affekt gegen die Moderne und die Utopie einer ursprünglichen agrarischen Gesellschaft, die zu ihrer Verwirklichung des »Lebensraumes« im Osten bedurfte. Sein eigener Beitrag bestand außer in der weiteren Vergrößerung, Vereinfachung und Brutalisierung des von anderen übernommenen Weltbildes im wesentlichen in der fanatischen Besessenheit und massenpsychologischen Begabung, mit der er sich selbst zum wichtigsten Propagandisten und Programmatiker des Nationalsozialismus emporhob." ⁵²⁾

So Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** am 9. November 1988 in Bonn, als ihm noch applaudiert wurde. Wir haben die Rede noch einmal ganz durchgelesen und außer **Goebbels** und **Himmler**, die mit gefälschten "Dokumenten" zitiert wurden, von keinem anderen "Täter" erfahren, aber auch nichts Konkretes über die tatsächlichen Zusammenhänge, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geführt haben. Dieses Beispiel ist typisch für die Methode, mit der das deutsche Volk tagein tagaus offiziell traktiert wird.

Dr. Konrad Adenauer auf dem Parteitag der CDU am 28. März 1953:

"Das deutsche Volk hat diesen Krieg in Szene gesetzt und der Nationalsozialismus hat die Brandfackel geschwungen und alles in Brand gesetzt." ⁵³⁾

Diesen Unsinn konnte dieser erfahrene Mann selbst nicht geglaubt haben, wie auch seine 3 Monate zuvor abgegebene Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten erweist. Als "Kanzler der Alliierten", so der SPD-Vorsitzende **Kurt Schumacher**, mußte er offensichtlich seine obligatorischen geschichtswidrigen Sprüche klopfen.

Die vorbehaltlose Kriegsschuldbelastung Deutschlands gehörte von "der Stunde 0" an zum Ritual der Kollaborationsopportunisten, die die Anklagen und Sühneforderungen der

Alliierten gegen Deutschland noch zu überbieten trachteten. Ein Aktenstudium brauchten sie dafür nicht. Nach der "bedingungslosen Kapitulation" konnte ihnen in Deutschland ohnehin niemand mehr widersprechen.

Kaum hatte der us-amerikanische Prof. **David Hoggan** sein umfassendes Werk "Der erzwungene Krieg" veröffentlicht und sollte 1965 im Ruhrgebiet mit dem "**Leopold-v.-Rancke-Preis**" und in Heidelberg mit dem "**Ulrich-v.-Hutten-Preis**" geehrt werden,

"mißbilligte die Bundesregierung unter dem Beifall aller Bundestagsabgeordneten die Geschichtsklitterung **Mr. Hoggans** und die Preisverleihung durch die »Rechtsradikalen«",

obgleich zu jenem Zeitpunkt noch niemand von der Bundesregierung dieses Buch überhaupt hätte gelesen haben können. **Sachargumente wurden in der Bundestagsdebatte nicht vorgetragen!** Dafür hatte Bundesinnenminister **Hermann Höcherl**, der die Ehrung **Hoggans** für "grobe Unfug"

52) *Frankfurter Allgemeine*, 11. November 1988, S. 6.

53) H. Bernhardt, "Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte", Pr.-Oldendorf 1988, S. 350.

erklärte, sogleich eine Untersuchung des Bundesverfassungsschutzes durchführen lassen.

Edmund Stoiber als bayerischer Innenminister (CSU) im Interview der *Süddeutschen Zeitung* am 30.6.1989, S. 15:

"SZ: Auf welche Normen stützen Sie sich, wenn Sie sagen, die Republikaner sind auf derselben Stufe oder in derselben Kategorie zu sehen, wie NPD oder DVU?"

Stoiber: Das Entscheidungskriterium enthält Art. 21 des Grundgesetzes, der Parteien für verfassungswidrig hält, deren Ziele und Verhalten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Bei der DVU und der NPD gibt es eine Reihe von Gründen, warum sie als verfassungsfeindliche Parteien eingruppiert werden; da ist zum Beispiel die NS-Apologie: das Bestreiten und die Relativierung der Kriegsschuld der Nationalsozialisten und die Verharmlosung der Verantwortlichkeit für die Verbrechen, die sie begangen haben."

Die Kriegsschuld Deutschlands zu bestreiten ist also ein "Beweis für undemokratisches Verhalten"! Gleiches gilt für Untersuchungen behaupteter deutscher Kriegsverbrechen und -ziele, sofern dies zu unerwünschten, Deutschland entlastenden, Ergebnissen führt! **Wer also nachdenkt und nachprüft, was einem alles so erzählt wird, ist kein Demokrat, sondern ein "verfassungsfeindlicher Extremist"!**

Bundesjustizminister **Hans Engelhard** hatte schon in der Diskussion um den Entwurf des "Neonazismus-Gesetzes" (21. Strafrechtsänderungsgesetz 1985) "die Demokratische Grundordnung und den öffentlichen Frieden angegriffen" gesehen, falls jemand in Schriften "auch ohne aggressiv-kämpferische Tendenz" "in verdeckter Form" und "auf subtile Weise" "in geschickter Darstellungsform durch die Ma-

Gemeinsames Amtsblatt

des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

- Teil I -

Kultusminister

41. Jahrgang

Düsseldorf, den 15. August 1989

Nummer 8

An die
Lehrerinnen und Lehrer
in Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr des 40. Geburtstages der Bundesrepublik Deutschland erinnern wir uns auch des Ausbruchs der beiden Weltkriege in diesem Jahrhundert (vor 75 Jahren: Beginn des Ersten Weltkrieges, vor 50 Jahren: Beginn des Zweiten Weltkrieges). Dies sind zwei Ereignisse, die für das Selbstverständnis der Deutschen von großer Bedeutung sind:

Im Juli 1914 drängten Kaiser Wilhelm II., die oberste Heeresleitung und die Reichsregierung das verbündete Österreich-Ungarn zum Krieg auf dem Balkan. Sie signalisierten ihre Bereitschaft zu eigenen militärischen Aktionen gegen Frankreich, Rußland und England. Der deutsche Einmarsch in neutrale Länder und der damit eröffnete Angriff auf Frankreich, getragen von vielen begeisterten Kriegsfreiwilligen, kosteten den Ersten Weltkrieg aus.

Etwa 20 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ging von deutschem Boden eine neue bewaffnete Aggression gegen die Völker Europas aus. Am 1. September 1939 begann das nationalsozialistische Deutschland den Überfall auf Polen, der zum Auftakt des Zweiten Weltkrieges wurde. Mit den Kriegszügen gegen Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland, die skandinavischen Staaten, die Balkanländer und gegen die Sowjetunion schuf die deutsche Wehrmacht die Voraussetzungen für das deutsche Terrorregime über die anderen Völker, dem sich viele Verfolgte auch nicht mehr durch Flucht entziehen konnten.

Die kriegsverursachende Rolle deutscher Machthaber und großer Teile der deutschen Öffentlichkeit ist in beiden Fällen erwiesen. Dies hinderte und hindert nationalsozialistische Kreise nicht daran, die Schuld und die Verantwortung der Deutschen herunterzuspielen.

Der Kriegsschuldartikel des Versailler Friedensvertrages von 1919 weckte in Deutschland verhängnisvolle Revanchegedanken, die von der Propaganda der nationalen Rechten, insbesondere von den Nationalsozialisten, aufgegriffen wurden.

In den sechziger Jahren lebte die Debatte über die Kriegsschuld im Ersten Weltkrieg wieder auf, als von Historikern nachgewiesen wurde, daß die deutsche Kriegszieleplanung bewußt auf das Risiko eines präventiven, vermeintlich lokal begrenzten Krieges gesetzt hatte.

Die Erschütterung der deutschen Niederlage 1945 hat dafür gesorgt, daß am Angriffscharakter der deutschen Feldzüge des Zweiten Weltkrieges lange Zeit nicht öffentlich gezwifelt wurde. Doch auch hier gibt es Versuche, die Schuld zu relativieren.

Es gibt Kreise, die den nachwachsenden Generationen einreden wollen, das nationalsozialistische Deutschland habe mit seinen Kriegen gegen Osten dem Eroberungsdrang der Sowjetunion Einhalt geboten und sei im Grunde nur einem Angriff der Sowjetunion zuvorgekommen. Beharrlich sind auch Versuche, die Mitwirkung der Wehrmacht an den Verbrechen gegen die Bevölkerung besetzter Gebiete und bei der Vernichtung der Juden zu leugnen oder zu bagatelisieren.

Von solchen und ähnlichen Gedanken nähren sich nationalistische Parteien und Sammlungsbewegungen am rechten Rand unseres politischen Spektrums, die in ihren Programmen und tagespolitischen Parolen auch an einen deutschen Nationalstolz appellieren, der die Perspektive der Opfer deutscher Verbrechen abstreift hat.

Es ist eine besondere Aufgabe der Schule, mit ihren Mitteln zur historischen Aufklärung beizutragen, geschichtlicher Legendenbildung entgegenzutreten und so einen wichtigen Beitrag zur Friedenserziehung zu leisten.

Ich bitte deshalb darum, in geeigneten Unterrichtsvorhaben – insbesondere der Fächer Geschichte, Politik und Sozialwissenschaften – an die beiden Kriegeausbrüche zu erinnern und Schlußfolgerungen für eine verdrängungsfreie Beschäftigung mit der Vergangenheit zu diskutieren und zu erarbeiten.

Düsseldorf, den 20. Juli 1989

Mit freundlichen Grüßen

Hans Schwier
(Hans Schwier)

Lügen kraft Amtes verordnet!

Die Verlogenheit dieser Amtsanweisung erweist sich allein schon daran, daß es hier bei der Kompliziertheit der europäischen Verhältnisse, der unterschiedlichsten Interessenlagen und nach Mitteleuropa drängenden Einflüsse aller Weltimperialmächte nur einen einzigen "Täter" gibt, ohne auch nur die geringsten Einzelheiten von Zusammenhängen zu erwähnen, noch nicht einmal die britische und französische Kriegserklärung, das Weltoberungsstreben des Bolschewismus, die Ablehnung der zahlreichen deutschen Abrüstungs- und Friedensvorschläge, nichts!

gen" nennen. Doch diese sollen sich bekanntlich dadurch auszeichnen, daß sie andere Meinungen tolerieren und sich mit denen geistig auseinandersetzen. Tun sie aber nicht. Damit sie das nicht brauchen, subventionieren sie unentwegt verlogene, als wissenschaftlich aufgeputzte Propagandaliteratur, verpflichten "die Lehrer aller Schulen" auf entsprechende Schulrichtlinien und Geschichtsbücher und verschärfen ständig ihre Strafgesetze, um alles Unerwünschte an Meinungen, Forschungsergebnissen und Gruppierungen kriminalisieren zu können. Sie haben aber auch keinerlei Skrupel, sich über ihre eigenen Gesetze hinwegzusetzen und

"lähmen die legalen Aktivitäten der Rechtsradikalen durch

54) *Frankfurter Allgemeine*, 7. April 1984, S. 12.

55) *Frankfurter Allgemeine* 15.9.1995, S. 1. Bekenntnis des Verfassungsschutzpräsidenten. -- Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 73, S. 1.

schen unseres Strafrechts geschlüpfte" Verharmlosung oder Leugnung dessen versucht, was "offenkundig" ist.

"Schließlich sind wir es uns auch selbst schuldig, Versuche, an unserer Vergangenheit herumzureutuschen, mit den Mitteln des Strafrechts zu bekämpfen. ...

Der Bundesgerichtshof hat im Jahre 1979 ausdrücklich anerkannt, daß das Leugnen dieser Vorgänge eine Wiederholung und Fortsetzung der Diskriminierung und damit eine strafbare Beleidigung für jeden jüdischen Mitbürger darstellt." 54)

Damit ist praktisch das gesamte Spektrum der jüngsten europäischen Geschichte mit allen Details und Rechtsfolgen erfaßt. Jede Abweichung von der offiziell -- einheitlich quer durch die schwarz-rot-gelb-grünen Parteien und Medien -- ritualisierten Meinung -- das gilt auch für Wissenschaftler -- wird als "NS-Apologiekritik" und "verfassungswidrig" gegeißelt. So handhaben es die Zeremonienmeister der "Demokraten", die sich die einzigen, alleinigen "Demokraten", "Zivilisierten" und "Anständigen"

konsequentes Vorgehen der staatlichen Behörden." ⁵⁵⁾

Übrigens kann man diese "Rechtsradikalen" beliebig beleidigen, verunglimpfen, verleumden, -- das gehört zur "Meinungsfreiheit". Das Vorzeichen bzw. die Zielgruppe freilich darf man nicht verwechseln, das hätte böse Folgen.

Bundeskanzler **Helmut Kohl** in seiner Regierungserklärung am 1. September 1989:

"Anders als nach dem Ersten Weltkrieg gab es nach 1945 keine Diskussion über die Kriegsschuld. Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gab und gibt es nichts zu deuteln." -- Basta!

Bundespräsident **Roman Herzog** (geb. 1934) am 13. Februar 1995 in Dresden:

"Wir wollen auch nicht vergessen, daß Dresden im Rahmen eines Krieges zerstört wurde, den eine deutsche Regierung vom Zaun gebrochen hat. ... Die Deutschen haben den Krieg begonnen und es hat sie dafür die gerechte Strafe ereilt." ^{55a)}

Infam, eine solche Diffamierung der Toten und der Lebenden, zumal als Repräsentant des Volkes, in dessen Dienst er sich verpflichtet hatte, tätig zu sein!

Das Handeln der Weltimperialmächte Großbritannien, Frankreich, USA und des bolschewistischen Rußland seit

Versailles 1919 oder auch Polens, brauchte jener Amtsträger gar nicht erst zu erwähnen.

Derselbe Bundespräsident **Roman Herzog** kurze Zeit später beim Staatsakt in Berlin am 8.5.1995:

"Deutschland hatte den furchtbarsten Krieg entfesselt, den es bis dahin gegeben hatte, und es erlebt nun die furchtbarste Niederlage, die man sich vorstellen konnte. ...

Den Holocaust an den Unschuldigen vieler Völker haben Deutsche begangen. ... " ⁵⁶⁾

MdB **Freimut Duve** (SPD) am 13.3.1997 im Bundestag:

"Jeder Soldat der Wehrmacht war auf einen Verbrecher vereidigt."

Bundesverteidigungsminister **Volker Rühe** am 13.3.1997 im Bundestag:

"Wenn es um die Wehrmacht geht, haben wir nur die Möglichkeit, der ganzen Wahrheit ins Auge zu sehen. Der Glaube, die Wehrmacht sei der weitgehend unbefleckte Hort von Anstand und Ehre inmitten der nationalsozialistischen Barbarei gewesen, diese These ist durch die historische Forschung der letzten Jahre widerlegt. ...

Die Wehrmacht war die Armee einer Diktatur. Objektiv war sie das Instrument Hitlers zur Führung eines verbrecherischen Angriffskrieges. Ihre militärischen Erfolge waren -- vor allem im Osten -- die Voraussetzung für Unrecht und Vernichtung. ...

Der Versuch, die Nazidiktatur zu beseitigen, scheiterte tragisch. Aber das Opfer war nicht umsonst. Es hat Deutschland die Ehre und Würde wiedergegeben, die die Naziverbrecher unserem Land geraubt hatten."

Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (geb. 1944) im Februar 2005:

"Mein Gedenken erinnert sich an das Leid, das der von Deutschen begonnene Krieg über andere gebracht hat." ⁵⁷⁾

Einzelheiten für eine solche gigantische Schuldzuweisung braucht es für den bundesrepublikanischen Bundeskanzler nicht. Auch für ihn gilt die "Offenkundigkeit" als zauberhaftes "Beweismittel", das jede Nachfrage erübrigt.

Einen Vergleich der Kriegsgründe mit jenen des Irak-Krieges 2003 zwecks des von den USA "beabsichtigten Regimewechsels" auf einem fernegelegenen Kontinent mit der (schon vor Beginn als falsch erkannten) Zusatzbehauptung, dieses Land "der Achse des Bösen" hätte Waffen, die die USA auch hätten, hat er nicht erwogen. Auch hätte er die Werte seiner "Wertegemeinschaft" vergleichen können: mit den 1945 für den "Internationalen Militärgerichtshof" formulierten Strafnormen: "Vorbereitung eines Angriffskrieges", "Verbrechen gegen den Frieden", "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", "Kriegsverbrechen", "Verschwörung gegen den Weltfrieden", "verbrecherische Organisationen", "die solche Verbrechen durchsetzen helfen". Auch diese Mühe hat er sich erspart.

56) *Bulletin* des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 12.5.1995.

57) *Die Welt am Sonntag*, 13.2.2005.



Bundeskanzler **Gerhard Schröder** ehrte am 60. Jahrestag die Gefallenen des Warschauer Aufstandes, der am 1. August 1944 begann und am 2. Oktober 1944 endete. Der überraschende Überfall im Rücken der deutschen Truppen hatte bereits viele deutsche Mordopfer gefordert, als dennoch der deutsche Militärbefehlshaber eine Kampfpause für die Evakuierung von (polnischen) Frauen und Kindern aus Warschau vorschlug. Dies wurde abgelehnt.

Mögen die polnischen Kriegsoffer auch Patrioten gewesen sein -- und der deutsche Befehlshaber General v.d. Bach-Zelewski hat sowohl ihren Anführer, General Bor-Komorowski, als auch seine Mannschaften ehrenvoll und gemäß der Haager Landkriegsordnung korrekt behandelt --, so waren es doch Partisanen, die kriegsrechtswidrig gehandelt hatten und von keiner kriegsführenden Macht Schonung zu erwarten hatten.

Der "Befreier" Stalin hat diese polnischen Aufständischen, sofern er ihrer habhaft wurde, als Angehörige einer "Verbrecherbande" liquidieren lassen.

Heute gelten Leute ihrer Art als Terroristen, die niederzuwerfen jedermann seitens der "Gutmenschen" aufgefördert ist.

55a) *Deutsche Nationalzeitung*, München 24.2.1995, S. 5.

Analoges war man von Außenminister **Joschka Fischer** (geb. 1948) längst gewohnt, nicht nur in bezug auf den Zweiten Weltkrieg, sondern auch auf das Kaiserreich, so daß er sich auf einer Konferenz in Durban/Südafrika 2003 bei den Hereros für die bösen deutschen Kolonialtruppen entschuldigte, die 1904 ihren Aufstand niedergeschlagen hatten. Allerdings verschonte er seine Zuhörer mit Einzelheiten und auch mit Vergleichen zur Kolonialpolitik der Engländer, Franzosen, Amerikaner, Spanier, Portugiesen, Niederländer und einer Analyse des heutigen "Terroristen"-Begriffs. Die unverzüglichen "Wiedergutmachungsforderungen" ihres Hauptlings regelte er mit entsprechender Entwicklungshilfe aus der Tasche der deutschen Steuerzahler.

"Einen deutschen Völkermord in Südwest hat es nie gegeben." ⁵⁸⁾

Bundespräsident **Horst Köhler**, der in seiner Antrittsrede am 23.5.2004 noch vorgab, "sein Land zu lieben" -- von seinem Volk sprach er nicht --, scheute sich ein Jahr später, am 8. Mai 2005, nicht, sein Volk mit den Schlagwortparolen der "Schuld ohne Schlußstrich" vor aller Welt erneut zu brandmarken:

"Wir Deutschen blicken mit Schrecken und Scham zurück auf den von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg und den von Deutschen begangenen Zivilisationsbruch Holocaust. Wir fühlen Abscheu und Verachtung gegenüber denen, die unser Land entehrten.

Dank schulden wir an erster Stelle den Völkern, die Deutschland besiegt haben. ...

Wir werden die 12 Jahre Nazidiktatur und das Unglück, das Deutsche über die Welt gebracht haben, nicht vergessen, im Gegenteil. ...

Es gibt keinen Schlußstrich." ⁵⁹⁾

Auch bei ihm gibt es keine Einzelheit zur konkreten Vorgeschichte des Krieges, zu den Kriegserklärern, den Kriegszielen der einzelnen Mächte und ihren Kriegsführungsmethoden (allein schon der Partisanenkrieg der Alliierten war verbrecherisch, völkerrechtswidrig), kein Wort zu den ersten Zivilistenmorden (an Deutschen durch Polen), kein Wort vom kommunistischen Terrorsystem und seiner Zielsetzung zur Welteroberung, statt dessen Dank an die Kriegsführer gegen sein eigenes Volk. Außer anderen brd-Politikern hat ihn noch kein Staatspräsident einer anderen Nation in dieser Singularität der Beschuldigung des eigenen Volkes übertrifft!

Er ist ein Spiegelbild der Hintergrundkräfte, die das deutsche Volk auch 60 Jahre nach Kriegsende immer noch nicht aus den Bedingungen der Kapitulation entlassen haben.

Die Bekenntnisverpflichtung zur alleinigen deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sowie an den im Verlauf dieses Krieges begangenen Verbrechen war den alliierten Mächten so wichtig (ähnlich wie der Kriegsschuldparagraph 231 des "Versailler Vertrages" von 1919), daß sie selbst noch im sogenannten "2 + 4 Vertrag" vom 27./28.9.1990 in angehängten und gegenseitig bestätigten Notenwechseln

58) Claus Nordbruch, "Völkermord an den Herero in Deutsch-Südwestafrika?", Tübingen 2003.

59) *Deutsche Nationalzeitung*, München 13. Mai 2005 S. 1.

den Text einbrachten:

"Aus dem Überleitungsvertrag von 1952 bleiben in Kraft: Erster Teil: (Einzelne Absätze aus Artikeln 1 - 5 sowie Artikel 7 Abs. 1."

Außerdem bleiben in Kraft Art. 8 und eine Reihe weiterer Artikel bzw. Abs. aus anderen Teilen jenes Vertrages. Der **"Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen"** (in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) lautet im Artikel 7

"(1) Alle Urteile und Entscheidungen in Strafsachen, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln." ⁶⁰⁾

Mit anderen Worten: Die Urteile auch des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg 1946 einschließlich der darin enthaltenen Feststellungen zur Vorkriegs- und Kriegsgeschichte bleiben weiterhin für deutsche Behörden und Gerichte bindend.

Das ist ein unglaublicher Vertragstext, den **Hans-Dietrich Genscher** als Außenminister der Bundesrepublik (freilich mit Zustimmung des Bundeskanzlers **Helmut Kohl** und des Bundespräsidenten **Richard v. Weizsäcker**) und DDR-Ministerpräsident **Lothar de Maizière** hinter dem Rücken des deutschen Volkes unterzeichnet und die Abgeordneten des Bundestages sowie des Bundesrates anschließend gebilligt haben. Kein Verantwortlicher der "2+4 Mächte" nahm daran Anstoß, daß allein schon derlei Bedingungen mit der der Bundesrepublik Deutschland zugesprochenen "Souveränität" unvereinbar sind. Auch nachträglich ist dieser Sachverhalt von der Presse verschwiegen worden. Dabei schlägt dieser Text allen Predigern von Souveränität oder Gleichbehandlung und "Befreiung" Deutschlands ins Gesicht. Dieser "internationale Konsens", wie es nun vornehmer als früher im "Versailler Diktat" heißt, zwingt die brd-Politiker, Behörden und Richter zur unablässigen Verlogenheit und sogar zur Abhängigkeit auch von "später gefüllten" Weisungen, denn sie haben Forschungsergebnisse, unabhängige Sachverhaltsfeststellungen selbst ausländischer Experten zu ignorieren, statt dessen die Lynch-"justiz" der Sieger zur Richtschnur ihres "Rechtsstaates" zu machen!

Mit politisch-historisch unerwünschten Erkenntnissen hervortretende Wissenschaftler sind schließlich juristisch zu verfolgen, ihre Publikationen und Beweise zu vernichten.

Das ist moderne Versklavung von Kulturvölkern!

64 Jahre nach 1939 erlebte Irak (im Jahre 2003) Ähnliches:

Zunächst wie Deutschland jahrelang boykottiert, zur Abrüstung gezwungen, verleumdet, in einen Krieg verstrickt, besetzt, beschuldigt, die Führungskader als "Kriegsverbrecher" angeklagt und umgebracht, Volk und Land "befreit". Die eingesetzten "Demokraten" haben "im Bündnis mit den Siegern" zu handeln. Deren Sprüche bleiben "rechtsgültig".

60) Bundesgesetzblatt ("2 + 4 Vertrag" vom 27./28.9.1990), Bd. II S. 1386 ff mit Hinweis auf BGBl. 1955, Bd. II, S. 301, 305, 405 + 944. Zitiert Art. 7, Abs. 1 = BGBl. 1955, Bd. II, S. 413.

Pflicht zum Gedenken der "Befreiung"

Kriegsziel: Vernichtung der Deutschen

Winston Churchill im BBC London, November 1939:

"Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands!"

Hans Grimm, "Warum, woher aber wohin?", Lippoldsberg 1955, S. 350 + 441

"Heute stehen England und die Sowjetunion in einer gemeinsamen Sache zusammen und haben als einziges Ziel die totale Vernichtung der Deutschen."

American Hebrew, 8. August 1941

"Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegte Feindnation zwecks Durchsetzung wichtiger alliierter Ziele."

US-Besatzungs-Direktive JCS 1067 vom 23. März 1945.^{60a)}

Die Agentur **Reuter** faßte die Folgen der Kapitulation für Deutschland wie folgt zusammen:

*"Die Einstellung der Feindseligkeiten wird das Ende des verfassungsmäßigen Bestehens des Dritten Reiches kennzeichnen, dessen Regierung ihre Funktionen einstellen wird. Deutschland ist ein unterworfenen, erobertes und besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat. Aller deutscher Besitz und alle deutschen Guthaben in fremden Ländern werden automatisch auf die zentrale alliierte Kontrollkommission übertragen, die sofort ihre Tätigkeit aufnimmt. Deshalb wird es keinen Waffenstillstandsvertrag wie im Jahre 1918, keine Aufzählung dessen geben, was die Deutschen abzugeben und was sie zu erfüllen haben. Vom Augenblick der offiziellen Einstellung der Feindseligkeiten stehen sämtliche deutschen Arbeitskräfte und sämtlicher deutscher Besitz den Alliierten zur Verfügung."*⁶¹⁾

"Es ist heute meine Überzeugung, die sich vor allem in England gefestigt hat, daß der Krieg mit den Nazis gar nichts zu tun hat, überhaupt um kein Ideal geführt wird, sondern nur das Ziel hat, das deutsche Volk zu vernichten und Englands Weltmacht aufrechtzuerhalten, zum Vorteil einer kleinen Clique. ... Alles, was die dort herrschende Clique den Nazis vorwirft, praktiziert sie selbst skrupellos."

E. J. Reichenberger, "Wider Willkür und Machtrausch", Göttingen 1955, S. 425

"Wir haben uns, wie sich jetzt herausstellt, in eine brutale, fanatische Verschwörung zur Vernichtung des deutschen Volkes verstrickt."

US-Senator von Nord-Dakota, **William Langer**, am 29.3.1946 im Senat in Washington.⁶²⁾

Ogleich US-Außenminister **Cordell Hull** seinem Präsidenten **F.D. Roosevelt** vorgehalten hatte, daß der **Morgenthau-Plan** zum Tod von 40% des deutschen Volkes -- 24 Millionen Menschen -- führen werde, rühmte sich **Henry Morgenthau** in seinem Buch "Germany is our Problem", daß **Stalin**, **Truman** und **Attlee** in den Potsdamer Erklärungen vom August 1945 seinen Zielvorgaben gefolgt seien.

"So entschlossen waren die talmudischen Mächte in der amerikanischen Regierung, ihren Massenmord (genocide) gegen die Deutschen durchzuführen, daß bis zum 1. April 1946 es sogar Verwandten und kirchlichen Hilfsstellen versagt war, die absichtlich verursachte Hungersnot zu lindern. ...

Seit Januar 1945 haben die Alliierten ... mehr christliche Frauen vergewaltigt, als irgendjemand in der gesamten Zeit der Geschichte. ...

*Als Ernst Bevin, Englands Außenminister, sah, was die Alliierten mit den 12 Millionen heimatvertriebenen Deutschen taten, ..., rief er im Parlament aus: »Wahrhaftigen Gottes, das ist die Höhe des menschlichen Wahnsinns. ... Es war ein fürchterliches Schauspiel!« -- Es ist ein Verbrechen, kein Wahnsinn."*⁶³⁾



US-Präsident George W. Bush in Vorbereitung auf das Gedenken spezifischer Opfer.

60a) Morgenthau Diary (Germany), Volume II, S. 1256, published by the Committee on the Judiciary United States Senate, Washington November 20, 1967.

61) "Keesings Archiv der Gegenwart", Essen, Jahrgang 1945, S. 220.

62) Dr. Gerhard Frey, "Befreiung? -- Die Wahrheit über den 8. Mai 1945", München 2004, DSZ Verlag, S. 199.

63) Prof. Austin J. App, "Der erschreckendste Friede der Geschichte", Salzburg 1947, S. 166, 167, 183, 184.

Dem 8. Mai, dem vermeintlichen *"Tag der Befreiung"* folgten -- um nur dies zu erwähnen -- Massenmorde an deutschen Menschen in einer Größenordnung von nahezu 7 Millionen Menschen, Zwangsverschickungen von weiteren Millionen, selbst von Frauen, als langjährige Arbeitssklaven, der Großraub der deutschen Ostprovinzen, der deutschen Patente, somit des geistigen Besitzstandes, und der Auslandsvermögen, der Automatische Arrest für die Intelligenz des Volkes, die -- wie es selbst die Gegner Deutschlands definiert haben, so z.B. der britische Außenminister **Anthony Eden** am 28. März 1945 im britischen Parlament -- *"größte Menschenjagd der menschlichen Geschichte"* ⁶⁴⁾, *"der erschreckendste Friede der Geschichte"* ⁶⁵⁾, *"fürchterliche Friedensbedingungen"*, ⁶⁶⁾ die Zerstückelung des übrig gebliebenen Landes, die Einsperrung und Enteignung von 17 Millionen Deutschen im kommunistischen Besatzungsgebiet. ⁶⁶⁾

"Massenmorde auch an ungezählten Esten, Letten, Litauern, Polen, Bulgaren, Rumänen, Ukrainern, Russen, Kaukasiern und Tartaren. In Frankreich gab es 105.000 Tote, kommunistische Partisanen brachten zwischen 200.000 und 300.000 Italiener um. In China rechnet man mit 20 - 30 Millionen ermordeten Klassenfeinden." ⁶⁷⁾ S. 356

=====

"Rückkehr der Deutschen in die Zivilisationsgemeinschaft"

Anlässlich eines Besuches von **Dr. Konrad Adenauer** in Tel Aviv meinte der damalige israelische Ministerpräsident **Levoi Eshkol**, wie er sich nachfolgend entschuldigend ausdrückte, den Bundeskanzler in einer Tischrede mit den Worten besonders zu ehren, indem er sagte,

"Wir sind davon überzeugt, daß das deutsche Volk unter Ihrer Führung in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker zurückkehren wird."

Nahum Goldmann gestand: *"Es war kurzweg eine Beleidigung"* und berichtete, wie diese Äußerung fast zu einem Eklat geführt hat. **Adenauer** erwiderte empört:

"Ich repräsentiere das deutsche Volk. Sie haben es beleidigt, daher reise ich morgen früh ab."

Nur mit viel Mühe war die Staatskrise vermieden worden. ⁶⁸⁾ S. 191 - 192

Indem man dieses Verhalten **Adenauers** zur Kenntnis nimmt, gilt es zu berücksichtigen, daß er ansonsten bekanntlich alle Schuldversionen der Sieger gegen die deutsche Politik von 1933 - 1945 widerspruchslos übernommen hatte, und sogar vom SPD-Chef **Kurt Schumacher** anklagend als "Kanzler der Alliierten" titulierte worden war. -- Die Sprüche von der auf das deutsche Volk bezogenen "Barbarei" sanktionierten schließlich die Nachfolger-Kanzler von SPD und CDU.

Bundeskanzler **Helmut Kohl** am 21. April 1985 auf dem Gelände des ehemaligen KL Bergen-Belsen:

"Der Zusammenbruch der NS-Diktatur am 8. Mai 1945 wurde für die Deutschen ein Tag der Befreiung. ..."

Und deshalb haben wir uns auch unwiderruflich an die Wertegemeinschaft der freiheitlichen Demokratien des Westens gebunden und mit ihnen dauerhaft verbündet.

Das war nur deshalb möglich, weil uns diese Völker -- und nicht zuletzt ehemalige KZ-Häftlinge und Angehörige von Opfern der NS-Diktatur -- die Hand zur Versöhnung gereicht

64) J. J. Heydecker / J. Leeb, "Der Nürnberger Prozeß -- Bilanz der tausend Jahre", Köln - Berlin 1960, S. 11. -- Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 2, S. 13 ff + Nr. 12, S. 35.

65) W. Churchill, "Der Zweite Weltkrieg", 4. Buch Bd. 2 "Die Befreiung Afrikas", S. 316. -- Vergl. Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland - Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 335 + *Historische Tatsachen* Nr. 19, S. 20 ff.

66) Claus Nordbruch, "Der deutsche Adelaß", Tübingen 2003.

67) Karl Balzer, "Am Pranger der Nation - Eine Abrechnung mit den Zerstörern des Reiches", Pr. Oldendorf 1987".

68) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln-Frankfurt/M 1978.

haben. ...

"Wir im freien Teil Deutschlands wissen, wieviel es bedeutet, daß wir nach Auschwitz und Treblinka wieder als Partner in die freie Welt aufgenommen wurden." ⁶⁹⁾

Wie die "Befreier" von ihm erwarteten, "kannte er nur" *"deutsche Schrecken, Verbrechen, Massenmorde, Diktatur"* und des Trauerns wertige Opfer anderer Nationen. Mit einer Ausnahme: **Kohl** gedachte ganz am Schluß auch

"der Menschen, denen das Unrecht der Nazis mit neuem Unrecht vergolten wurde, die als Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden und auf der Flucht den Tod fanden."

Wie viele andere es schmerzlich erfahren mußten, wußte zwar auch Bundeskanzler **Helmut Kohl**, doch schwieg er wohlweislich darüber, wollte er doch im "befreiten Lande" politisch überleben. Und dafür waren "correcte" Sprüche gefordert.

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** (geb. 1920), nachdem er schon anlässlich eines früheren Staatsbesuches in London dem britischen Parlament für dessen *"mutigen Widerstand mit der Kriegserklärung an Deutschland, um für unsere Freiheit zu kämpfen"*, gedankt hatte, ⁶⁷⁾ S. 22 in der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 8.5.1985:

"Unser Schicksal lag in der Hand der Feinde. Die Vergangenheit war furchtbar gewesen, zumal auch für viele dieser Feinde. Würden sie uns nun nicht vielfach entgelten lassen, was wir ihnen angetan hatten?"

Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. ..."

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ..."

Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim

69) *Bulletin* des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, den 23. April 1985.

der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg. ...

Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden (also nicht von der Wehrmacht, -- d. Verf.).

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. ...

Am Anfang der Gewaltherrschaft hatte der abgrundtiefe Haß **Hitlers** gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden. **Hitler** hatte ihn nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sondern das ganze Volk zum Werkzeug dieses Hasses gemacht. ...

Der Völkermord an den Juden ist jedoch beispieldlos in der Geschichte. ...



Volksnähe ist dem Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker nicht gut bekommen. Es flogen Eier, -- sogar aus den Reihen seiner gehätschelten linken Mitbürger.

Auf dem Weg ins Unheil wurde **Hitler** die treibende Kraft. Er erzeugte und er nutzte Massenwahn. ... Und auch die europäischen Westmächte, nach **Churchills** Urteil »arglos, nicht schuldlos«, trugen durch Schwäche zur verhängnisvollen Entwicklung bei. Amerika hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg wieder zurückgezogen und war in den 30er Jahren ohne Einfluß auf Europa.

Hitler wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. Den Anlaß dafür suchte und fand er in Polen. ...

Dadurch wird die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht verringert. Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen. Die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion. ...

Während dieses Krieges hat das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet. ...

Die Spaltung Europas in zwei verschiedene politische Systeme nahm ihren Lauf. Es war erst die Nachkriegsentwicklung, die sie befestigte. Aber ohne den von **Hitler** begonnenen Krieg wäre sie nicht gekommen. Daran denken die betroffenen Völker zuerst, wenn sie sich des von der deutschen Führung ausgelösten Krieges erinnern. ...

Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen. ...

Wir leben seit 40 Jahren in Frieden und Freiheit, und wir

haben durch unsere Politik unter den freien Völkern des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft dazu selbst einen großen Beitrag geleistet.

Nie gab es auf deutschem Boden einen besseren Schutz der Freiheitsrechte des Bürgers als heute. ...

Wenn wir uns der Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes Gedankens und jeder Kritik schützen, so sehr sie sich auch gegen uns selber richten mag. ...

Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Haß zu schüren. ... " ⁷⁰⁾

Ohne auf Einzelheiten einzugehen unterstellte **Richard v. Weizsäcker** apodiktisch, sich vielfach wiederholend, dem deutschen Volk eine "verbrecherische, menschenverachtende", "von Anfang an haßerfüllte und kriegswillige" Führung mit der Folge alleiniger Kriegsschuld. Seine diesbezüglichen Formulierungen sind so grotesk und oberflächlich propagandistisch, daß es keinen Sinn macht, sie im einzelnen zu sezieren. Fachbücher stehen genügend zur Verfügung, die seine Ausführungen als geschichtswidriges Geschwätz nachweisen. Ein einziges Buch reicht hierfür schon: **Udo Walendy's** "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965.

Allein -- nur als Beispiel -- **v. Weizsäcker's** Aussage, "Amerika habe sich in den 30er Jahren aus Europa zurückgezogen", ist angesichts

a) des Ausspruchs und der folgenden Handlungsweise **F.D. Roosevelts** vom November 1932:

"Ich werde Deutschland zermalmen", ⁷¹⁾

b) der Deklaration des **Henry Morgenthau jun.**, US-Finanzminister von Jan. 1934 - Juli 1945 und jahrzehntelanger Freund und Nachbar **F.D. Roosevelts** "at Hyde Park N.Y.", anläßlich der Machtübernahme **Adolf Hitlers** in Deutschland am 30.1.1933,

"Die USA sind in den Abschnitt des Zweiten Weltkrieges eingetreten", ⁷²⁾

c) der "Judea declares War on Germany"-Kriegserklärung, ⁷³⁾

d) des 1933 von **Samuel Untermyr** vom Boden der USA aus entfachten weltweiten Boykotts deutscher Handelsgüter "bis zur Existenzvernichtung des Hitler-Regimes" ⁷⁴⁾ sowie

e) des Bekenntnisses von **Winston Churchill** vom "Dreißigjährigen Krieg gegen Deutschland, beginnend von 1914", ⁷⁵⁾

das ohne die "heiligen Krieger" von der Ostküste der USA, die auch schon in Versailles 1919 mit am Tisch der "Friedensverhandlungen" saßen, gar nicht möglich gewesen wäre,

derart grotesk, daß derlei verlogene Sprüche von der Bühne des Bundestages jeden Sachkenner ob solcher Unverfrorenheit schockieren müssen.

Von Weizsäcker bescheinigte dem deutschen Volk ein-

70) *Bulletin* des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, den 9. Mai 1985.

71) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 57, S. 4.

72) *Portland Journal*, 12.2.1933. -- Von Anfang an hatte **H.M.** der US-Außenpolitik seine Richtung aufgenötigt. -- Fn. 60a) Vol. I, S. 2.

73) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 39, S. 40, Nr. 54, S. 40 + Nr. 88, speziell S. 39 - 40.

74) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 26, S. 10 - 19 + Nr. 29, S. 24 - 28 + Nr. 38, S. 4 ff -- mit jeweiligen Belegen.

75) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 19, S. 3.

schließlich seinem Vater **Ernst** als Staatssekretär im Auswärtigen Amt zusätzlich solche Dummheit, das Verbrecherische nicht erkannt, sondern auch noch geglaubt zu haben, "für die gute Sache zu kämpfen und zu leiden". Dabei seien es "unmenschliche Ziele" gewesen, für die sie gekämpft hätten; -- so erzählte er den Deutschen, die soeben erst genau das Gegenteil, nämlich die "unmenschlichen Ziele" der West-Alliierten und Bolschewisten erlebt hatten. Auch diese "deutschen Ziele" definierte er nicht. Die in den BRD-Schulbüchern ausgebreiteten "Ziele" von "Überfall", "Lebensraumeroberung", "Ausrottungswahn", "Herrenrassentum" usw. sind durchwegs sachwidrige Umerziehungsfloskeln der Besatzungsmächte, die dann auch in den "internationalen Schulbuchkonferenzen" ihren Niederschlag gefunden haben. Nur dadurch, daß die beamteten Lehrer über die Schulrichtlinien auf diese termini zwangsverpflichtet wurden, konnten sie überhaupt solange Bestand haben.

Die Geschehnisse um den 8. Mai 1945 sind so eindeutig nachgewiesen, daß es unfäßlich erscheint, diese durch offizielle Sprüche von der angeblichen Befreiung aus der Welt schaffen zu wollen. Der ungeheuerere Gebietsraub, Massenmord, die Vergewaltigungen, Inhaftierungen, Deportationen, Enteignungen, Diskriminierungen, Demütigungen ohne Ende sind weder aus dem Geschichtsablauf zu tilgen, noch durch Brandmarken des deutschen Volk mit einem "Kainsmal singulärer Schuld" seitens der Täter zu verharmlosen oder gar "gerecht" erscheinen zu lassen.

"Am Anfang habe der abgrundtiefe Haß Hitlers gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden."

Auch diese Unterstellung ist eine sachwidrige, durch nichts beweisbare Zwecklüge. Sie soll offensichtlich die Judea-declares-War-on-Germany-Kriegserklärung vom 24. März 1933 -- **R. v. Weizsäcker** tat so, als kenne er sie nicht --, rechtfertigen.⁷³⁾

+ ⁷⁴⁾ Selbst Gegner **Hitlers**, sogar Repräsentanten des deutschen Judentums haben vielfältig bestätigt, daß die Wahlerfolge **Hitlers nicht** auf antijüdische Agitation zurückzuführen waren, sondern auf seine Kampfentschlossenheit gegen die Versklavungsbedingungen des Versailler "Friedens"

76) die tageszeitung, Berlin, 10. April 1996; dpa-Meldung Stuttgart.

77) Rudolf Diels, "Lucifer ante Portas -- Zwischen Severing und Heydrich", Zürich 1953, S. 204. -- Vergl. HT Nr. 88, S. 35.

und den Deutschlands Existenz bedrohenden Bolschewismus.⁷⁷⁾ Beide waren in der Tat darauf gerichtet, das Reich zu vernichten.

Bundeskanzler **Gerhard Schröder** am 6. Juni 2004 in Caen zum 60. Erinnerungstag an die alliierte Invasion in der Normandie:

"Der Sieg der Alliierten war kein Sieg über Deutschland, sondern ein Sieg für Deutschland."

*Es ist nicht mehr das alte Deutschland jener finsternen Jahre, das ich hier vertrete. Mein Land hat den Weg zurück in den Kreis der zivilisierten Völkergemeinschaft gefunden. Es ist ein guter Tag -- heute am 6. Juni 2004, Frankreich und seinen Verbündeten dafür zu danken."*⁷⁸⁾

Nach diesen Sprüchen und seiner Teilnahme an den Feierlichkeiten der Sieger, auch auf deren Friedhöfen, begab sich der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland nach Oradour, um entgegen der historisch längst aufgeklärten Sachlage der

Waffen-SS dort Morde anzulasten, die in Wirklichkeit auf das Konto der französischen Partisanen gingen. Demonstrativ hat **Gerhard Schröder** keinen einzigen der 6 deutschen Soldatenfriedhöfe in der Normandie besucht, in denen mit Frankreichs Hilfe über 78.000 deutsche Soldaten würdevoll bestattet worden sind. Weder waren die 21.222 in **La Combe** ruhenden deutschen Soldaten sein ehrendes Gedenken wert, noch die 19.809 in **Champigny - St. Andre**, noch die 11.956 in **Mont-de-Huisnes**, noch die 11.169 in **Marigny** und auf den beiden kleineren Ruhestätten. Im Sommer 1944 hatten 104.358 deutsche Soldaten technisch überwältigend ausgerüstete Invasoren in Stärke von 3.400.000 Mann abzuwehren versucht.

Wie anders hatte sich doch 1985 der US-Präsi-



Das gibt es nur in der Bundesrepublik Deutschland:

Der Leitende Oberstaatsanwalt Alfred Streim von der 1958 gegründeten Ludwigsburger "Zentralstelle zur Aufklärung von ns-Verbrechen" -- "der größten NS-Fahndungsstelle der Welt, bei der zwischen 1967 und 1971 = 121 Leute, davon 49 Staatsanwälte und Richter arbeiteten", so Streim -- verfügt über "Millionen Namen mutmaßlicher Täter" aus Kreisen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht, Waffen-SS, Polizei und sonstigen "Nazi-Organisationen sowie 545.000 Fotokopien und weitere 600.000 verfilmte Dokumente". Die Beflissenen sammeln Beschuldigungen aus aller Herren Länder nur gegen Deutsche, um anschließend "Kriegsverbrecher-Prozesse" auch gegen 80- und 90-jährige Greise aufziehen zu können. Die Presse ergänzte: "Dabei sind längst nicht alle ns-Verbrechen aufgeklärt." 1994 waren noch "8.000 Verfahren anhängig". Verbrechen Anderer interessieren nicht, weder hier noch anderswo in der Bundesrepublik.

Übrigens: 1996 erhielt Alfred Streim das "Offizierskreuz des Verdienstordens der Republik Polen".⁷⁶⁾ War er etwa in der Zeit seiner Amtsführung für Polen tätig? Oder gar sein Dienstherr auch?

dent **Ronald Reagan** verhalten, als er anlässlich eines Deutschlandbesuches auch den gefallenen Soldaten der Wehrmacht und Waffen-SS auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg einen ehrenden Besuch abstattete!

Analog stellte Bundeskanzler **Gerhard Schröder** am

78) Frankfurter Allgemeine, 7.6.2004, S. 3 + Bild am Sonntag, 5. Juni 2004.

1.8.2004 in Warschau ebenfalls unter Verwendung durchgängiger Geschichtslügen sein Volk an den Pranger der "Welt-Zivilisationsgemeinschaft":

»Wir Deutschen wissen sehr wohl, wer den Krieg angefangen hat und wer sein erstes Opfer war.

An diesem Ort des polnischen Stolzes und der deutschen Schande hoffen wir auf Versöhnung und Frieden.«

Er verneige sich vor dem Opfermut und dem Stolz der Männer und Frauen der polnischen Heimatarmee und beuge sich in Scham angesichts der Verbrechen der Nazi-Truppen, die Warschau in Schutt und Asche gelegt haben.

»Die gemeinsame Zukunft von Polen und Deutschen darf nicht durch uneinsichtige Kräfte in Frage gestellt werden. Das gilt sowohl für diejenigen, die in Deutschland ein Zentrum gegen Vertreibung einrichten wollen, als auch für diejenigen, die Entschädigungen durchsetzen möchten. Die Bundesregierung werde solchen Ansprüchen entgegentreten und das auch vor jedem internationalen Gericht deutlich machen.«⁷⁹⁾

Zum 60. Jahrestag der deutschen Kapitulation, am 8. + 9. Mai 2005, steigerten sich die "Befreiungs-Sprüche". Dem Beispiel **Willy Brandts** gegenüber Polen folgend bat Bundeskanzler **Gerhard Schröder** das russische Volk und andere Völker um Vergebung für die ihnen von Deutschen verursachten Leiden gebeten. Erneut postulierte er damit die deutsche Alleinschuld für den Krieg und verleumdete sein eigenes Volk, das ganz andere Zusammenhänge der Kriegsinszenierung erlebt hatte. Mit seiner zusätzlichen Teilnahme an der russischen Sieges-Feier und Gedenkparade in Moskau, die in den alten sowjetischen Uniformen mit Hammer- und Sichel-Symbolen durchgeführt wurde, sowie mit seinen in der Bundesrepublik angeordneten "Volksfesten zur Befreiung" hat er sich offensichtlich und ohne Vorbehalte als Funktionär der ehemaligen Feinde zu erkennen gegeben und "die Tradition" der SPD als Kriegsteilnehmer im britischen Sold gegen das deutsche Volk demonstrativ fortgesetzt. Sein dem deutschen Volk aufgebürdetes umfassendes "Schuldbekenntnis", sein Beifall für die Feststellung des russischen Präsidenten **Wladimir Putin**, der 8. Mai 1945 sei ein "Sieg des Guten über das Böse, der Freiheit über die Tyrannei" -- als ob die Sowjetunion ein Staat der Freiheit gewesen sei! -- konnte in ihrer Auswirkung weder durch den Besuch eines deutschen Soldatenfriedhofs bei Moskau noch von seinen Willensäußerungen für gute Beziehungen zum russischen Volk ausgeglichen werden. Mit einer solchen würdelosen Unterwürfigkeit kann auch dem russischen Volk nicht gedient sein.

"In Polen wurde nicht nur des Kriegsendes, sondern auch des Beginns der Sowjetherrschaft über Polen gedacht. Vor der russischen Botschaft in Warschau erinnerten Demonstranten an Katyn, wo Stalin 1940 mehr als 10.000 polnische Offiziere hat erschießen lassen."⁸⁰⁾

Gerhard Schröder hatte keinerlei Erinnerungsvermögen oder Kenntnis dieser oder ähnlicher Art.

Bundespräsident **Horst Köhler** gedachte vor dem Bundestag und Bundesrat zum selben 8. Mai 2005 der Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges in einer befremdlichen Rang-

⁷⁹⁾ *Der Schlesier*, 13.8.2004, S. 1.

⁸⁰⁾ *Die Welt*, 9.5.2005

ordnung:

"Er hat zuvor alle genannt, die mit teuflischer Energie Ermordeten, 6 Millionen Juden, die Sinti und Roma, die Kranken, Behinderten, Andersdenkenden und Homosexuellen."⁸⁰⁾

Dann gedachte er auch "der deutschen Opfer". Von Soldaten, die auf beiden Seiten der Fronten in erster Linie den Krieg ausgefochten haben, von den ersten Zivilopfern den Krieges, den ermordeten Volksdeutschen in Posen-Westpreußen, war keine Rede. Alle Kriegsoffer jedenfalls seien "Opfer der von Deutschland ausgehenden Gewalt". Die alleinige deutsche Kriegsschuld, der "von uns Deutschen gelegte Weltbrand", "schlug auf Deutschland zurück".

Von den Verfolgungen der Volksdeutschen in Polen seit 1919, verstärkt seit Frühjahr 1939 durch provokative Enteignungen, Arbeitsentlassungen, Vertreibungen mittels des Grenzzonengesetzes, von polnischen Gebietsansprüchen auf Ostpreußen und die Oder-Neiße-Gebiete schon seit 1919, von polnischen Kriegsdrohungen schon im März 1939, von britischer "Balance of Power Politics" hat Bundespräsident **Horst Köhler** noch nie etwas gehört? Von der britischen Garantie an Polen am 30. März 1939, den britisch-französischen Einkreisungsbemühungen unter Einbeziehung der UdSSR mit dem Ziel, diese Länder gegen Deutschland zum Krieg aufzuputtschen, von den englischen und französischen und jüdischen Kriegserklärungen und der treibenden Kraft USA im Hintergrund, von den "heiligen Kriegen" gegen Deutschland seit Versailles 1919 hat er noch nie gehört? Das ganze Volk weiß es, weil es das alles erlebt hat, in jedem seriösen Geschichtsbuch ist das nachzulesen. Nur der Bundespräsident und seine Mannschaft will das nicht wissen? Nein, dieser Präsident ist kein Wahrheitssucher oder -bekenner, er verteidigt auch sein Volk nicht, sondern schwatzt nach, was andere von ihm erwarten und will, wie auch schon seine Vorgänger in diesem Amt, sein Volk in einen ewigen Bűßerzustand hineinzwingen. Das nennt er dann auch noch "Befreiung".

"Wir haben die Verantwortung, die Erinnerung an all dieses Leid und an seine Ursachen wachzuhalten. Wir müssen dafür sorgen, daß es nie wieder dazu kommt. Es gibt keinen Schlußstrich!"

Die Erinnerung "an die Ursachen" -- nicht etwa an die wirklichen, sondern nur an die von ihm behaupteten -- soll ohne "Schlußstrich", also ohne Ende, ohne sachgerechte Untersuchungen und Einzelheiten und Zusammenhänge so "wachgehalten werden", daß die Schuld mit pauschalen Propagandaschlagworten auf Deutschland focussiert bleibt.

"Rot-grüne Politiker haben Köhler scharf kritisiert. Er habe sich als 'Wegbereiter eines neuen konservativen geistigen Umfelds profiliert' und die unterschiedlichen Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges gleichgestellt, sagte der SPD-Fraktionsvize im Bundestag, Gernot Erler. Damit habe Köhler aktuellen Tendenzen der 'Opferkonkurrenz' und der 'Opfernivellierung' nachgegeben und ein populäres Erinnerungsbedürfnis bedient. Er kritisierte zudem, daß Köhler gesagt habe, daß es gute Gründe gebe, 'stolz auf unser Land zu sein'. "⁸¹⁾

Geistig und moralisch verworrene "Führungselite" auf der ganzen Linie!

⁸¹⁾ *Rheinische Post*, 10. Mai 2005, S. 1.

Pflicht zum Gedenken nur der anderen

Indem alle seit Kriegsende 1945 Offiziellen im In- und Ausland demonstrativ ständig nur auserwählter Kriegsoffer gedenken -- implizieren sie gleichzeitig die angebliche "deutsche Kriegsschuld", die angeblich ausschließlich "deutschen Kriegsverbrechen" und die damit verbundene ewige Sühneverpflichtung des deutschen Volkes. Das deutsche Volk war weder für die beiden Weltkriege verantwortlich, noch für die Eskalation der Kriegführungsmethoden im Verlauf des "Dreißigjährigen Krieges gegen Deutschland, beginnend mit dem Jahre 1914" (Eingeständnis Winston Churchills).⁷⁵⁾ Das deutsche Volk hatte im Ersten Weltkrieg 1,7 Millionen Menschen durch Kriegseinwirkungen verloren. Im Zweiten Weltkrieg und in den Folgejahren sind mehr als 10 Millionen dem Krieg und Massenmorden der Sieger zum Opfer gefallen. Ohne gleichrangiges Gedenken dieser Opfer gibt es keine ehrliche Vergangenheitsbewältigung!

Eine Ausgrenzung dieser Opfer verhöhnt nicht nur demonstrativ die Toten des deutschen Volkes und die seiner ehemaligen Verbündeten, sondern gleichermaßen die Lebenden, indem sie diese zur staatlich angeordneten Verlogenheit und Verunglimpfung der eigenen Angehörigen zwingt. Zudem wäre es eine Mißachtung von Menschenrecht und Menschenwürde und damit des Art. 1 Grundgesetz.

Günter Just, Leutnant der Deutschen Wehrmacht, ließ sich die Herabsetzung seiner ehemaligen Kameraden nicht gefallen, als ihnen Verteidigungsminister **Dr. Manfred Wörner** anlässlich seiner Rede am 12.9.1987 in Stuttgart bei einem Kameradschaftstreffen nachsagte, sie hätten sich im Zweiten Weltkrieg "guten Glaubens mißbrauchen lassen":

"Man muß die Erinnerung an die Verbrechen wachhalten, damit sie sich nicht wiederholen, heißt es immer wieder!"

Wo bleibt Ihr Beitrag dazu, die Erinnerung an die Verbrechen derer wachzuhalten, die die mißbrauchten Soldaten der Völker Englands, Amerikas, Rußlands usw. zur Vernichtung Deutschlands aufgehetzt haben?

... Nicht die deutschen Soldaten, sondern jene Völker haben sich durch die Siegermächte für die Kriegsziele Stalins, Churchills und Roosevelts mißbrauchen lassen!

Doch im Gegensatz zum Verteidigungsminister des westlichen Teilstaatprovisoriums Deutschlands würde sich kein Minister der Siegerstaaten erlauben, ihre Kriegsgeneration mit einem solchen »Mißbrauch-Makel« abzuwerten. ...

Auch durch ständiges Wiederholen dieser Sprachregelung aus dem »Traditionserlaß« Ihres SPD-Vorgängers wird die Geschichtsentstellung nicht zur Wahrheit.

Es war ehrenhaft, als Soldat für das deutsche Vaterland zu kämpfen und unehrenhaft, es an seine vernichtungswilligen Fein-

de zu verraten. Daran sollten sich alle Redner, nicht nur am Volkstrauertag, bei Gedenken für unsere Gefallenen erinnern.

An Soldatengräbern und Gedenkstätten haben die Propagandaredner einer einseitigen Schuldzuweisung zu schweigen."

Für Bundespräsident **Roman Herzog** (geb. 1934) "mache"

ein Gedenken an deutsche Opfer, wie z.B. an die rund 450.000 Frauen, Kinder, Verwundete und Greise, die den Bomben, Feuerstürmen und Tieffliegerangriffen der britischen und amerikanischen Luftgeschwader noch kurz vor Kriegsende in Dresden zum Opfer gefallen waren,

"angesichts des Abstands von 50 Jahren keinen Sinn [mache], darüber zu richten, ob der Bombenkrieg rechtmäßig gewesen ist oder nicht".^{83) S. 21}

"Sinn mache" für ihn hingegen, nicht nur "angesichts des Abstands von 50 Jahren", sondern mit Blick auf alle Zukunft nachwachsender Generationen, einen Holocaust-Gedenktag für das deutsche Volk einzuführen, einen Tag zum Gedenken nur eines bestimmten Opferkreises des Krieges. Daß dieser jenen zugerechnet wird, die Deutschland schon zu Beginn des Jahres 1933 und dann erneut Ende August/Anfang September 1939 den Krieg erklärt hatten und deren Tod in Zahlen und Umständen der von allen Kriegstoten am meisten umstrittene geblieben ist, soll da-



Bundespräsident Roman Herzog sprach nicht von Judeas Kriegserklärung an Deutschland am 24.3.1933,⁸²⁾ sondern klagte am 9.11.1998 in der Synagoge von Berlin-Prenzlauer Berg in seiner Gedenkrede für die Opfer der Jahrzehnte später zur "Pogromnacht" umbenannten "Kristallnacht" vom 9.11.1938, ohne auf historische Einzelheiten einzugehen, die Reichsführung an, die in Wirklichkeit von den Synagogenbränden total überrascht war und sofort alles zur Unterbindung jeglicher Ausschreitungen unternommen hatte,⁸⁴⁾ und erlegte den nachwachsenden deutschen Generationen Sühneverpflichtungen auf. Revanchierte er sich auf diese Weise für die Verleihung des "Joseph-Preises für Menschenrechte" seitens der Anti-Defamation League (ADL), einer Unterorganisation der B'nai-B'rith-Loge, in den USA Mitte Mai 1997?

82) Hartmut Stern, "Jüdische Kriegserklärungen an Deutschland", München 2000. -- Vergl. HT Nr. 88 S. 38 - 40.

83) Vergl. Historische Tatsachen Nr. 86.

84) Vergl. Historische Tatsachen Nr. 62.

bei allerdings -- auch mittels Strafgesetzen -- in Vergessenheit geraten.

1997 vollendeten sich **Roman Herzogs** Bemühungen. Der 27. Januar sollte es sein, der "Tag der Befreiung von Auschwitz" durch die Rote Armee, die bei ihrem Vormarsch, insbesondere ihrer Großoffensive ab 12. Januar 1945 von ihren Marschällen mit Tagesbefehlen aufgepeitscht wurde, alle Deutschen zu töten.⁸³⁾ S. 13 ff. Am 27. Januar 1945 hatte die schlesische und ostpreussische Bevölkerung diesen mörderischen Vormarsch schon 7 Tage mit unbeschreiblichen Schrecken bei 20 Grad Frost zu fühlen bekommen.

Diese Realitäten sind weltweit nachweislich dokumentiert und zählen zu den grauenhaftesten Geschehnissen der Weltgeschichte, nicht nur des Zweiten Weltkrieges! Schon 1 Jahr früher hatte der britische Informationsminister **Brendan Bracken** sie vorausgesagt und am 29.2.1944 in einem Rundschreiben die höheren Beamten und Publizisten aufgerufen,

*"angesichts der zu erwartenden Bestialitäten des bolschewistischen Verbündeten bei seinem weiteren Vormarsch in Osteuropa die Weltöffentlichkeit davon durch verstärkte Greuelpropaganda gegen Deutschland abzulenken, da Schweigen zu diesem Schrecklichen als Ablenkung nicht ausreiche."*⁸⁵⁾

Von jenen Ereignissen, denen der Gedenktag gewidmet ist, hatte damals auch der britische Informationsminister nichts gewußt, und seine Regierung selbst Ende 1945, nachdem der sowjetische Untersuchungskommissionsbericht bereits seit über ½ Jahr bekannt war, noch nicht daran glauben wollen.⁸⁶⁾

Weder **Chaim Weizmann**, 30 Jahre lang Chef der zionistischen Weltorganisation, noch **Nahum Goldmann**, langjähriger Führer des Weltjudenkongresses, noch **Stephen Wise**, langjähriger Chef jüdischer Organisationen in den USA, wußten in ihren Memoiren zu diesem Thema selbst nach Kriegsende etwas Konkretes zu schreiben. Sie haben sich um historische Forschung gar nicht erst bemüht! **Nahum Goldmann:**

*"Ich bemerke dazu, daß ich kein Historiker bin und meine Gedankengänge in dieser Hinsicht mehr auf meine 80jährige Erfahrung im Umgang mit Deutschen beruhen als auf historischen Kenntnissen: sie sind die Meinung eines Dilettanten, nicht die eines Gelehrten."*⁸⁷⁾

Diese "Erfahrung" haben sich inzwischen zahlreiche andere offensichtlich ebenfalls zu eigen gemacht.

Stalin hatte den Auschwitz-Lager- und Industrie-Komplex nach seiner Eroberung 1945 ein halbes Jahr hermetisch abriegeln lassen, um der internationalen Weltöffentlichkeit keinerlei Möglichkeit zur Überprüfung der über Auschwitz bereits in den westlichen Medien seit Ende 1944 verstärkt verbreiteten Schreckens-Nachrichten zu geben. Auch beantworteten die Sowjets dringende Anfragen der britischen Regierung nicht, darüber wenigstens auf diplomatischen Kanälen Auskünfte zu geben, was sie denn nun wirklich in Auschwitz vorgefunden hätten. Nachdem dann die Sowjets am 7. Mai 1945 ihren seltsamen "Untersuchungskommissions-Bericht" herausgebracht hatten,⁸⁸⁾ interessierte sich die in-



Bundeskanzler Gerhard Schröder bereitet sich zum Gedenken der anderen vor.

ternationale Öffentlichkeit bezeichnenderweise nicht mehr für Inspektionen. Alle alliierten Berichtersteller waren sich darüber klargeworden, daß politische Propaganda dieses Feld beackerte und "Unbefugte" sich davon fernzuhalten hatten. Diese Propaganda wurde in den nachfolgenden Jahrzehnten sowohl im Osten wie im Westen fortgesetzt, ausgeweitet, festgeschrieben, schließlich gesetzlich abgesichert.

Dazu gehörten dann die "Befreiungsreden" der Politiker mit den Behauptungen von der nimmer versiegenden "deutschen Schuld", die sich über alle Detailerkenntnisse der Forscher -- selbst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und Öffnung der Archive in Moskau und Auschwitz -- und über alle historischen Zusammenhänge, die auf Handlungen der alliierten Mächte verweisen, mit konsequentem Schweigen hinwegsetzen. Noch eines ist diesen "Demokraten" bei ihrem Recht auf Vielfalt der Meinungen eigen: ohne erwähnenswerte Abweichungen überschütten sie ihr eigenes Volk mit immer denselben Geschichtslügen von der "Schuld des deutschen Volkes" und drohen jenen mit Gefängnis und verweisen sie dahin, die sich diese geistlose Abkanzelung verbitten und für ihr Volk gleiche Rechte wie andere Völker und Ehrenschatz auch für die Toten ihres eigenen Volkes fordern.

Bundespräsident **Roman Herzog** bemühte sich, daß die "mündigen Mitbürger" alle anklagend vorgetragenen "deutschen -- stets grundlos verübten -- Gewaltverbrechen" zu glauben und ihrer Opfer zu gedenken haben. Die britischen, us-amerikanischen, französischen, polnischen, sowjetischen, tschechischen, jugoslawischen und sonstigen Massenmorde an Deutschen werden bei den nahezu täglichen "Gedenktagen" ausgegrenzt, gar in Abrede gestellt oder ebenfalls auf das "deutsche Schuldkonto" verbucht.

Dem nachfolgenden sowjetischen und polnischen Martyrium allein in der Region um Auschwitz einschließlich der von dort nach Rußland Deportierten und dort Verschollenen waren Hunderttausende deutscher Zivilisten und Kriegsgefangene in "Friedenszeiten nach der Befreiung" zum Opfer gefallen. **Stalin** hatte sogar aus deutschen Gefangenenlagern "befreite" Ausländer in seine Gulag-Arbeitslager verfrachtet: 45.000 Franzosen, 16.000 Polen, 11.670 Italiener sowie etwa

85) Edward Rozek, "Allied Wartime Diplomacy -- A Pattern in Poland", London 1958, S. 209 - 210. -- Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 23, S. 40.

86) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 26, S. 34 + Nr. 31, S. 37.

87) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980, S. 462 -- Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 15, S. 27.

88) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 31 + 33.
89) Dr. Gerhard Frey (Hrsg.), "Befreiung? -- Die Wahrheit über den 8. Mai 1945", München 2004 + *Die Welt*, 15.3.1995, S. 1.

3.000 Briten und Amerikaner.⁸⁹⁾ S. 144

Unter den "tausenden von KZ-Häftlingen, die auf diese Weise 1945 ins "Paradies der Arbeiter und Bauern" verfrachtet wurden, befanden sich auch entsprechend viele Juden. Auch sie sollten nicht vergessen werden.

Bei dieser Grundsatzhaltung mutet es wie Hohn an, wenn der Petitionsausschuß des Bundestages die Einführung eines nationalen Gedenktages zum Gedenken der deutschen Vertriebungsoffer mit der Begründung ablehnte, der Bundespräsident würde ihrer anlässlich des Volkstrauertages gedenken, und im übrigen seien in der nationalen Gedenkstätte in Berlin für sie Gedenktafeln angebracht.⁹⁰⁾

Aufruf zum Kampf gegen "die braune Soße"

Da verließen die NPD-Abgeordneten im Sächsischen Landtag am 21.1.2005 den Sitzungssaal, als sie vor Absprache über die Gedenkveranstaltungen des 60. Jahrestages der Terror-Angriffe auf Dresden vom 13./14. Februar 1945 ritualgemäß der "Opfer des Nationalsozialismus" und nicht auch der übrigen Opfer des Zweiten Weltkrieges gedenken sollten. In der anschließenden Rechtfertigung kam es zur Sprache: Diese einseitige Pflichtübung unter Verfälschung der Kriegsschuld-Zusammenhänge und Ausklammerung der deutschen Kriegsoffer ist für Volksvertreter eine unerträgliche Zumutung.

Die Presse resümierte: "NPD-Eklat löst Debatte zum Verbot der rechtsextremen Partei" aus und berichtete: Die NPD Mandatsträger

"hatten den Luftkrieg der Alliierten gegen Nazi-Deutschland als Bomben-Holocaust bezeichnet und ihn damit auf eine Stufe mit der millionenfachen Juden-Vernichtung während der NS-Diktatur gestellt. ...

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Spiegel, forderte im Deutschlandfunk einen »Aufstand der Anständigen«. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt wegen des Verdachts auf Volksverhetzung gegen die Extremisten.

Bundesaußenminister Fischer und der CDU/CSU-Außenpolitiker Schäuble sprachen von einer »Schande für Deutschland«. ... Bundesinnenminister Schily (SPD) ... warnte vor der »Ausbreitung rassistischen und verfassungsfeindlichen Gedankenguts«. Das Ansehen Deutschlands sei gefährdet...

SPD-Chef Müntefering rief die demokratischen Parteien zum Kampf gegen »die braune Soße« auf. Sie dürfe in Deutschland keine Chance mehr haben."⁹¹⁾

Der Leitartikler ergänzte in weiterer Anhäufung der ihm geläufigen hetzerischen Schlagworte:

"Es gab bereits eine Schande bevor die rechtsextremistischen NPD-Abgeordneten von Dresden die Schraube des Schändlichen jetzt weiter gedreht haben. Das politisch so perverse und perfide Verhalten der NPD-ler hätte es nicht gegeben, wenn ... sie nicht gewählt worden wären. ...

Den NPD-Aktivisten ist argumentativ nicht beizukommen. Sie sind verloren für eine Diskussion über Hitlers Angriffskrieg, seine Massenmordlust einerseits und die luftkriegerischen Antworten der West-Alliierten andererseits, die Zivilisten nicht schonten, aber das Land vom Terror befreiten. ..."⁹¹⁾

Kommentar:

Diese geifernden "Demokraten" wissen ganz genau, daß sie

90) Az: 1 z Prot. 13/51; Pet. 1-13-06-1144-026115.

91) Rheinische Post, Düsseldorf 24.1.2005.

ihre eigenen demokratischen Prinzipien verhöhnen, wenn sie andere Meinungen nicht gelten lassen und schon dann den Staatsanwalt rufen, wenn andere nicht nur ausschließlich -- "immer wieder" -- der Kriegsgegner-Opfer gedenken wollen.

Die Verlogenheit über die Kriegsschuld, auch die Schuld am zivilen Bombenkrieg und die Ausgrenzung der weit über 10 Millionen Opfer des deutschen Volkes während des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit anlässlich der nahezu ständigen offiziellen Gedenkveranstaltungen in der Bundesrepublik ist die eigentliche Schande, die hier benannt werden muß.

Wer, zumal unter Ausnutzung öffentlicher Ämter und Medien, jene mit Schlagworten wie "rassistisch", "verfassungsfeindlich", "Schande", "perverse Haltung", "braune Soße" diffamiert, die sich für die Ehrenrettung und würdige Respektierung der Toten ihres eigenen Volkes einsetzen, sind in Wirklichkeit jene, auf die der § 130 "Volksverhetzung" sowie die Begriffe "rassistisch", "verfassungsfeindlich", "Schande" "extremistisch", "perverse Haltung" zutreffen.



Bundespräsident Horst Köhler Anfang Februar 2005 in der Knesset nach vorangegangenen Pflichtbesuch in der Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust zu Tränen gerührt:

"Die Verantwortung für die Shoa ist Teil der deutschen Identität. Zwischen Deutschland und Israel kann es nicht das geben, was man Normalität nennt."

Also Kollektivhaftung, Generationenhaftung mit einem neuen Begriff, der sogar die Identität eines jeden deutschen Volksgenossen verändert, zum Teil fremder Bestimmung preisgibt! Ist so etwas an Schmach schon einmal einem Volk zugemutet worden? Etwa den Russen für den Blutterror des Bolschewismus, -- den Nordamerikanern für die Ausrottung der Indianer und den Abwurf der Atombomben auf dicht besiedelte Städte, für Aggressionskriege in fremden Kontinenten unter dem Vorwand von Lügen, -- den Briten für die jeweils in die Millionen gehenden Mordopfer ihrer Kolonialherrschaft und des Bombenterrors gegen die deutsche Zivilbevölkerung, -- den Vertreibervölkern Osteuropas, die ihre Massenverbrechen mit Beteiligung der Bevölkerungen öffentlich vollzogen?

Konnte Bundespräsident Horst Köhler sich bei seiner demonstrierten Haltung wundern, daß der israelische Staatspräsident Katzay wenig später bei seiner Ansprache im Reichstag am 31.5.2005 von einem "moralischen Recht des jüdischen Volkes über das deutsche Volk" sprach? Er führte aus:

*"Wir haben das moralische Recht, von Deutschland zu verlangen, keinerlei neonazistische Philosophie in Deutschland Fuß fassen zu lassen. ... Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus."*⁹²⁾

Also noch mehr büßen, Herr Köhler, und das Geistesleben des deutschen Volkes entsprechend reglementieren!

92) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juni 2005.

Im Land Brandenburg waren die Eiferer "des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus" noch weiter als sonst üblich gegangen: Der dortige Landtagspräsident verwehrt der DVU-Fraktion (Deutsche Volksunion) die Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung des Landtages im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen, "um die Würde der ns-

Verfälschtes Gedenken

In Berlin, nahe dem Reichstag, befindet sich seit 1992 eine Gedenkstätte mit der Inschrift "Zur Erinnerung an 96 von den Nationalsozialisten ermordete Reichstagsabgeordnete der Weimarer Republik". Zu den Stiftern gehören der DGB, das Bezirksamt Tiergarten und der Berliner Senator für Kulturelle Angelegenheiten.

Auf dort angebrachten Tafeln werden unter den Opfern des "NS-Regimes von 1933 bis 1945" auch Abgeordnete aufgeführt, die das Schicksalsjahr 1945 überlebt haben, und deren Tod mit dem "NS-Regime" nichts zu tun hat.

Georg Wendt (SPD) z.B. hatte 1933 sechs Monate Konzentrationslager "überlebt", war anschließend bis 1943 unbehelligt als Geschäftsmann in Berlin tätig, 1944/45 Soldat und starb am 11. Februar 1948.

Mit dem Vermerk "verstorben 1933, Gefängnis Danzig" wird an den SPD-Abgeordneten **Walter Arthur Reek** erinnert. Die "Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus" berichtet in ihrer Dokumentation "M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus", daß dieser am 12. Mai 1933 in Danzig -- noch vor der NS-Machtübernahme in der sogenannten Frei-

Opfer nicht zu verletzen". Um jedoch einen Eklat wie im Dresdner Landtag zu vermeiden, wurde dieses Verbot zwar alsbald wieder aufgehoben, doch der von der DVU-Fraktion "zum Gedenken aller Toten", also auch jener über 20.000 unter nachfolgender russisch-kommunistischer Herrschaft, niedergelegte Kranz wurde auf Anordnung der Gedenkstättenverwaltung unverzüglich entfernt und "kompostiert".⁹³⁾

en Stadt -- "an den Folgen eines Schlaganfalls" verstorben war.

Julius Aßmann, MdR der Deutschen Volkspartei (DVP), war evangelischer Pfarrer und Superintendent in dem 1919 von Polen annektierten Bromberg. Kurz nach Kriegsausbruch 1939 verhaftete ihn die polnische Miliz wie Tausende andere. Den ihm aufgezwungenen Verschleppungsmarsch nach Kutno hat er nicht überlebt. Sein Leichnam wurde am 14. Dezember 1939 in Bodino / Kreis Kutno identifiziert.

Rudolf Breitscheit, Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion von 1928 bis 1933, kam als Häftling am 24. August 1944 bei einem westalliierten Bombenangriff auf das Lager Buchenwald bei Weimar ums Leben.

Max Richter, M.d.R. der SPD von 1924 bis 1933, wurde mit 7.000 KZ-Häftlingen aus Neuengamme und dessen Nebenlagern Ende April 1945 auf Schiffe in der Lübecker Bucht verlegt und starb am 3. Mai 1945 durch Bomben und Raketen britischer Jagdflieger auf der "Cap Arcona".⁹⁴⁾

Ernst Thählmann ist am 18.8.1944 im KL-Buchenwald durch Bombenangriff ums Leben gekommen.

Rechtsbrüche und Verbrechen der Alliierten

Passauer Neue Presse, 9.2.1959

Nicht nur ein Schandfleck für Deutschland Was bei dem Oradour-Prozeß in Bordeaux bisher nicht zur Sprache kam

"Bonn (Eigen. Bericht). Der Prozeß in Bordeaux ist durch die Aufhebung des Begriffs der "Kollektivschuld" in ein neues Stadium getreten. Mit den nachfolgenden Ausführungen soll das entsetzliche Verbrechen von Oradour keineswegs beschönigt werden; es soll nur nachgewiesen werden, wohin es führt, wenn Unrecht zum Gesetz erhoben wird.

Nachdem die französische Regierung in Algier bereits am 28. August 1944 eine Verordnung erlassen hatte, nach der Befehle der feindlichen Macht nicht als Rechtfertigungsgründe anerkannt werden, erließ sie am 15. September 1948 zur "Rache für Oradour" ein ebenfalls rückwirkendes Ausnahmegesetz, das praktisch jeden deutschen Soldaten zum "Kriegsverbrecher" abstempelte, der den Befehlen seiner Vorgesetzten Folge geleistet hatte. Die Konsequenz für die von diesem Pseudogesetz "Betroffenen" war furchtbar: Es rechtfertigte und verursachte mit die Exekution von über 100.000 sogenannten "Kollaborateuren" durch die Widerstandsorganisationen; es ließ den über 1,3 Millionen deutschen Soldaten die französische Gefangenschaft zur Hölle werden.

Allein im Raum Rennes starben nach der Kapitulation etwa 60.000 Deutsche in Lagern an Hungertyphus; von den 2.000 Gefangenen des Lagers St. Medard en Valles bei Bordeaux wur-

den 23 Überlebende gezählt. Lediglich mit einem spitzen Eisenstocher ausgerüstet, schickte man die Gefangenen zum Minenräumen; stießen sie auf eine Mine, so flogen sie mit in die Luft. Maquisards stellten zum großen Teil die Bewachungsmannschaften; dieselben Marquisards, die sich rühmten, an die 300.000 deutsche Soldaten, 6.000 Offiziere und 30 Generale "zur Strecke gebracht" zu haben! Für viele der Gefangenen, besonders für die damals ja erst 18- und 19jährigen SS-Leute, gab es oft nur einen Ausweg vom sicheren Hungertod: die Fremdenlegion! In ihrer letzten Verzweiflung entschlossen sie sich zu Tausenden dazu - und fielen für die Trikolore in Indochina.

Noch viel entsetzlicher aber war das Los derjenigen, die nach dem "Lex Oradour" als "Kriegsverbrecher" verdächtigt oder abgeurteilt wurden. Mit Handschellen und Ketten an Händen und Füßen gefesselt, verbrachten sie nicht selten jahrelang in den Todeszellen und warteten täglich auf den Henker. So wie in Wittlich, dem "Landsberg der Franzosen", wo nach Augenzeugenberichten jeden Freitag hör- und sichtbar für alle Inhaftierten die Guillotine aus Kisten ausgepackt und aufgestellt wurde...

Sieben Jahre vergingen, um nur einen Fall zu erwähnen, bis der SS-Angehörige **Josef Nobbe** aus Ösede, Kreis Osnabrück,

93) *Der Schlesier* 25.2.2005, S. 2.

94) *Deutsche Nationalzeitung*, München 19.11.2004.-- Dort zahlreiche weitere, auf der Gedenktafel in Berlin unerwähnt gebliebene Namen von MdR's, die von der NKWD in der UdSSR, durch Kriegseinwirkungen und auch nach dem 8. Mai 1945 umgebracht worden sind oder aus anderen Gründen anläßlich der "Befreiung" umgekommen sind.

endlich heimkehren konnte; er war, da er denselben Namen wie ein anderer deutscher Soldat trug, der an der Vergeltungsaktion gegen Oradour beteiligt gewesen sein soll, "versehentlich" inhaftiert worden."

Bundeskanzler stellt sich hinter die Benesch-Dekrete

Bundeskanzler **Gerhard Schröder** hat am 17. Mai 2005 bei einem Besuch in Prag scharf gegen die tags zuvor vom CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten **Edmund Stoiber** auf dem sudetendeutschen Pfingsttreffen geforderte Aufhebung der bestialischen Enteignungs- und Morddekrete des 1945 aus London zurückgekehrten tschechischen Exil-Präsidenten **Eduard Benesch** Stellung genommen:

"Die deutsch-tschechischen Beziehungen seien in einem ausgezeichneten Zustand und würden auch durch die eine oder andere Sonntagsrede eines selbst ernannten Propheten nicht in Unordnung gebracht." ⁹⁵⁾

Denkmal für Hochverräter, Deserteure und Attentäter

Im Dezember 1918 erklärte der SPD-Abg. **Vater** in einer Magdeburger Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates:

"Uns ist die Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. ... Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert mit Geld und unterschiftslosen Flugblättern versorgt. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen." ⁹⁶⁾

*"Als nach Kriegsende 1945 versucht wurde, Landesverrättern den Prozeß zu machen, weil sie mit dem feindlichen Ausland konspirierten, wurde diesem ehrenvollen Vorhaben durch den Überleitungsvertrag vom Jahre 1952 der Boden entzogen, den die Regierung **Adenauer** mit den drei Siegermächten Amerika, England und Frankreich abgeschlossen hat. Der Artikel 3, Absatz 1 dieses Vertrages lautet:*

»Niemand darf allein deswegen unter Klage gestellt oder durch Maßnahmen deutscher Gerichte oder Behörden in seinen Bürgerrechten oder seiner wirtschaftlichen Stellung nur deswegen beeinträchtigt werden, weil er vor Inkrafttreten dieses Vertrages mit der Sache der drei Mächte sympathisiert, sie oder ihre Politik oder Interessen unterstützt oder den Streitkräften, Behörden oder Dienststellen einer dieser Mächte Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet hat. Das gleiche gilt zugunsten von Personen, die den Verbündeten der drei Mächte bei ihren gemeinsamen Bestrebungen vor Inkrafttreten dieses Vertrages Sympathien gezeigt, Unterstützung gewährt, Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet haben. Die deutschen Behörden haben alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um sicherzustellen, daß der Zweck dieses Absatzes erreicht wird.«" ⁹⁷⁾

Ein Platz in München ist bereits nach **Georg Elser** benannt, ein Ehrenmal für ihn mit Bronzeplatte gibt es dort schon, auch fanden offizielle Feiern in der Hauptstadt Bayerns, ebenfalls in Bremen für ihn statt, Filme und Lieder sind zu seiner Verherrlichung in Umlauf. Nicht etwa als Mörder gilt er, sondern als "Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime". Das alles freilich reicht der 1943 geborenen antifa-Publizistin **Dr. Hella Schumberger** noch nicht. Als Wortführerin der "Georg-Elser-Initiative" forderte sie eine Münchener **Elser-Gedenkstätte** gegenüber den ehrwürdigen Kunsthallen der Pinakotheken, dazu einen Straßennamen für ihren Helden.

Elser -- seit 1928 Mitglied des militant-kriminellen Rotfrontkämpferbundes (RFB) -- war jener Attentäter, der am Abend des 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukel-

Von einem offiziellen Gedenken an diese Toten war nie etwas zu vernehmen, geschweige denn von Vorwürfen gegen die Täter.

Auf Grund dieser **Benesch-Dekrete** wurden nach Kriegsende unter grausamsten Begleitumständen 3,5 Millionen Sudetendeutsche für vogelfrei erklärt, enteignet, vertrieben und über 250.000 zu Tode gebracht. Mit schnoddriger Teilnahmslosigkeit setzte sich Bundeskanzler **Schröder** kurz nach seiner Absage in Warschau an die Ansprüche der Vertriebenen aus Ost- und Westpreußen, Schlesien, Pommern und Ostbrandenburg und seinem Auftritt bei der Moskauer "Befreiungs"-Gedenkparade über das Schicksal dieser seiner Volksangehörigen teilnahmslos hinweg.

ler eine Zeitbombe zur Explosion brachte, um **Adolf Hitler** und enge Mitkämpfer von ihm zu ermorden. Sieben seiner Anhänger und eine junge Kellnerin riß er in den Tod, 63 Personen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. **Hitler** war nach seiner Rede vorzeitig von der Gedenkveranstaltung infolge anderer Verpflichtungen abgereist und auf diese Weise dem Anschlag "zufällig" entgangen.

Kurz nach der Tat wurde **Elser** beim versuchten Grenzübergang



Die Deutsche Bundespost widmete im Jahr 2003 Georg Elser seines Mordanschlages gegen deutsche Menschen wegen -- eine typisch "terroristische Tat" -- eine Gedenkbriefmarke.

95) Rheinische Post, 18. Mai 2005.

96) Vortrags-Loseblattsammlung aus 1930 D-Blatt 2.

97) Karl Balzer, "Am Pranger der Nation -- Eine Abrechnung mit den Zerstörern des Reiches", Pr. Oldendorf 1987, S. 19.

zur Schweiz gefaßt. Er trug seinen RFB-Mitgliedsausweis bei sich. Beim RFB handelte es sich um die schwer bewaffnete Kampforganisation der KPD. Ihr Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Unterwerfung Deutschlands unter das Diktat des Gulag- und Genickschußherrschers **Stalin**.⁹⁸⁾

=====

Zum Jahresende 2004 ließ Bundesaußenminister **Joschka Fischer** -- früherer Straßenkämpfer gegen BRD-Polizisten -- feierlich im Rahmen angereicherter Diplomaten das Besucherzentrum des Bundesaußenministeriums in Berlin zur Ehrung des Landesverrätters **Fritz Kolbe** auf dessen Namen einweihen.

Als Konsultssekretär I. Klasse im Auswärtigen Amt des Reiches hatte **Fritz Kolbe** seit August 1943 dem amerikanischen Geheimdienst derart viele wichtige politische und militärische Informationen einschließlich Verschlüsselungscodes, Agenteneinsätze, Produktions- und Führungsstandorte, "sinnvolle Bombenziele" usw. übermittelt, so daß der frühere CIA-Chef **Richard Helms** in seinen 2003 erschienenen Memoiren diese als "die besten, die ein alliierter Agent während des ganzen Krieges geliefert hat", kennzeichnete.

Maximilian Sobota, der den vorgenannten Sachverhalt unter dem Titel "Was ist die Regierung eines Staates wert, die anstatt die Helden des Landes, die Verräter ehrt?" in der Wochenzeitung **Der Schlesier** angeprangert hat, ergänzte seine Ausführungen u.a. mit Feststellungen, die nicht nur in einer Zeitung stehen und wieder vergessen werden sollten:

"Es ist einfach eine Schande, daß ein Hamburger Millionär namens **Philipp Reemtsma** jahrelang mit einer sog. »Wehrmachtsausstellung« durch deutsche Lande ziehen durfte, um unsere eigenen deutschen Soldaten in schlimmster Form zu beleidigen und sie als Verbrecher zu bezeichnen, während man



Zum "Anti-Kriegs-Tag" -- 1. September -- 1990 weihte der Bürgermeister von Göttingen, Artur Levi, ein Denkmal nebst Gedenktafel für die Deserteure der Deutschen Wehrmacht ein. Das "Kunstwerk" soll eine "zertretene Hakenkreuzfahne" darstellen.

Pyrmonter Nachrichten, 3.9.1990

⁹⁸⁾ *Deutsche National-Zeitung*, München 19.11.2004.

für jene Schergen, die unser Vaterland verrieten, Gedenksteine setzt!

Das hat mit nationalistischer Ideologie oder Einstellung nichts zu tun, denn diese deutschen Soldaten waren unsere eigenen Väter und Söhne, die in einen Krieg ziehen mußten, der weder von Deutschland noch von ihnen selbst gewollt war! Wer sich mit der Geschichte unseres Landes beschäftigt, weiß, daß es nicht unsere Soldaten waren, die dem Aufruf eines menschenverachtenden Hetzers wie **Ilja Ehrenburg** gefolgt waren, wie es die sowjetischen »Befreier« 1945 taten, die Millionen deutsche Frauen und Mädchen schamlos vergewaltigten!

Ich höre noch heute die Schreie meiner eigenen Mutter, die (oft sogar vor den Augen von uns Kindern) über 40 Mal Opfer brutaler sowjetischer Vergewaltiger wurde! Mir gehen die Bilder nicht aus den Augen, als man das Kind einer deutschen Mutter aus den Armen riß und es unter einen Panzer warf, nur weil sein Vater Ortsbauernführer unseres Dorfes war. Er hatte vergessen, vor dieser »Befreiung« das Schild »Reichsnährstand-Ortsbauernführer« vom Gartenzaun zu nehmen. Wir ehemaligen »Pimpfe« wurden zusammengetrieben und mußten diesem gräßlichen Schauspiel applaudierend zusehen, als der sowjetische Offizier ausrief: »Wieder ein Nazi weniger!« Am nächsten Tag nahm sich die ganze übrige Familie das Leben.



Ein Denkmal "dem unbekannten Deserteur" errichtete eine Gruppe "Reservisten verweigern sich" im Foyer des "Gustav-Heinemann-Bürgerhaus" in Bremen-Vegesack. Es trägt einen Stahlhelm der Bundeswehr. Der § 16 des Wehrstrafgesetzes, demzufolge Fahnenflucht mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren geahndet wird, und auch andere Gesetze, die die Bundeswehr vor Verunglimpfung schützen oder an ihrem öffentli-

chen Auftrag hindern, scheinen wenig zu interessieren, da offenbar der Verrat an der reichsdeutschen Wehrkraft und dem von ihr verkörperten Verteidigungswillen des Volkes zur Maxime der offiziellen bundesdeutschen Politik gehört. Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) forderte schließlich die Beseitigung des Denkmals, weil hiermit versucht werde, "Gemeinsamkeiten zwischen der Verteidigung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und dem Krieg des nationalsozialistischen Unrechtsregimes herzustellen." ¹⁰⁰⁾

⁹⁹⁾ *Der Schlesier*, Recklinghausen, Herner-str. 12, 14.1. 2005 S. 5.

¹⁰⁰⁾ *Die Welt*, 3.3.1987.

Sie konnte dieses Leid nicht ertragen." 99)

Gedacht sei auch der Partei-übergreifenden Bemühungen um die Förderung von Denkmälern und Straßennamen für frühere Revolutionsgrößen wie **Friedrich Engels, Lenin, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Karl Marx, Ernst Thälmann, Clara Zetkin**, usw., den Bolschewismus erneut als makellos zu präsentieren.

Die Parole: **"Ausländer raus"** ist laut Urteil vom OLG



An der "Neuen Wache" Unter den Linden in Berlin, der Gedenkstätte für die Gefallenen der Nation, huldigen vaterlandslose Gesellen **"dem unbekannten Deserteur"**. Von dem Eingreifen eines Staatsanwaltes war nichts zu vernehmen. Schändungen alter deutscher Gefallenen-Ehrenmale blieben in der Bundesrepublik Deutschland opportunistisch.

Hamm strafbar. Az: 4 Ss 491/94

Die Parole: **"Deutsche raus aus Deutschland"** ist laut Entscheidung der Staatsanwaltschaft Itzehoe vom 31.8.1994 nicht strafbar. Az: 3 AR 111/94.¹⁰¹⁾



Dietrich Austermann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bundeshaus
53113 Bonn
Telefon 02 28 / 1 68 77 52
Telefax 02 28 / 1 68 89 52

3. Januar 1995
2212a115

"Sehr geehrter Herr ...

Sie fragen, weshalb die Forderung "Deutsche raus" im Gegensatz zu dem Ruf "Ausländer raus" nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. ...

Wer "Ausländer raus" fordert, will erkennbar die Ehre sämtlicher in Deutschland lebenden Ausländer angreifen. Ein derartiges Verhalten ist menschenunwürdig.

Wer die Forderung "Deutsche raus" aufstellt, meint offensichtlich in einer Reaktion auf den Ruf "Ausländer raus" Ausländer schützen zu müssen.

Da es sich im Zweifel um einen Deutschen handelt, der ähnliches an Wände schmiert, trägt die Forderung erkennbar den Charakter der Nichternsthaftigkeit in sich. ..."

Mit freundlichen Grüßen

Verwendung gefälschter Dokumente ("Zigeunererlaß")

Nach vorangegangenen Besuch des Bundespräsidenten **Roman Herzog** in Spanien, entsprechendem Schuldeingeständnis nebst Entschuldigung für die *"mehr als tausend Tote"* des Luftangriffes auf Guernica am 26. April 1937 durch 9 oder auch 18 Flugzeuge der Legion Condor, folgte der Bundestag seiner Empfehlung, selbiges im Namen des deutschen Volkes ebenfalls zu tun. Dieser stimmte einmütig zu und mehrheitlich dafür, daß Mitgliedern der Legion Condor nicht mehr ehrend gedacht werden sollte, hätten sie doch *"den zivilen Bombenkrieg begonnen"*.

Diesen unglaublichen Behauptungen stehen folgende Fakten historisch gegenüber:

1.) Die Bolschewisten hatten 1936 mit tatkräftiger Unterstützung von **Stalins** Sowjetmacht in Spanien ihre weltrevolutionäre Zielsetzung mit blutigem Terror auch zwecks Einkreisung Deutschlands vorangetrieben.

2.) 3 Staffeln mit je 6 Flugzeugen der Legion Condor hatten den Kampfauftrag, die zurückweichenden Truppen der Roten und deren strategische Punkte, vornehmlich die kleine Renteria-Brücke über den Rio Oca in Guernica, zu treffen, nicht etwa die Zivilbevölkerung.

3.) Einige Fehlwürfe führten zum Tod von rund 90 - 200 Zivilisten. Zusätzliche Zerstörungsaktionen infolge der militärischen Kämpfe gingen hauptsächlich auf das Konto der im Stil der "verbrannten Erde" zurückweichenden "Banditeros".

4.) Der damalige Kommandant der Legion Condor, Generalmajor, später Generalfeldmarschall **Hugo Sperrle**, wurde am 22.10.1948 vom US-Militärtribunal auch im Hinblick auf seinen damaligen Guernica-Einsatzbefehl freigesprochen. Sogar die brd-Entnazifizierungs-Spruchkammer hatte ihn entlastet.

Ein passendes Zitat zum Abschluß:

"Bei dem Namen »Guernica« denkt man unwillkürlich an das Mammutbild (7,32 m auf 3,50 m) von Picasso »La muerte de Guernica« (Der Tod von Guernica). Es wird als Dokument deutscher Grausamkeit gezeigt und hängt seit 1981 im Prado-Museum in Madrid. Von 1939 bis 1981 hing es im Museum of Modern Art in New York. Es hätte dort besser den Titel getragen: »In memoriam Hiroshima und Nagasaki.«" ¹⁰²⁾

101) *Unabhängige Nachrichten*, 11/1994.

102) Heinrich Wendig, "Richtigstellungen zur Zeitgeschichte", Heft 2, Tübingen 1991, Grabert Verlag S. 15.



"Sogar Zigeuner begrüßten das Dritte Reich"

Gordon Brok-Shepherd, "Der Anschluß", Graz - Wien - Köln 1963, S. 256.

"Immer wieder notierten sie die Auskunft: »Bei Hitler waren wir wenigstens noch Deutsche« -- Der Spiegel 43/1979, 22.10.1979, S. 112, Überschrift S. 97

Der angebliche "Zigeuner-Erlaß" oder "Auschwitz-Befehl vom 16. Dezember 1942"

Auf die Erklärung des Bundeskanzlers **Helmut Kohl** vor dem Bundestag am 7.11.1985, im Dritten Reich seien 500.000 Zigeuner ermordet worden, und die Strafanzeige von **Udo Walendy** gegen ihn wegen Volksverhetzung, Amtseidbruch, Falschaussage und fehlender Beweise für eine solche Verunglimpfung des deutschen Volkes ist in den *Historische Tatsachen* Nr. 23 und 29 bereits berichtet worden.

Helmut Kohl hatte keinerlei Dokumente oder historische Vorgänge konkret benannt oder überprüfen oder auch später belegen lassen, stattdessen betont:

"Im März 1982 hatte ich ein intensives Gespräch mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma", ... "habe ich zugesichert, ihre Anliegen ... zu unterstützen. Ich fühle mich in diesem Sinne verpflichtet."

Daraufhin habe die Bundesregierung am 21.12.1982 festgestellt -- ebenfalls ohne Einzelheiten anzuführen --, daß "die NS-Diktatur an den Sinti und Roma Völkermord begangen habe". Damit war bereits das Sachthema abgeschlossen, dafür aber noch die "Erinnerung an die Opfer von Gewaltherrschaft und Rassenwahn" beschworen, die "nie verlorengehen dürfe".

"Ich habe damals die Worte zitiert, die ihnen auf der Inschriftenwand in Bergen-Belsen gewidmet sind:

»... Etwa 500.000 Sinti und Roma wurden von der Hitler-Diktatur in einen gewaltsamen Tod geschickt, aber das Unrecht, das sie erlitten, begann lange vor den Verbrechen gegen Leib und Leben. Sie wurden erniedrigt und verfolgt, ausgegrenzt und schließlich ausgestoßen. Die Machthaber wollten ihre Würde zerstören, weil sie sie letztlich nicht als Mitmenschen akzeptierten.«" ¹⁰²⁾

Das obige Foto und überhaupt die Fülle historischer Dokumentationen widerlegen solche verlogenen, das deutsche Volk diffamierenden Sprüche und "Inschriften".

Zigeunervernichtung" vergeblich! Abgesehen hiervon führten auch alle Untersuchungen über organisatorische, befehlsmäßige, logistische Zusammenhänge und Indizien ins Leere.

Das Bundesarchiv in Berlin bescheinigte mit Schreiben vom 2. März 1998, daß "der »Himmler-Erlaß vom 16. Dezember 1942« nicht ermittelt werden konnte". Am 9. März 1998 bescheinigte dies auch das Institut für Zeitgeschichte in München. Der Deutsche Bundestag, Abteilung "wissenschaftliche Dienste", bestätigte dies ebenfalls mit den Worten daß der

"Wortlaut dieses Himmler-Befehls weder im Parlamentsarchiv noch in der Bundestagsbibliothek vorliegt. Er ist nie abgedruckt worden; es sei allerdings in den Akten des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) darauf hingewiesen worden."

Es soll sich um einen "Schnellbrief aus den Akten des RSHA" handeln, **der allerdings auch nicht vorhanden ist**. Was die Herausgeber von "Das große Lexikon des Dritten Reiches" und "Lexikon der deutschen Geschichte" sowie u.a. **Klaus j. Bade** nicht hinderte, ebenfalls den behaupteten "Befehl zur Liquidierung der Zigeuner" -- beweislos -- als authentisch zu publizieren.¹⁰³⁾

¹⁰³⁾ Michael Zimmermann, "Verfolgt, vertrieben, vernichtet -- Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma", 1989, S. 130 + *Deutsche Nationalzeitung*, München, 20. März 1998 + Klaus J. Bade, "Deutsche im Ausland -- Fremde in Deutschland", München, Stuttgart, Gütersloh 1992, S. 277, -- C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, vertrieben u.a. in Buchgemeinschaft Bertelsmann.

Am 19. Dezember 1997 hat der deutsche Bundestag **ungeachtet der nach wie vor fehlenden Beweise** nach vorangegangener Ansprache des damaligen Bundesratspräsidenten **Gerhard Schröder** "namens des deutschen Volkes" die Sinti und Roma feierlich um Vergebung gebeten und weitere Wiedergutmachungsleistungen zugesagt. **Schröder** gründete sein Gedenken des "55. Jahrestages" auf den "Zigeuner-Erlaß **Heinrich Himmlers** vom 16. Dezember 1942".

Ein Jahr später, am 18.12.1998 nahm Bundesratspräsident **Hans Eichel** in seinem neuerlichen Gedenken wiederum Bezug auf dasselbe "Dokument".

Indessen blieben alle Recherchen nach Wortlaut oder Auszügen oder gar nach dem Original dieses "Schlüsseldokumentes zur



Zum Hohn auf die soeben erst beschlossenen Gesetze zur weiteren Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik -- und zur Ablenkung hiervon -- veranlaßten die hierfür Verantwortlichen der Deutschen Bundespost, eine Briefmarke für "Freiheit der Meinungsäußerung Wort-Schrift-Bild" herherauszugeben.

¹⁰²⁾ *Bulletin*, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 8. November 1985.